

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk.
vierteljährlich 2.70 Mk. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgipaltene Anzeigen-
zeile oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Beitrags-
und Berichtigungsanzeigen 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Wahl in Jerichow.

Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und
Konserverativen.

Die mit Spannung erwartete Wahl ist vorüber. Das
Resultat ist das folgende:

Burg, 10. Februar. (Privattelegramm des Vor-
wärts.) Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreis
Magdeburg 3 (Jerichow 1 und Jerichow 2) erhielt Gausbesitzer
Schiele (L) 11 773 Stimmen, Expedient Haupt (Soz.) 11 663, und
Kleinfürhermeister Rebell (Fortschrittliche Volkspartei) 6559 Stimmen.

Bei den Wahlen im Jahre 1912 erhielten im ersten
Wahlzuge: Sozialdemokraten 11 992, Konserverative
9870 und Liberale 8291 Stimmen. Die Stichwahl brachte
den Sieg des Genossen Haupt mit 15 263 gegen 15 256
Stimmen, die dem Konserverativen Kandidaten zugefallen waren.

Die Sozialdemokratie hat den starken Zuwachs, den ihr
die Wahlen von 1912 gebracht haben, fast vollständig be-
hauptet. Wahrscheinlich werden wir sogar, wenn die Zahlen
vollständig vorliegen, noch einen geringen Stimmenzuwachs
verzeichnen können. Dagegen hat die Fortschrittspartei trotz
ihrer großen Agitationsarbeit und den Konzeptionen, die ihr
Kandidat nach allen Seiten machte, schloß abgelehnt. Ihre
Hoffnung, mit uns in die Stichwahl zu kommen, hat sich nicht
erfüllt.

Den Konserverativen hat dagegen der Wahlterrorismus
und die Entfaltung der nationalistischen und militaristischen
Instinkte genützt, zumal da die Wit über die Finanzreform
bei vielen ländlichen Wählern wieder veranlaßt ist. Nun gilt
es, den Kreis nicht in die Hände der Reaktion fallen zu lassen.
Von dem Verhalten der Fortschrittspartei wird
es abhängen, ob die Konserverativen nach der schweren Nieder-
lage von 1912 wieder neue Hoffnung schöpfen dürfen.

Milderungen im Militär-
strafgesetz.

Die drakonischen Bestimmungen des Militärstrafgeset-
zbuches haben in den letzten Jahren im Reichstag, in der
Presse usw. viel Anlaß zur Kritik gegeben. Besonders die
furchtbare Mordstrafe durch das Erfurter Kriegs-
gericht brachte die öffentliche Meinung derart in Erregung,
daß die Regierung doch etwas tun mußte, was wie eine
Milderung einiger Bestimmungen des Militärstrafgesetzes aus-
sieht. In eine vollständige Modernisierung des ganzen, noch
auf den Traditionen des Soldnerheeres beruhenden Militär-
strafgesetzbuches ist natürlich nicht zu denken, dazu
ist der Wille der militaristischen Kreise zu mächtig.
Nur einige Paragraphen sollen etwas abgeändert werden.
Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte
Dienstagabend den Entwurf eines Gesetzes betreffend
Änderung des Militärstrafgesetzbuches, nach dem folgende
Abänderungen der Strafbestimmungen erfolgen sollen:

Der § 66, der die „unerlaubte Entfernung“
behandelt, sah bei einer durch Verschulden des Abwesenden
länger als sieben Tage, im Felde länger als drei Tage
währenden Abwesenheit Gefängnis oder Festungshaft bis zu
zwei Jahren vor. Diesem Paragraphen soll der Satz zu-
gefügt werden: „In minder schweren Fällen
kann, wenn die Tat nicht im Felde begangen
ist, die Strafe bis auf vierzehn Tage mitt-
leren oder strengen Arrest ermäßigt werden.“

Der § 70 handelt von der Fahnenflucht, die mit
sechs Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis, im ersten Ab-
falle mit einem Jahre bis zu fünf Jahren Gefängnis, im
wiederholten Abfalle sogar mit Zuchthaus von fünf bis zehn
Jahren bestraft wird. Diesem Paragraphen soll der Satz ein-
gefügt werden: „In minder schweren Fällen kann,
wenn kein Rückfall vorliegt, die Gefängnis-
strafe bis auf drei Monate ermäßigt werden.“

§ 78 enthält die Strafen wegen Beihilfe zur
Fahnenflucht. Diese betragen in Friedenszeit sechs
Monate bis zwei Jahre Gefängnis, im Felde fünf bis zehn
Jahre Gefängnis. Diesem Paragraphen soll angefügt werden:
„In minder schweren Fällen kann die Ge-
fängnisstrafe, wenn die Tat nicht im Felde
begangen ist, bis auf drei Monate ermäßigt
werden.“

Besonders hart waren bisher die Strafbestimmungen über
Gehorsamsverweigerung, Verharren im Un-
gehorsam usw. vor verammelter Mannschaft oder unter
dem Gewehr. Nach § 95 konnte wegen dieses militärischen
Vergehens Gefängnis oder Festungshaft bis zu fünf Jahren
verhängt werden. Im Felde steht, falls die Tat vor dem
Feinde erfolgt, sogar Todesstrafe, mindestens aber Freiheits-

strafe nicht unter 10 Jahren darauf. Dem ersten Absatz
dieses Paragraphen soll jetzt folgende mildernde Bestimmung
angefügt werden: „In minder schweren Fällen
kann, wenn die Tat nicht im Felde, nicht
gegen den Befehl, unter das Gewehr zu
treten, und nicht unter dem Gewehr be-
gangen ist, die Strafe bis auf 14 Tage strengen
Arrest ermäßigt werden.“

Die Widersetzung gegen einen Vorgesetzten
mit Gewalt oder Drohung wurde bisher nach § 96 mit einer
Freiheitsstrafe (also auch Zuchthaus) mit 6 Monaten bis zu
10 Jahren, im Felde mit Gefängnis nicht unter zwei Jahren
bestraft. Hier soll die Bestimmung eingefügt werden, daß in
minder schweren Fällen Freiheitsstrafen nicht
unter drei Monaten verhängt werden können.“

Fälschlicher Angriff auf einen Vorgesetzten
wurde nach § 97 bisher mit Freiheitsstrafe nicht unter drei
Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe nicht
unter einem Jahre bestraft. Die vor verammelter Mannschaft
oder mit einer Waffe begangene Tat wurde mit einer
Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren, in minder schweren
Fällen nicht unter zwei Jahren gestraft. Die Mindeststrafen
für die minder schweren Fälle sollen jetzt sechs Monate
beziehungsweise ein Jahr betragen.

Der Absatz 2 dieses Paragraphen soll in Zukunft lauten:
„Hat die Fälschheit eine schwere Körperverletzung oder den
Tod des Vorgesetzten verursacht, so ist statt auf Gefängnis oder
Festungshaft auf Zuchthaus von gleicher Dauer zu erkennen; in
minder schweren Fällen tritt Zuchthaus oder Freiheitsstrafe nicht
unter einem Jahre ein.“

Die überaus harten Strafen wegen Zusammen-
rottung, militärischen Aufruhr usw. werden
beibehalten. In allen solchen Fällen soll in Zukunft auch
noch die Verletzung in die zweite Klasse des
Soldatenstandes zulässig sein.

Im § 138, der Strafen über militärische Vergehen
gegen das Eigentum vorsieht, soll die Bestimmung,
daß als Mindeststrafe nicht unter 14 Tagen Arrest
verhängt werden muß, gestrichen werden; es kann also in
Zukunft auch auf eine mildere Strafe erkannt werden.

Alle diese Änderungsverschlüsse stellen eine Milderung
der bisherigen Bestimmungen dar. Es ist ein, wenn auch
nur kleiner Schritt auf dem Wege der Militärstrafgesetzreform.
Daß sie Gesetzeskraft erlangen werden, ist kaum zu bezweifeln.
Ihre Anwendung in der Praxis wird aber von dem Ernsten
der Kriegsgerichte abhängen. Die Militärärzte und Gerichts-
offiziere werden, besonders bei Subordinationsvergehen, nicht
immer geneigt sein, minderschwere Fälle anzunehmen. Es
wird daher Aufgabe des Reichstags sein, in dieser Richtung
gewisse Garantien zu verlangen. Notwendig wäre aber vor
allen Dingen eine Reform des Militärstrafgesetzes, das die
Soldatenmishandlungen in ihren verschiedenen Ab-
arten unmöglich machte.

Aufstand in Tokio.

Tokio, 10. Februar. Das von der Opposition in der
Kammer eingebrachte Mißtrauensvotum wurde mit
205 gegen 163 Stimmen abgelehnt. Während der De-
batte kam es zwischen Mitgliedern der Regierung unter-
stützten Seihwaipai-Partei und Mitgliedern der nationa-
listischen Kokuminto-Partei zu einem Handgemenge.
Der der Kokuminto-Partei angehörende Abgeordnete Ito
mußte bewußtlos hinausgetragen werden.

Im Sibiya-Parl wurde heute morgen die gegen
die Regierung gerichtete Massenversammlung ab-
gehalten. In der Nähe des Parlaments und des
Marineministeriums hatten sich große Menschen-
mengen angesammelt.

Nachmittags drang die vor dem Parlament ver-
sammelte Menge, als ihr die Ablehnung des Mißtrauens-
votums mitgeteilt wurde, in die Höfe des Parla-
ments ein und versuchte die Türen zu
sprengen, gegen Abend steigerten sich die Tumulte. Drei-
tausend Polizeimannschaften in Zivil sind mobilisiert und be-
müht, die Gefahr nächstlicher Unruhen abzuwenden.

Der nickende Kronprinz.

Den Kronprinzen ermuntern offenbar die glänzenden Erfolge,
die seine Zaberpolitik unseugbar davongetragen hat, zu immer
neuen Manifestationen seines politischen Geistes. Eine gute Gelegen-
heit boten ihm dazu die Beratungen des Deutschen Land-
wirtschaftsrats, denen er Dienstag betwohnte. Den ersten
Gegenstand der Tagesordnung bildete die landwirtschaftliche Arbeiter-
frage, über die der bekannte agrarisch-reaktionäre Admigsberger Pro-
fessor Gerlach sowie der bayrische Reichsrat Freiherr v. Thüngen
referierte. Es waren die gewöhnlichen nichtsagenden Redensarten.
Lebhaft wurde es erst, als Herr v. Oldenburg-Januschau
das Wort nahm. Er erklärte, daß die Klassen-
gesetzgebung für das Land nichts taugt und fuhr fort:

Bei uns in Westpreußen hatten die Leute längli,
was ihnen jetzt unter erheblicher steuerlicher Belastung ge-
geben wird. Wenn man heute die Leute fragt, ob sie zwei Drittel
der Beiträge zahlen wollen, dann sagen sie: um Himmels
willen, laßt es so, wie es bisher gewesen ist, wir haben ja
das Laßige.

Bei dieser Stelle gab der Kronprinz durch lebhaftes
Kopfnicken sein Einverständnis mit diesen fort-
geschrittenen sozialpolitischen Anschauungen
lebhaft kund. Herr Oldenburg forderte dann eine Ein-
schränkung der Freizügigkeit. Die jungen Männer
mühten mindestens bis zur Militärzeit, die Mädchen bis zum
20. Jahre gezwungen werden, in der Landwirtschaft tätig zu
sein. Damit aber nicht genug. Oldenburg will noch mehr:

Ein ganz hervorragendes Mittel für die Erhaltung
der Landwirtschaft wäre es aber, von jedem, der in der Stadt
Arbeit sucht, den Nachweis zu verlangen, daß er eine Woh-
nung hat. (Lebhafte Zustimmung. Der Kronprinz gibt
wieder seiner Zustimmung Ausdruck.) Jeder ver-
nünftige Mensch muß sich doch zunächst einmal eine Wohnung
suchen. — Wenn wir nicht durch die Gesetzgebung ver-
hindern, daß die Leute vom Lande in die Stadt
hüpfen, dann werden alle Wohlfahrtssein-
richtungen nichts nützen, und, meine Herren, da können Sie
so viel Gefangene gründen, wie Sie wollen. (Stürmische
Heiterkeit, lebhafter Beifall. Auch der Kronprinz stimmt
lebhaft zu.)

Nach dem Oldenburger proklamierte Herr v. Wangenheim
den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf der ganzen
Linie. Er trat für Arbeitszwang bei gewohnheitsmäßigen
Arbeitslosen und leichteren Verbrechen ein — den Agrariern würde
die billige Arbeitskraft schon passen — und bedauerte, daß man aus
Angst vor der demokratischen Presse und vor den nächsten Reichs-
tagswahlen keinen Schritt weiter kommt. Und auch dieser Redner
sah wiederholt den lebhaften Beifall des Kronprinzen.
Dieser verließ darauf den Saal, während die Herren vom Land-
wirtschaftsrat ihre Resolutionen über Handelspolitik und Arbeiter-
frage erledigten.

Es kann für uns Republikaner nur durchaus erfreulich sein,
wenn der Kronprinz, dessen Autorität wir in dieser einen Frage
gerne anerkennen, so eifrig bemüht ist, die Legende vom „sozialen
Königtum“ zu zerstören. Seine Stellungnahme in der Zaber-
Affäre hat ja über die politischen Ideale des Kronprinzen keinen
Zweifel mehr gelassen. Seine heutige Annäherung schafft Klar-
heit über seine sozialpolitischen Ansichten.
Einschränkung der Freizügigkeit, Anhebung der Arbeiter, Wieder-
herstellung des Hörigkeitsverhältnisses auf dem flachen Lande,
soweit dies irgendwie geht, das sind die Ideale der extremen Schar-
fmacher, denen der Kronprinz heute so lebhaft zugestimmt hat.
Heydebrand und Oldenburg sind seine politischen Freunde,
Sie, in denen das deutsche Volk seine Todfeinde erblickt!

Das Polizeiregiment
auf der Anlagebank.

Mehr als fünf Stunden sprach am Dienstag Genosse Adolf
Hoffmann im Abgeordnetenhaus über die preussische Polizei-
wirtschaft. Mehr als fünf Stunden! Und doch brachte er nur
einen kleinen Teil des schier erdrückenden Anlagematerials gegen
Herrn v. Dallwitz und seine Gefolgschaft vor. Die reaktionäre
Presse wird natürlich wieder über Mißbrauch der Redefreiheit
jahren und nach Kräften gegen die bösen Sozialdemokraten los-
ziehen, die die kostbare Zeit des Dreiklassenparlaments in An-
spruch nehmen. Nun, ein Haus, das Zeit genug hat, eine ganze
Woche den agrarischen Klagen eines Diederich Hahn zu
widmen, muß auch einmal einen Tag übrig haben, sich mit den
innerpolitischen Zuständen des Staates zu beschäftigen. Aber nicht
nur in der Sache selbst war die Länge der Hoffmannschen Rede
begründet, zu diesem sachlichen Grunde kam noch ein außerlicher
Anlaß. Seitdem der Vizepräsident v. Krause entgegen der bis-
herigen Praxis verboten hat, bei Spezialtiteln Fälle zu erörtern,
die bereits in der Generaldebatte gestreift sind, bleibt denen, den
an einer ershöpfenden Behandlung bestimmter Materien gelegen
ist, nichts anderes übrig, als sich eingehender zu verbreiten, als
man es vielleicht selbst wünscht, und als man es gewohnt ist.

Was Hoffmann gegen die Polizei und den Polizeiminister aus-
führte, ist bezeichnend für den preussischen Staat, der trotz allen
Ableugnens der Regierung und der Massen, die ihr Gefolgschaft
leisten, ein Polizeistaat im wahren Sinne des Wortes ist. Zwar
bestehen Gesetze mehr als genug, aber soweit sie Pflichten in sich
schließen, gelten sie nur für die besitzlose Klasse; die herrschenden
Kreise pflegen auf Recht und Gerechtigkeit. Sie haben die Macht, diese
Macht mißbrauchen sie in der rücksichtslosesten Weise unter Beihilfe
der Polizei. Wählerisch in ihren Mitteln freilich sind die Herr-
schaften nicht, und noch weniger wählerisch in ihren Mittel-
personen. Schon wegen ehroloster und gemeinsten Verbrechen
vorbestrafte Elemente, gewerbsmäßige Verbrecher, sind bei der
Polizei gut angesehen, sofern sie sie in ihrem Kampfe gegen die
Sozialdemokratie unterstützen, und wenn diese Elemente sich sogar
zu Streikbrecherbermittlern entwickeln, dann werden sie nicht nur
von der Polizei, sondern auch von den kapitalistischen Unternehmern



mit offenen Armen aufgenommen. Dieselben Herren, die sonst nicht genug in sittlicher Entrüstung machen können, schrecken nicht zurück, sich des Auswurfs der Menschheit zu bedienen, um ihr Portemonnaie zu füllen und die Arbeiterbewegung mit Gewalt niederzuschlagen. Warum sollten sie auch nicht? Treibt es die Polizei doch auch nicht anders. Was sie sich an Verhöhnungen leistet, mit welchen nichtswürdigen Machinationen sie ihre Opfer zu unfruchtlichen und geschwätigen Handlungen zu verleiten sucht, das spricht Bände.

Es ist unmöglich, die von unserem Genossen besprochenen Thesen auch nur andeutungsweise zu bringen. Wir verweisen unsere Leser auf den ausführlichen Parlamentsbericht. Nur soviel sei an dieser Stelle betont, daß unser Redner mit seinen Ausführungen ins Schwarze getroffen hat. Das beweist das Wirgeheul, in das die Gegner wiederholt ausbrachen. Herr v. Dallwitz freilich hätte den klügeren Teil der Tapferkeit gewährt, er, der eigentliche Angeklagte, ging der Anklage dadurch aus dem Wege, daß er gleich zu Beginn der Sitzungsaal verließ. Nun, wenn er auch die Worte des sozialdemokratischen Redners nicht gehört hat, das Volk wird sie vernehmen und die richtige Lehre daraus ziehen. Dafür werden wir sorgen.

Die Sitzung wurde gegen 7 Uhr mit Unterbrechung der Rede Hoffmanns vertagt, da, wie der Präsident mitgeteilt hatte, die Stenographen der Verhandlung nicht mehr zu folgen vermochten.

Vorher hatte sich das Haus mit der Zentrumsinterpellation über die Automobilunfälle beschäftigt, wobei Charakteristischerweise der sozialdemokratische Redner Genosse Hoyer wieder der einzige war, der sich der Chauffeure annahm, die bei ihrer schlechten Entlohnung fortgesetzt polizeilichen Schikanierungen ausgesetzt sind. Mittwoch: Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

## Die Riefendemonstration der Stockholmer Arbeiter.

Stockholm, 9. Februar. (Sig. Ber.) Die Stockholmer Arbeiter haben gestern den Rüstungsgeheimern und dem Könige eine Antwort erteilt, die den Drahtziehern des Bauernzuges gezeigt hat, daß sie nicht allein die Geschicke des Landes dirigieren, und daß der Versuch, das persönliche Regiment im Lande zu etablieren, die entschiedenste Gegnerschaft in der Arbeiterklasse finden wird. Der von der Sozialdemokratie veranstaltete Demonstrationszug fand einen größeren Anstoß als je zuvor eine Demonstration in Schweden gefunden hat. Selbst gegnerische Zählungen geben die Zahl der am Zuge Beteiligten auf 48 000 an, eine Zahl, die eher zu klein als zu groß ist. Der Aufmarsch dauerte 1 1/2 Stunden. Am Gebäude der Regierung erwartete der Premierminister mit den anderen Mitgliedern des Kabinetts den Zug. Hier übergab unser Genosse Franting dem Herrn Staaf eine Adresse des Arbeiterzuges, sie lautet:

„Das arbeitende Volk, das unter Teuerung, Arbeitslosigkeit und hohen Abgaben verschiedener Art leidet, und immer noch die sozialen und demokratischen Reformen vermisst, um die es seit Jahrzehnten gekämpft hat, wendet sich entschieden gegen die Forderungen auf erhöhte Militäraufgaben. Im Anschluß an das Programm der Sozialdemokratie und die Grundgedanken in dem sozialdemokratischen Militärvertrag von 1911, fordern wir, überzeugt, daß dadurch die wirkliche Wehrkraft des Landes nicht geschwächt wird, eine Begrenzung und Herabsetzung der schon allzu hochgeschraubten Militäraufgaben, sowie eine kräftige Arbeit für Frieden und Brüderlichkeit mit allen Nationen.“

In Regierung und Reichstag richteten wir das entschiedene Ergehen, sich durch die andauernde besinnungslose Rüstungsagitation nicht dazu verleiten zu lassen, dem dem Volke bei der Wahl gebenden Versprechen untreu zu werden. Der Wunsch dieser Versprechen ist unvereinbar mit Treue und Ehre.

Ferner wollen wir aus gegebenem Anlaß erklären, daß das schwedische Volk sich niemals den Ansprüchen einer persönlichen Königsmacht beugen wird, sondern daß wir davon überzeugt sind, daß das Volk mit aller Kraft immer den alten tragenden Grundlag der Demokratie hochhalten wird, wonach der Wille des Volkes allein in Schweden zu bestimmen hat.“

Die Antwort des Herrn Staaf war sehr warm gehalten, obgleich er natürlich seinem Regierungsprogramm gemäß einen anderen Standpunkt zur Vermehrung der Landesverteidigungskräfte einnimmt als die Demonstranten. Er schloß sich entschieden der Forderung auf eine eifrige Friedensarbeit an, wiederholte aber dann die in seiner Weihnachtsrede in Karlskrona aufgestellten Grundzüge über die Militärreform, über die wir damals berichtet haben. Dann aber erklärte er, die Lebungszeit der Infanterie nach wie vor erst den Wählern unterbreiten zu müssen. Schließlich erklärte er mit Nachdruck, daß die Grundzüge der Demokratie ihm wie den Demonstranten heilig sind, und daß jeder entschieden verpflichtet ist, für die Aufrechterhaltung und Fortentwicklung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes.

So hat dieser Zug, der ursprünglich nur eine Gegen-demonstration gegen die Übertreibungen der Rüstungsgeheimern, einen ganz anderen Charakter bekommen. Durch die Königsrede vom Freitag und die Staatsrechtsdrohungen der den König bestimmenden Reaktionen, ist der Zug der Arbeiter zu einem Wahrzeichen der Volkswelt geworden.

### Minister- und Verfassungskrise.

Stockholm, 10. Februar. Das Ministerium Staaf hat seine Entlassung eingereicht. — Der König hat den gemäßigten liberalen Senator und Gouverneur von Kristianstad, Freiherrn de Geer, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Die Demission Staafs wurde verursacht durch die Weigerung des Königs, über seine Rede an die Bauern-demonstration befriedigende Erklärungen zu geben. Der König verharret bei seiner antikonstitutionellen verfassungswidrigen Haltung. Es wird sich jetzt zeigen müssen, welche Antwort das schwedische Volk auf diese Herausforderung erteilen wird.

## Um das Koalitionsrecht.

Die empörende Beurteilung von zwei Zimmerern durch die Strafkammer in Jüterburg zu zusammen 6 Monaten Gefängnis wegen Verdes für den Zimmererverband erhält eine drastische Beleuchtung durch folgende in der Verhandlung stattgehabten Vorfälle. Der Vorsitzende sagte vor der Beweisaufnahme zu den Richtern:

Eines Tages kam ein Mann zu mir und klagte über unerhörten Terrorismus der Arbeiter. Für eine Zeitung, der Kaufmann oder der Grundbesitzer müßte er jede Woche Betrag entrichten. Würde er sich weigern, die Zeitung zu halten, bekomme er überhaupt keine Arbeit. Mit der Werbung: So meine Herren, wird es gemacht, um der Kasse Geld zuzuführen, und um den Arbeitern den letzten Groschen aus der Tasche zu jagen.

Dann trat der Vorsitzende in die Beweisaufnahme ein. Der Vorsitzende hat also einen unkontrollierbaren Vorkall, der mit der Anklage in keinerlei Zusammenhang stand, in die Verhandlung hineingezogen und daran durchaus unzutreffende Schlussfolgerungen geknüpft. Ist das eine zulässige Art, um objektiv die Wahrheit zu ergründen? Es ist bedauerlich, daß die Angeklagten nicht genügend juristisch geschult waren, um zu verlangen, der Vorkall solle protokolliert und der Vorwende und der von ihm gemeinte Maurer als Zeugen gehört werden, damit festgestellt werde, daß die Behauptung des Maurers und die Schlussfolgerung des Vorsitzenden: „so werde es gemacht, um der Kasse das Geld zuzuführen usw.“, der Wahrheit direkt widerspricht. Die Verhandlung werden nicht gezahlt, um eine Zeitung zu erhalten, auch kann der Maurer nicht veranlaßt sein, den „Grundstein“ zu abmieren, vielmehr ist die Wahrheit die: Wer Verbandsmitglied ist, erhält die Zeitung umsonst und hat überdies durch Zahlung der Verbandsgelder den Verbandsbeitrag weit übersteigende materielle Vorteile. Das weiß jeder, dem nicht die Gewerkschaftsbewegung ein Buch mit sieben Siegeln ist. Weil der Vorteil, den die Gewerkschaftszugehörigkeit dem Mitglied bringt, weit höher ist als der Verbandsbeitrag, deshalb kann ein rechtswidriger Vermögensvorteil in der Empfangnahme von Mitgliederbeiträgen niemals liegen. Namhafte juristische Theoretiker haben das Widersinnige der Auffassung des Reichsgerichts, das übersteigt, daß der Leistung eine Gegenleistung gegenübersteht, dargelegt. Das Reichsgericht selbst ist auch vor der Konsequenz seiner Judikatur in einem Falle selbst zurückgeschreckt. Es handelte sich da allerdings nicht um Arbeiter, sondern um einen Erwerbsverein. Die norwegische Regierung hat in den Motiven zum norwegischen Strafgesetzbuch diese Praxis des Reichsgerichts, die Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage und zur Gewinnung von Gewerkschaftsgenossen zu erpresserischen stempelt, unumwunden als eine solche gekennzeichnet, die mit der Gerechtigkeit unvereinbar ist. Schutz gegen diese Judikatur, bei der jede Jurisprudenz aufhört, ist dringend erforderlich. Der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch in Deutschland sieht aber keinen Schutz für das Koalitionsrecht, sondern Bestrafung für seine Anwendung vor — genau so unsinnig und gesundem Rechtsempfinden ins Gesicht schlagend, als wenn ein Gesetzgeber unter dem Vorzeichen, das Eigentum zu schützen, nicht den Dieb, sondern den Bestohlenen bestrafen würde.

## Politische Uebersicht. Gesundheitsfragen.

Aus dem Reichstag, 10. Februar. Wie viel Gutes das Gesundheitsamt des Reiches leisten müßte, zeigte die heutige Beratung.

Genosse Wächner schilderte das Elend hilfloser Wöchnerinnen und empfahl den sozialdemokratischen Antrag, der einen Gesezentswurf zur Regelung des Hebammenwesens fordert.

Genosse Jäckel wies nach, daß die Textilarbeiter unter gesundheitsschädlichen Einflüssen aufs schwerste leiden. Er forderte insbesondere ein Verbot der Nachtarbeit und der Arbeit am Sonnabendnachmittag.

Abg. Dr. Strube von der Fortschrittlichen Volkspartei erkannte die Mißstände an. Vor ihm aber hatte sich der Nationalliberale Rist (Ehlingen) abgemüht, die Textilarbeiter als wahre Musterknaben herauszustreichen. Genosse Jäckel zeigte aber sofort, daß Herr Rist die Verhältnisse in der Textilindustrie gar nicht kennt.

Als würdiger Fraktionsgenosse dieser Herren hatte sich beim Beginn der Sitzung Herr Meyer (Gelle) hervorgetan, der sogar die Mißstände in der Schwerindustrie aus der Welt — reden wollte. Ihm wies jedoch der Pole Dombek nach, daß die Entschuldigungsrede ganz und gar nicht angebracht war. Dem Genossen Spiegel, der sich ebenfalls mit Herrn Rist beschäftigen wollte, schnitten die bürgerlichen Parteien das Wort ab.

Im Laufe der weiteren Debatte wurden die Fragen der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche und wiederum der Verhältnisse des Krankenpflegepersonals erörtert. Auf alle diese Anregungen konnte der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Herr Dr. Bum einen ausreichenden Bescheid nicht geben. So begnügte er sich bezüglich der vom Genossen Wächner behandelten Frage mit der Ankündigung, daß das Reichsamt des Innern mit den Bundesstaaten über einheitliche Grundzüge verhandelt.

Bei Besprechung der Weinfrage wurde es unserem Genossen Hofrichter durch Schluß der Aussprache unmöglich gemacht, unsere Zustimmung zu dem Antrage Behrens auf Schutz gegen die gesundheitlichen Schädigungen der im Weinbau beschäftigten Personen zu begründen. Der Antrag wurde von den Sozialdemokraten und dem Zentrum angenommen.

Abgelehnt wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten unser Antrag, der in fünf Punkten die notwendigen Schutzmaßnahmen für das Kranken- und Pflegepersonal verlangt. Darauf wurde einstimmig der Antrag Calfer angenommen, der sich mit einheitlichen Grundzügen zum Schutze dieser Arbeiter begnügt.

Angenommen wurden ferner der Antrag der Sozialdemokraten auf Regelung des Hebammenwesens, der Antrag des Grafen v. Posadowsky für das internationale Verbot der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter unter 18 Jahren, der Antrag Behrens auf Regelung der Sonntagsarbeit und Nachtarbeit der Arbeiter in der Binnenschifffahrt und Flößerei und der Antrag Frommer für höhere Mittel zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche.

Morgen beginnt die Verhandlung beim Haushaltsplan für die Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft.

### Die Mitschuld des Ministers.

Zu den die Kölner Polizeiaffäre betreffenden Erklärungen des Ministers schreibt die „Rheinische Zeitung“: Wir behaupten, entgegen der Meinung des Ministers, daß die Aufsichtsbehörde es an der nötigen Aufmerksamkeit hat fehlen lassen. Ueber die Zustände im Kölner Polizeiwesen sind nicht nur wiederholt Bescheidungen an den Kölner Polizeipräsidenten, sondern auch an den Regierungspräsidenten und an den Minister des Innern ergangen, ohne daß die notwendigen Maßnahmen ergriffen worden wären. Der Angeklagte des Wackisch-Prozesses hat Aktienstücke durchgearbeitet und aus ihnen wertvolles Material gezogen, die auch den Aufsichtsbehörden vorgelegen haben, ohne

daß sie das Beweismaterial darin fanden, daß der sozialdemokratische Redakteur mit Leichter Mühe daraus entnehmen. Speziell über Inspektor Rauy und andere Beamte sind schon zu Beginn der Amtstätigkeit des Polizeipräsidenten die Aktenbündel von Beschwerden an den Minister gegangen. Man fand aber trotz der bedenklichen Anschuldigungen keine Veranlassung zum Einschreiten. Die Behauptung des Ministers, daß die Aufsichtsbehörden ihre Pflicht getan, ist also ganz verfehlt.

### Hinter den Kulissen.

Der römische Mitarbeiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ erzählt:

„Tatsache ist, daß Kardinal Kopp schon bei seinem Aufenthalt im vergangenen Spätherbst in der ewigen Stadt den Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften in seinen Unterredungen mit dem Papste und dessen Umgebung vorbereitet hat. Es ist auch für den Kenner der Verhältnisse gar nicht verwunderlich, daß Kopp sich an den Grafen Oppersdorff gewandt hat. Dieser besitzt in der Prinzessin Nadzwil, seiner nahen Verwandten, eine verlässliche Mittlerin für seine Pläne und Absichten. Die Villa der Prinzessin in der Via Boncompagni zu Rom ist der Mittelpunkt der vatikanischen Feinde der Kölner. Die Prinzessin richtet mit einer einzigen Audienz beim Heiligen Vater mehr aus als Duzende von deutschen Zentrumsgroßen, von deren Tätigkeit der Papst übrigens sich ganz eigenartige Vorstellungen machen will. Vorstellungen, die hervorgerufen und genährt werden durch die genannte polnische Dame, die weibliche Führerin und Vertreterin der Oppersdorffischen Berliner Richtung. Wenn jetzt der Breslauer Kardinal widerrief, und zwar gleichfalls mit päpstlicher Genehmigung, so ist dies dem Eintreten der preussischen Regierung, die sich dem Zentrum zu verpflichten trachtet, sowie dem Druck der öffentlichen Meinung zu verdanken. Von der Größe des Zwiespaltes zwischen Vatikan und Zentrum macht man sich im Deutschen Reich kaum eine Vorstellung. Die Streitfrage ist nur für einen Augenblick begraben.“

Eine Gegen-demonstration zu der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Bochum und zu der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumsparthei unternahm am Sonntag in Keunkirchen (Saarrevier) Vertreter der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Kohnmann. Einstimmig wurde die Abendung einer Kundgebungsbroschüre an den Bischof Korum von Trier beschloffen, der bekanntlich mit Kardinal Kopp zu den erklärten Gegnern der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften gehört.

### Auf Befehl des Papstes.

Die Führer der christlichen Gewerkschaften und des Zentrums haben einen neuen Schlag erhalten. Zur Nichtigstellung „böswilliger Vermutungen“ christlicher Gewerkschaftsführer muß die „Germania“ ein Schreiben veröffentlichen — sie tut es sichtlich höchst ungern unter „Kirchliche Nachrichten“, in dem es heißt:

„Man kann sehr wohl ein Freund einer kräftigen Arbeiterorganisation sein, ohne sich auf die christlichen Gewerkschaften einschließen zu lassen. Die Führer, auf welcher sich jene „führenden Kreise“ befinden, ist also eine falsche. Und die richtige lag doch so nahe! Sollte denn in diesen Kreisen nicht bekannt geworden sein, daß die Enghilfs-Interpretation vom 24. November 1912 in Rom sehr befreundet hat, und daß man besonders infolge des fortgehenden Streites und des Kölner Prozesses sich dort veranlaßt fühlte, die Enghilfsfrage klarzustellen? Um das zu erreichen, hat, wie ich von zuverlässiger römischer Seite erfahre, das päpstliche Staatssekretariat dem Kardinal Kopp den Wunsch ausgedrückt, seinen längst vollzogenen Rücktritt von der Enghilfs-Interpretation auch öffentlich kundzugeben. Diesem Wunsche hat der Kardinal um so bereitwilliger nachkommen können, als er diese Interpretation schon längst als wirkungslos und verwirrend erkannt hatte. Das ist des Rätsels ebenso einfache wie zweifelloste Lösung.“

Vor dieser Klarstellung müssen alle Zentrumslügen aufschanden werden. Hinter Kardinal Kopp steht der Papst. Er ist der Feind der christlichen Gewerkschaften.

### Der korrigierte Strohmännchen.

In einer im Schützenhofe zu Bochum abgehaltenen national-liberalen Wählerversammlung redeten die Herren Reichstagsabgeordneter Heckmann, Landtagsabgeordneter Althoff und Reichstagsabgeordneter Schiller. Sie redeten über Jabern, Koalitionsrecht, Sozialpolitik und über das Wahlrecht, ohne auch nur etwas Bemerkenswertes zu sagen. Ein Vorgang verdient jedoch besondere Erwähnung. Als Herr Heckmann sich in seinem Nebespruch soweit vergaß und erklärte, daß die Sozialpolitik nicht stille stehen, sondern weiter ausgebaut werden müsse, womit er starken Beifall erntete, erregte er den scheinlichen Unwillen seiner Wortgeber. Herr Vergasseffor Landtagsabgeordneter Althoff korrigierte diese Entgleisung des Strohmännchens sofort, indem er zu Eingang seiner darauffolgenden Rede ausführte:

Die Entwicklung unserer Sozialpolitik muß dort eine Grenze finden, wo sie die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie und Landwirtschaft im Ausland bedroht.

Natürlich wurde dem Zehnherrn nicht widersprochen, aber eine bemerkenswerte Abfälligkeit war immerhin zu beobachten. Dann hieß Herr Schiller fest in die Kerbe. Er verlangte ausgedehnten Schutz der Streikbrecher, schärferes Zugreifen der Behörden. So, wie beim Bergarbeiterstreik zugegriffen wurde, indem man rasch Militär herangezogen, wonach sofort Ruhe eingetreten sei, müsse es fortan überall angestrebt werden. Was hier im Großen, das wolle er auch im Kleinen sehen. Das ist der Standpunkt der national-liberalen Partei. Herr Heckmann wird sich also für die Zukunft hüten, sich in der Öffentlichkeit hervorzuwagen!

### Preussische Eigenart.

In Weidenheim gehen die Junker nicht zugrunde. Das weiß man. Selten oder kam ihre Annahmungen so brutal und so probatorisch wirkend zum Ausdruck, wie auf dem vielbesprochenen Preuentag. Für Preuentag! — so lautete der Schlußruf der Junker gegen die Reichsverfassung und den scharflichen — jahren Reichstag. Worin besteht denn nun eigentlich die gezielte preussische Eigenart der — Junker? Darin, daß sie herrschen und andere Steuern zahlen lassen. Das ergibt die Steuerleistung in agrarischen und nichtagrarischen Bezirken. Nachfolgend stellen wir eine Anzahl solcher Bezirke und die aus diesen Bezirken auf je einen Landtagsabgeordneten geleisteten Steuersummen in Vergleich.

Regierungsbezirk	Steuerleistung auf 1 Abg.	Regierungsbezirk	Steuerleistung auf 1 Abg.
Berlin	8 825 000 M.	Gumbinnen	551 700 M.
Düsseldorf	3 347 800	Posen	507 300
Potsdam	2 710 000	Allenstein	469 000
Arnberg	2 587 500	Stettin	488 300
Köln	2 322 700	Sigmaringen	387 600



Würden die Abgeordneten nach der Steuerleistung verteilt, die Herrlichkeit der Junker im Abgeordnetenhause schrumpfte gewaltig zusammen. Die aufgeführten Bezirke zusammen ergeben in der Gegenüberstellung folgendes Bild:

Berlin	19,3 Mill. M.	Gumbinnen	2,3 Mill. M.
Düsseldorf	Steuern	Posen	Steuern
Potsdam	81 Abgeordnete	Allenstein	48 Abgeordnete
Arnberg		Stettin	
König		Sigmaringen	

Bei einer Verteilung der Mandate nach der Steuerleistung entfielen auf die fünf agrarischen Kreise nur 14 Abgeordnete, auf die fünf städtischen dagegen 115.

Es wird die allerhöchste Zeit, mit der preussischen Eigenart, daß die Junker herrschen und das Volk bewachen, aber das Steuerzahlen andern überlassen, gründlich zu brechen.

### Landtagswahl in Lippe.

Detmold, 10. Februar. (Privattelegramm des Vorn.) Bei der Landtagswahl der 3. Klasse im 8. Kreise erhielten am Dienstag Veder (Soz.) 1083, Stierde (lib.) 1149 Stimmen. Der Liberale ist gewählt. In der Hauptwahl erhielten Soz. 755, lib. 1012, ein „Unparteiischer“ 710. Das Mandat war bisher liberaler Besitz.

### Die neuen Männer in Elsaß-Lothringen.

In der Diensttagssitzung des elsass-lothringischen Landtages, der die neuen Minister v. Koeborn und v. Stein beinhalten, ergriff als erster Redner der neue Staatssekretär Graf v. Koeborn das Wort, um sein Programm zu entwickeln. Viel war es nicht, was er sagte, jedenfalls war es nicht das, was man von den neuen Männern erwartete. Er erklärte zuerst, daß eine Aufstellung seines Programms für ihn heute nicht in Frage kommen könne, denn seine Direktiven werden ihm vom Statthalter erteilt. Diesen Anordnungen werde er freudigen Herzens Folge leisten. Im übrigen habe er keine große Sorge, daß er mit dem Hause nicht gut arbeiten könne. Soweit die Regierungsbeteiligung.

Man trat dann in die Debatte über den Nachtragsetel des Haushaltsgesetzes ein. Nach Erledigung dieses Punktes ergriff der Abg. Emmel das Wort und stellte an den Staatssekretär die Frage, weshalb sein Programm so dürftig angefallen sei, da doch in der ganzen alldeutschen Presse zu lesen war, mit dem Einzug der neuen Minister werde auch eine neue Regierungsgärtnerei in Elsaß-Lothringen Platz greifen. Emmel fragte auch nach, wie es komme, daß der Reichskanzler im Reichstage anlässlich der Zählerdebate den Statthalter Bedel habe fallen lassen und damit zum Ausdruck gebracht, daß man in Berlin mit dem Regierungsgeschäft des Statthalters nicht einverstanden war. Er frage hierauf den Staatssekretär, weshalb er gerade auf diesen Punkt, der doch besonders interessiere, nicht eingegangen sei. Der Staatssekretär erklärte hierauf, er könne auf das Bestimmteste erklären, daß man in Berlin mit der Regierungspolitik des Grafen v. Bedel einverstanden war, und daß man ihn nicht haben lassen wollte.

Der Abgeordnete Emmel blieb auf seinen Darlegungen bestehen und meinte, daß sich der Herr Staatssekretär mit seiner Feststellung erteile. Die neue Regierung sollte ihr Programm nicht in der Tasche tragen, sondern auf den Tisch des Hauses legen.

Darauf wurde vom Abg. Weber von der lothringischen Fraktion wie auch vom Abg. Emmel angefragt, weshalb man denn überhaupt neue Männer in die Regierung eingesetzt habe, wenn man in Berlin mit dem Kurs des Statthalters Bedel einverstanden gewesen sei. Eine Antwort des Staatssekretärs erfolgte nicht.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam auch der Mißbrauch der Kalzweinfabrikanten mit dem Namen Kalzwein zur Sprache, der gerade den Witzern in Elsaß-Lothringen großen Schaden zufüge. Hierauf ergriff der neue Unterstaatssekretär der Landwirtschaft Freiherr v. Stein das Wort und betonte, daß er mit den Ausführungen der einzelnen Fraktionsredner über eine Einschränkung resp. über Maßnahmen, mit dem Namen Kalzwein keinen weiteren Mißbrauch zu treiben, voll und ganz einverstanden sei. Das Haus nahm diese Ausführungen des neuen Unterstaatssekretärs mit Beifall entgegen.

### Das Nachtquartier im Pandurenkeller.

Meldungen aus Straßburg zufolge weilten am Montag mehrere höhere Offiziere in Zubern, um die Schadenersatzklagen aus der Welt zu schaffen, die wegen der bekannten Einquartierung im Pandurenkeller von den Infanteristen angehängt worden sind. Die Kläger verlangen 100 M.; die Militärbehörde will jedoch nur 50 M. Schadenersatz für die nächtliche Freiheitsberaubung zahlen, außerdem die bisher entstandenen Kosten tragen. Es ist noch sehr unbestimmt, ob der Vergleichsvorschlag von den Klägern angenommen wird.

### Weitere Vernehmungen im Kölner Polizeiprozess.

Außer den in dem Kölner Polizeiprozess als Zeugen vernommenen Kriminalschlichtern haben nunmehr auch die in dem Prozeß verwickelten Polizeikommissare und der Kriminalkommissar Gannemann vor dem Untersuchungsrichter zu erscheinen. Sie sollen über die Annahme von Geiseln vernommen werden.

### 2 1/2 Jahre Gefängnis für zwei Ohrfeigen.

Der Dragoner Franz Schonkalla vom Regiment 8 in Ramslau wurde vom Nachhabenden, Gefreiten Rahnitz, belehrt, er dürfe ohne seine Erlaubnis den Stalldienst nicht verlassen. Der Dragoner sagte, der Gefreite solle ihm keine Vorschriften machen, sonst habe er ihn in die Presse. Der Gefreite meinte, das solle er versuchen, an den Mann herantretend. Nun gab der Dragoner dem Vorgesetzten zwei Ohrfeigen. Sch. wurde vor dem Kriegsgericht in Breslau angeklagt des tätlichen Angriffs, der Widersehung, Mißhandlung, Kriegsgerichtsrat Schuberth beantragte zwei Jahre vierzehn Tage Gefängnis, davon allein zwei Jahre für die Ohrfeige bei Annahme eines minderschweren Falles. Das Kriegsgericht ging noch über den Antrag hinaus und erkannte auf zwei Jahre vier Monate Gefängnis, wovon allein zwei Jahre drei Monate für die Ohrfeigen! Sch. legte Berufung ein. Vor dem Oberkriegsgericht in Breslau plädierte der eine Verteidiger, Oberleutnant Freiherr v. Hallenhäusen, für eine bedeutend niedrigere Strafe. Der Gefreite habe sich nicht in rechter Weise gegen den Untergebenen benommen und den Vorgesetzten respektiert. Das Militärtribunal setze barbarische Strafen aus, wie sie oft Zivilgerichte nur über schwere Verbrecher verhängen. Sch. glaubte sich vorchriftswidrig behandelt. Der Anklagevertreter, Geheimrat Laub, beantragte Verlesung des angemessenen Kriegsgerichtsverfahrens. Demgemäß erkannte das Oberkriegsgericht. Die Berufung ward jedoch verworfen, so daß es bei der Strafe von zwei Jahren vier Monaten bleibt!

## England.

### Die Eröffnung des Parlaments.

London, 10. Februar. Das Parlament wurde heute vom König mit einer Thronrede eröffnet. Diese kündigt ein Gesetz über die britische Staatsangehörigkeit an, das die Reichsnaturalisierung betrifft. Es wird die Wirkung haben, daß eine Naturalisierung in irgendeinem Teile des Reiches im ganzen Reiches gültig sein wird. Sodann kündigte der König an, daß die Gesandtschaften, über welche in der letzten Session zwischen den beiden Häusern des Parlaments Meinungsverschiedenheiten bestanden, von neuem eingebracht werden würden. Der König bedauerte, daß die Bestrebungen, für die mit der Regierung von Irland zusammenhängenden Probleme eine Lösung durch ein Übereinkommen zu erreichen, bisher ohne Erfolg gewesen seien, und fügte hinzu: Es ist mein ernstester Wunsch, daß guter Wille und das Zusammenarbeiten von Männern aller Parteien und Bekanntheits die Spaltung heilen und den Grund zu dauernder Verständigung legen mögen.

Die Thronrede kündigt sodann Vorlagen über die Wohnungsbeschaffung für die industrielle und landwirtschaftliche Bevölkerung, über die Entwicklung eines nationalen Unterrichtssystems und über die Behandlung und Verurteilung jugendlicher Missetäter.

Roch (liberal) beantragte die Annahme der Adresse. Er begrüßte die Fortdauer guter Beziehungen mit dem Auslande, die vor ein paar Tagen einen Widerhall im Reichstag gefunden hätte, und bewillkommnet die Reise des Königs nach Frankreich.

Die Adreßdebatte wurde von Walter Long (Unionist) eröffnet. Er erklärte, die Home Rule Bill könnte nicht ohne Hindernisse oder ernste Unruhen Gesetz werden.

Premierminister Asquith betonte, daß die Home Rule Bill bereits zweimal vom Unterhause angenommen worden sei und beim dritten Male Gesetzkraft erlangen werde. Zu Neuwahlen liege kein Grund vor. Ueber die Absicht der Regierung, die Home Rule Bill einzubringen, habe vor den letzten Wahlen kein Zweifel bestanden und das Land habe seine Ansicht darüber nicht geändert, wie die Nachwahlen bewiesen hätten. Niemand wünsche mehr als er eine Beilegung des Streites. Ueber seine Vespörungen mit Bonar Law werde er strengste Verschwiegenheit bewahren.

Er zweifle nicht an der Möglichkeit eines Ausgleichs. Die Worte der Thronrede würden im ganzen Hause ein Echo finden. Wenn aber die Regierung die Initiative zu neuen Anregungen ergriffen habe, so dürfe das nicht als ein Zugeständnis ihrerseits aufgefaßt werden, daß die Bill, die zweimal im Unterhause angenommen worden sei, fehlerhaft sei. Die Regierung werde ihre neuen Vorschläge nur dem Frieden zu Liebe machen. Unter Frieden verstehe er nicht die Vermeidung von Bürgerkriegen, sondern den Beginn eines neuen Regierungssystems in Irland, unter Bedingungen, die gute Aussicht auf Erfolg versprächen. Die Angelegenheit dürfe keinen ungeduldrigen Aufschub, und die Regierung werde Vorschläge machen, die nach seiner Meinung alle Willigdenkenden mindestens als einen Versuch ansehen würden, einen Ausgleich zu erreichen, der sowohl die Interessen als auch die Empfindlichkeiten aller Beteiligten berücksichtige. Er und seine Kollegen wollten keinen Weg versperrt, der zu einem Ausgleich zu führen verspräche.

### Die Adreßdebatte im Oberhause.

London, 10. Februar. (W. L. B.) In der heutigen Sitzung des Oberhauses wurde von Riddellton ein Abänderungsantrag zur Adresse, ähnlich dem von Walter Long im Unterhause gestellten, eingebracht. Der Lordpräsident des Geheimen Rates, Viscount Morley, antwortete in demselben Sinne wie Asquith. Der Antrag wird mit Schluß der Diskussion gegen die Regierung angenommen werden, jedoch hat seine Annahme durch die Peers keine politischen Folgen.

## Italien.

### Die Kriegskosten.

Rom, 6. Februar. (Fig. Ver.) Endlich hat der italienische Schatzminister die Zahlen der Kriegsausgaben vorgelegt, die sich ins gesamt auf 1 Milliarde 149 Millionen belaufen. Davon wurden 21,8 Millionen für die Befehung der Legation in Jofina verbraucht, 3,3 für Albanien, 7,8 für Maßnahmen, die durch die internationale Situation nötig geworden waren, 82 Millionen für Materialanschaffung, 9 Millionen für Anschaffung von Schiffen, 50 Millionen für die im Vertrag von Laujanne vereinbarte Zahlung an die Verwaltung der ottomanischen Staatsschuld und schließlich 903,9 Millionen für die Befehung von Libyen selbst.

Die einzelnen Posten der Ausgaben interessieren kaum. Es sei nur gesagt, daß an Tagelohnern für Offiziere und Truppen 119 Millionen ausgegeben wurden, für den Sanitätsdienst 11 Millionen, für Artilleriemunition 127, für die Ingenieurdienste 112, für Luftschiffahrt und Funkentelegraphie 26 Millionen, für die Verproviantierung 177 und für die Bekleidung 138 Millionen. Die Transportkosten belaufen sich auf 67 Millionen; außerdem wurden für 2 Millionen Pferde, Esel, Maultiere und Kamele angeschafft. Die Marine verbrauchte 34 Millionen für Kohlen, 30 (sic!) für Reparatur der Schiffe, 21 Millionen für Mieten von Transportschiffen und schließlich 20 Millionen für Munition.

Das „Giornale d'Italia“ macht darauf aufmerksam, daß nicht weniger als 20 000 verschiedene Rechnungen von 450 verschiedenen Rechnungsabschlüssen für die Aufstellung dieses Budgets benutzt wurden. Man muß hoffen, daß es trotz dieser rechnerischen Komplikationen der Kammer gelingt, etwas in die Kriegsbuchführung hineinzuleuchten.

## Rußland.

### Ein neuer politischer Konstreprozeß.

Vor dem Geschworenengericht in Biottow wird demnächst einer der größten politischen Prozesse beginnen. Angeklagt sind 82 Männer und Frauen. Sie werden beschuldigt, Mitglieder der revolutionären Richtung der politischen sozialistischen Partei gewesen zu sein. Die umfangreiche Anklage beschuldigt die Angeklagten, an 32 terroristischen Akten, Attentaten und Expropriationen, deren Opfer Beamte, Fabrikanten, Polizeiagenten und andere Personen waren, teilgenommen zu haben. Vor Gericht werden 128 Zeugen erscheinen. Der Prozeß greift auf die Jahre 1909 bis 1910 zurück; mehrere der Angeklagten befinden sich bereits länger als drei Jahre in Untersuchungshaft.

Das polnische sozialistische Blatt „Naprzod“ hat soeben wichtige Enthüllungen über die Rolle veröffentlicht, welche Spigel und Prokurator in diesem Niesanprozeß spielen. Auf die Anschuldigung zweier notorischer Verbrecher und Prokurateure — Sukiennik und Jarantowicz — wurden die meisten der

Angeklagten in diesen Prozeß verwickelt. „Naprzod“ erzählt über die beiden Polizeispitzbuben einiges: Jarantowicz war Leiter einer sogenannten Kampfsorganisation. Im Jahre 1908 wurde er nach beständigem Widerstand, mit der Waffe in der Hand in Ostrowiez von der Geheimpolizei verhaftet und der Okrana von Warschau überliefert. Der Chef der Okrana, Lawargine, der durch sein System der Provokation berüchtigt ist und zugleich einer jener erbärmlichen Polizeiverbrecher war, die die Untersuchungsgefängnisse der grausamsten Tortur unterwarfen, veranlaßte Jarantowicz in den Dienst der Polizei zu treten. Jarantowicz wurde zwar vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt — eine Komödie, denn der russische Zar selbst begnadigte ihn für die Dienste, welche er der Okrana geleistet hatte. Auf seine umfangreiche Denunziation hin wurden dann etwa zehn Mitglieder der revolutionären Parteien zum Tode verurteilt und hingerichtet. Unter den von Jarantowicz Denunzierten waren viele, die mit der revolutionären Bewegung in Polen absolut nichts zu tun hatten und die er nur aus Mangel an anderen Personen beschuldigte. Seine persönlichen Bekannten hatte er alle demüthigt.

Jarantowicz wurde für seine Verbrechen an der polnischen revolutionären Bewegung von dieser zum Tode verurteilt und das Urteil wurde vollzogen. Im Februar wurde seine Leiche in einem Hotel in Rom aufgefunden. Bei der Leiche fand sich kein Ausweis, der die Persönlichkeit des Toten hätte feststellen können. Erst die russische Geheimpolizei stellte in dem Toten einen ihrer schätzbarsten Spigel fest. Als Lawargine die Nachricht von dem Tode seines Prokurateurs erhielt, soll er entsetzt gesagt haben: „Jetzt komme ich an die Reihe.“ — Trotz seines tragischen, wenn auch wohlverdienten Todes fand Jarantowicz Nachfolger. Einer davon war Sukiennik. Er hat in zahlreichen politischen Prozessen der letzten Zeit eine Rolle gespielt. Sukiennik war Mitglied derselben Kampfsorganisation gewesen, deren Leiter Jarantowicz war. Nach dem Tode des Jarantowicz übernahm er sogar dessen Posten. Sukiennik wurde jedoch bald aus der sozialistischen polnischen Partei ausgeschlossen, wegen seiner Beziehung zu notorischen Verbrechern und sonstiger unsauberer Geschäften. Er gründete nun eine Gruppe, die sich gegen die Partei richtete und die russische Regierung mit Expropriation bekämpfen wollte. Seine Anhänger haben mit ihm verschiedene räuberische Diebstähle, Rube an Fabrikanten und anderen Personen verübt. Sukiennik, der die Sache der Revolutionäre fürchtete, stellte sich nun selbst unter den Schutz der Okrana. Die Jarantowicz verriet er nun alle seine früheren Kameraden und sogar seine eigene Räuberbande an die politische Polizei. Auf seine läugerischen Denunziationen hin wurden viele Personen verhaftet und der Prozeß der Zweihundachtzig, von dem eingangs gesprochen wurde, ist das schändliche Werk dieses gefährlichen Polizeispigels.

Die zweihundachtzig Angeklagten gehören allen Gesellschaftsklassen an, die meisten jedoch sind Arbeiter. Eine der Angeklagten ist die Schriftstellerin Cherie Glaktion, die sich bereits seit zwei Jahren in den zaristischen Gefängniszellen befindet.

## Letzte Nachrichten.

### Sozialdemokratischer Stimmenzuwachs in Jerichow.

Während es nach dem von uns an anderer Stelle veröffentlichten nichtamtlichen Resultat der Reichstagswahl in Jerichow so schien, als ob wir einige hundert Stimmen eingebüßt hätten, können wir nach folgendem, uns nach Mitternacht zugewandten Telegramm einen ansehnlichen Stimmenzuwachs konstatieren.

Burg (Bezirk Magdeburg), 10. Februar. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreis Magdeburg 3 erhielt Rittergutsbesitzer Schiele-Schollene (L.) 11 999, Fleischermeister Robert Magdeburg (Fortfchr. Rp.) 6893 und Expedient Haupt Magdeburg (Soz.) 12 600 Stimmen. Aus drei Ortschaften fehlen die Ergebnisse.

Dennoch steht für unsere Partei schon jetzt, trotzdem noch einige Ortschaften fehlen, eine Zunahme von über 600 Stimmen fest. Auf einen solchen Erfolg hatte wohl kaum jemand von uns gerechnet. Die aufopferungsvolle, allen behördlichen Schikanen trotzende Wahlarbeit unserer Genossen hat reichliche, wohlverdiente Früchte getragen.

### Gegen die Germanisierungspolitik.

Hlensburg, 10. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In einer glänzenden, von 2000 Personen besuchten Versammlung beleuchtete Genosse Breitscheid den Klassenstoß und besonders seine Auswüchse in Nordschleswig. Die Versammlung protestierte gegen die Ausweisungspraxis in der Nordmark und die Junkerfrechheiten. Ein Begrüßungstelegramm vom ausgetriebenen Genossen Stauning wurde von der Versammlung beantwortet. Begeisterte Stimmung beherrschte die Versammlung, die ohne Zwischenfall auseinanderging.

### Die Ministerkrise in Schweden.

Stockholm, 10. Februar. (W. L. B.) Freiherr de Geer hat auf Anfrage erklärt, daß er den Auftrag, das neue Ministerium zu bilden, angenommen habe. Die vollständige Ministerliste kann morgen erwartet werden.

### Die Volksunruhen in Tokio.

Tokio, 10. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Bei dem Zusammenstoß zwischen der Polizei und der Volksmenge, die in den Hof des Parlaments eingedrungen war, sind auf beiden Seiten mehrere Personen verwundet worden. Ein zu Hilfe gerufenes Infanterieregiment umstellte das Parlamentsgebäude und das Marineministerium. Die Volksmenge griff die Abgeordneten der Schulpartei an, welche gegen das Mißtrauensvotum gestimmt hatten. Später zerstreute sich die Menge allmählich. Bei Anbruch der Nacht wurden Truppen aufgeboten, um jeden weiteren Versuch eines Aufstehes zu unterdrücken. Es besteht Aussicht auf Besserung der Lage.

### Das Kriegsgesetz in Südafrika aufgehoben.

Kapstadt, 10. Februar. (W. L. B.) Im Abgeordnetenhause erklärte Minister Smuts, daß die Bestimmungen des Kriegsgesetzes, welche öffentliche Versammlungen im ganzen Uniongebiet verbot, unternimmt aufgehoben werden sollen.



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis**  
 Petersburger Viertel, Bez. 253.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der **Friedrich Heise** (Ederstr. 2, gestorben ist.)  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Friedrich Heise** im Alter von 47 Jahren gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Friedrich Panten** am 8. d. Mts. im Alter von 49 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Fietzenwalder Straße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Fritz Schulz** am 8. d. Mts. im Alter von 28 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Fietzenwalder Straße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Willi Gohrke** am 8. d. Mts. im Alter von 34 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Glas-Gemeinde aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Ernst Sange** am 8. d. Mts. im Alter von 50 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Neuföhren, Hermannstraße, aus statt.  
 Um recht rege Beteiligung ersucht  
**Die Bezirksverwaltung.**

**Deutscher Bauarbeiterverband.**  
 Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Patzer.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Heinrich Albrecht** am 8. Februar im Alter von 72 Jahren gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Neuföhren, Hermannstraße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.**  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Kollege **Franz Gunkel** am 8. d. Mts. verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Hirschhof in Hohen-Schönhausen statt.  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**  
 Am 8. Februar verstarb unser Parteigenosse **August Schneider** (Friedrichstr. 17, Bezirk).  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neuföhren, Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für Tempelhof.**  
 Am Sonntag früh verstarb unser Mitglied, der **Karl Krehl**.  
 Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Tempelhof, aus statt.  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Buchhändler-Verband.**  
 (Zahlstelle Berlin.)  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Karl Krehl** nach schwerem Leiden verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Tempelhofer Friedhof, Germaniastraße, statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin-Lankwitz.**  
 Am Sonntag, den 8. Februar, verstarb unser Genosse, der **Wilhelm Schulz** Rurfschützenstraße.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Arbeiter-Radfahrerbund.**  
 Ortsgruppe Berlin-Lankwitz.  
 Am Sonntag, den 8. Februar, verstarb unser Mitglied, der **Wilhelm Schulz** 10/4.  
**Ehre seinem Andenken!**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Richard Rohloff** (Gerichtstr. 8, am 8. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.)  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apothek-Kirchhofes, Müllerstraße, Ecke Secir, aus statt.  
 Ferner hat unser Mitglied, der **August Pionteck** (Fietzenstr. 7, am 7. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.)  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Fietzenwalder Straße, aus statt.  
 Ferner hat unser Mitglied, der **Adolf Müritsch** (Fronthelmer Str. 7, am 7. d. Mts. an Nierenleiden gestorben ist.)  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Fietzenwalder Straße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Patzer.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Heinrich Albrecht** am 8. Februar im Alter von 72 Jahren gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Neuföhren, Hermannstraße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben unversehrlichen Sohnes, Bruders und Bräutigams, des **Otto Seyffert** sagen allen Kollegen, Genossen und Gonnern, auch dem Gesangsverein „Gummeryn“ ihren herzlichsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen  
**Familie Seyffert.**  
**Familie Krüger.**

Allen Freunden und Verwandten die traurige Nachricht, daß unser einzig geliebter Sohn **Karl** im Alter von 11 Monaten nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
 Um stille Teilnahme bitten die Hestbetrübten Eltern **Albert Irischow und Frau.**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Fehmannstr. 20, auf dem höchsten Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seefraße, statt. 11/24

**Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß die **Marie Hirse** (Petrich Leschner) 76/4 verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des alten Neuföhren-Kirchhofes in Fietzenwalder Straße, aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
**Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
 Für die herzliche Teilnahme und für die Kranzpenden beim Hinscheiden meiner innig geliebten Frau **Agnes Aue geb. Schiele** sage ich meiner werten Stiefschwester, Bekannten und Verwandten meinen herzlichsten Dank.  
 Im Namen der Hinterbliebenen:  
**Gustav Aue**  
 Ködliner Str. 4.  
**Stenograf Prillwitz**  
 Berlin NW21, Thurmstraße 34.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung unseres geliebten Sohnes, Bruders und Schwagers, des **Arthur Ziege** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Chef Herrn Rodemann, seinem Personal, dem Radfahrer-Verein „Friede auf dem Frauen-Lotterie“-Berliner „Lustige Seelen“, dem Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe Neukölln, den Baugewerkschaften der „Ideal-Verein“, insbesondere denen vom Aufgang 11, unseren herzlichsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
 Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben unversehrlichen Mannes, des **Paul Kappisch** sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten und Freunden, dem Chef der Firma Emmerich u. Schöningh, dem Kollegen und Kollegen, dem Chef der Firma Gustav Beier, dem Personal, der Ortsverwaltung der Hamburger Kasse, Filiale 1, dem Bauverein des 2. Kreises, Sparvereinen Brüderchaft und Gläubig, dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Sängern der Kreuzberger Harmonie meinen aufrichtigsten Dank.  
 Blime **Kappisch** nebst Tochter.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung unseres geliebten Sohnes, Bruders und Schwagers, des **Arthur Ziege** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Chef Herrn Rodemann, seinem Personal, dem Radfahrer-Verein „Friede auf dem Frauen-Lotterie“-Berliner „Lustige Seelen“, dem Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe Neukölln, den Baugewerkschaften der „Ideal-Verein“, insbesondere denen vom Aufgang 11, unseren herzlichsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
 Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben unversehrlichen Mannes, des **Paul Kappisch** sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten und Freunden, dem Chef der Firma Emmerich u. Schöningh, dem Kollegen und Kollegen, dem Chef der Firma Gustav Beier, dem Personal, der Ortsverwaltung der Hamburger Kasse, Filiale 1, dem Bauverein des 2. Kreises, Sparvereinen Brüderchaft und Gläubig, dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Sängern der Kreuzberger Harmonie meinen aufrichtigsten Dank.  
 Blime **Kappisch** nebst Tochter.

**Dankfagung.**  
 Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben unversehrlichen Mannes, des **Paul Kappisch** sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten und Freunden, dem Chef der Firma Emmerich u. Schöningh, dem Kollegen und Kollegen, dem Chef der Firma Gustav Beier, dem Personal, der Ortsverwaltung der Hamburger Kasse, Filiale 1, dem Bauverein des 2. Kreises, Sparvereinen Brüderchaft und Gläubig, dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Sängern der Kreuzberger Harmonie meinen aufrichtigsten Dank.  
 Blime **Kappisch** nebst Tochter.

**Dankfagung.**  
 Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben unversehrlichen Mannes, des **Paul Kappisch** sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten und Freunden, dem Chef der Firma Emmerich u. Schöningh, dem Kollegen und Kollegen, dem Chef der Firma Gustav Beier, dem Personal, der Ortsverwaltung der Hamburger Kasse, Filiale 1, dem Bauverein des 2. Kreises, Sparvereinen Brüderchaft und Gläubig, dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Sängern der Kreuzberger Harmonie meinen aufrichtigsten Dank.  
 Blime **Kappisch** nebst Tochter.

**Dankfagung.**  
 Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben unversehrlichen Mannes, des **Paul Kappisch** sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten und Freunden, dem Chef der Firma Emmerich u. Schöningh, dem Kollegen und Kollegen, dem Chef der Firma Gustav Beier, dem Personal, der Ortsverwaltung der Hamburger Kasse, Filiale 1, dem Bauverein des 2. Kreises, Sparvereinen Brüderchaft und Gläubig, dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Sängern der Kreuzberger Harmonie meinen aufrichtigsten Dank.  
 Blime **Kappisch** nebst Tochter.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.  
 Telefon: Amt Norden 1967, 1293, 9714, 143.  
**Donnerstag, den 12. Februar 1914, abends 7 Uhr:**  
**Versammlung**  
 sämtlicher bei Berliner Firmen beschäftigten **Bauflempner**  
 im Lokal „Konfordia-Festhale“, Andraastr. 64.  
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Da es sich um eine wichtige Angelegenheit handelt, muß jeder bei einer Berliner Firma beschäftigte Kollege zur Stelle sein.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, da der Saal um 8 1/2 Uhr anderweitig vergeben ist. — Handzettel konnten zu dieser Versammlung nicht mehr verschickt werden.  
**Donnerstag, den 12. Februar 1914, abends 6 Uhr:**  
**Gruppen-Versammlung**  
 für alle in den **Buchdruckereimaschinenfabriken** beschäftigten Kollegen in **Ww. Augustins Festhale, Oranienstr. 103.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag, 2. Dringensangelegenheiten, 3. Verschiedenes.  
**Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.**  
 Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung.**

Die reellsten und solidesten  
**MÖBEL**  
 liefert anerkannt **Möbelfabrik von Schulz**, Reichenberger Straße 5, mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenspreisen und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10000 M. am Lager.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Bureau: Gneisenstr. 14/15 II.  
**Achtung! Achtung!**  
**Delegierte zur örtlichen Generalversammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin.**  
 Am Mittwoch, den 4. März 1914, abends 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludenstr. 15:  
**Ordentliche General-Versammlung pro 4. Quartal 1913.**  
 Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Geschäfts-, Kassen-, Arbeitsnachweis- und Bibliotheksbericht pro 1913, 3. Wahl der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission, 4. Wahl einer Beschwerdekommission für den Arbeitsnachweis, 5. Erledigung eingegangener Anträge und Geschäftliches. NB. Legitimationskarte und Mitgliedsbuch sind mitzubringen und zwecks Kontrolle resp. Abstempelung am Eingang zum Versammlungsort vorzulegen.  
**Ohne Karte und Mitgliedsbuch kein Zutritt.**  
 Wer über 8 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.  
 Die Bezirksverwaltung, J. A. A. Werner.

**Hausarzt-Verein Charlottenburg**  
 Donnerstag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:  
**Öffentliche Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Moses über: „Rassenhygiene und Volksgesundheit“, 2. Diskussion event. Fragebeantwortung.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
 Bureau: Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Müderstraße 9. Fernsprecher: Amt Nord 6708  
**Donnerstag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**  
**4 Mitglieder-Versammlungen**  
 Für die Bezirke **Osten, Nordosten, Lichtenberg, Weißenseer: Königsbank, Frankfurter Str. 117.**  
 Für die Bezirke **Norden, Nordwesten, Wedding, Gesundbrunnen, Pankow: Frankes festhale, Badstraße 9-10.**  
 Für die Bezirke **Westen, Südwesten, Schöneberg, Charlottenburg: Königshof, Bülowstraße 37.**  
 Für die Bezirke **Süden, Südosten, Zentrum, Neukölln: Graumanns festhale, Raunynstr. 27.**

**Freitag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**  
 Für die Bezirke **Adlershof, Cöpenick, Friedrichshagen und Oberschöneweide bei Riek in Cöpenick, Grünauer, Ecke Schönerlinder Straße.**  
**Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**  
 Für die Bezirke **Gr. Lichterfelde, Steglitz, Friedenau, Wilmerdorf und Zehlendorf im Lokal von Clement in Steglitz, Düppelstraße 7.**  
 Tagesordnung:  
**Das Orisstatut für die Filiale Berlin.**  
 Da hier ein sehr wichtiger Punkt auf der Tagesordnung steht, so erwarten wir das vollständige Erscheinen der Kollegen.

**Bekanntmachung.**  
 Die am 21. 11. 13 durch das Kgl. Oberverwaltungsamt Groß-Berlin genehmigte Satzung der Amtungs-Krankenkasse der Dach-, Schiefer- und Ziegelmaler-Zunft zu Berlin ist vom 1. Januar 1914 ab in Kraft getreten. Druckersamplare der Satzung können im Kaiserhof Waldemarstraße 48 sowie bei den Arbeitgebern in Empfang genommen werden. Freie Zunft des Dach-, Schiefer- u. Ziegelmaler-Handwerks zu Berlin C. Gregor, Obermeister.

**Mohrenstr. 37a**  
 Kolonnaden, Gr. Frankfurterstr. 115  
**Trauer-Magazin**  
 Kleider, Hüte etc. Außerste Preise  
**Farbige Konfektion**  
 in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen  
**Westmann**

**Hautleiden**  
 entstehen durch unreines Blut. können deshalb auch nur durch innere Behandlung gründlich u. dauernd geheilt werden.  
**Hauptpillen das beste hierfür.**  
 Jetzt bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre wunderbare heilende Wirkung, die mich vollständig von dem schmerzhaften Hautleiden befreit hat, voll und ganz zu sagen. Gustav Zitzing, München (Bay. Falle). Die patentierten **Hauptpillen** in allen Vororten in allen Apotheken zu haben. Versand nach auswärts durch Bismarck-Apothek, Berlin, Wrangelstraße 47. Postkarte genügt.

**Möbel-Ausstellung**  
 Ausstellung von neuzeitlichen Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen in schlichter gediegener Geschmacksrichtung unter Berücksichtigung der Bestrebungen der Kommission für Vorbild, Arbeiterwohnungen in **Höfner's Möbel-Engros Haus** Berlin N. 201. Veteranenstr. 11, 12, 13. Besichtigung frei. Abgabe der kompl. Einrichtungen sowie einzelner Stücke zu ganz mäßigen Preisen.



Bewerkschaftliches.

Solidarität.

Grimmig wütet die Krise! Tausende und Abertausende liegen ohne Arbeit, ohne Brot auf der Straße. Aber auch die, welche noch Arbeit haben, müssen diese vielfach unter den ungünstigsten Bedingungen ausführen. Nichts ist ja dem Unternehmer willkommener, als wenn er unter dem Hinweis auf die mächtig angeschwollene Reservearmee der Arbeitslosen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu drücken vermag. Und dann die Zahl derer, die bei verkürzter Arbeitszeit tätig sind, die das Unternehmertum durch Verringerung der Arbeit aber auch des Lohnes an den Betrieb festsetzt, um einen Stamm geübter Arbeiter für den Eintritt der besseren Konjunktur zu erhalten! So trifft das Elend der Krise nicht nur die direkt Arbeitslosen, sondern greift darüber hinaus beinahe in alle Schichten der schaffenden Bevölkerung. Es ist keine Arbeiterfamilie — insonderheit in Berlin — davon verschont.

Es schien gewagt, als unter diesen Umständen Partei und Gewerkschaften die Arbeiter Berlins aufriefen, von dem Wenigen, was sie jetzt verdienen, noch etwas für den Weihnachtstisch der völlig Darbenden zu opfern. Aber der Ruf verhallte nicht umsonst. Die Solidarität der Berliner Arbeiter hat sich glänzender denn je bewährt. In wenigen Wochen brachte das Proletariat Berlins beinahe eine halbe Million zusammen!

Von der Gewerkschaftskommission erhalten wir jetzt die Angaben über die zu Weihnachten gezahlten Ertraunterstützungen an die Arbeitslosen.

Es wurden an rund 29245 Arbeitslose die Summe von 147 064 M. in bar ausgezahlt und außerdem für 91 502,69 M. in Waren und Lebensmitteln gegeben. Ferner kostete die Weihnachtsbescherung für circa 20 000 Kinder 27 877,98 M.

Außer der von der Gewerkschaftskommission gezahlten Summe zahlten die Gewerkschaften Berlins noch an außerordentlichen Weihnachtsunterstützungen die Summe von 180 534,57 Mark, so daß eine Gesamtsumme von 446 979,24 Mark an die Arbeitslosen und deren Kinder zur Auszahlung gelangte.

Man vergleiche mit diesem tatkräftigen Eingreifen der Arbeiterkraft die zögernde Zurückhaltung des Bürgertums und der Behörden dem doch nicht zu leugnenden Elend gegenüber!

Wahrlich hier ist vor aller Augen ein modernes Wunder geschehen. Die Speisung der Zehntausende von den Krümen einer ärmlichen Mahlzeit ist kein biblisches Geheimnis mehr. Der Messias Solidarität ist aufgestanden. Er hat die Brote verteilt.

Und sie bekamen alle davon!

Berlin und Umgegend.

Die Pauer beschäftigten sich in einer gutbesuchten Sektionsversammlung mit dem Thema: „Neue Bahnen der Lohnbewegung“. Die Ausführungen des Referenten dankte gipfelten in der Forderung, daß sich die Pauer mehr mit dem Tarifgedanken befassen müßten. Die sehr lebhaften und interessanten Diskussion zeigte, daß die Pauer heute durchweg dem Tarifgedanken Sympathien entgegenbringen. Zur Erklärung sei erwähnt, daß die Pauer bis jetzt ohne Tarif arbeiten und dabei auch ganz Erfreuliches, darunter den Achtstundentag, herausgeholt haben. Doch das früher Gute hat sich in den Zeiten der schlechten Wirtschaftslage ins Gegenteil verwandelt. Da die Pauer keine festen Lohnsätze haben (sie arbeiten nur in Akkord), läßt sich leicht ermesien, was das Unternehmertum diesen in schlechten Zeiten zu bieten beliebt. — Für den Sektionsvorstand wurden folgende Wahlvorschlüge angenommen: 1. Vorsitzender: L e m m e und R e u m a n n; 2. Vor-

Kleines Feuilleton.

Germania, den eisernen Besen! Das Martyrium der „Kassischen“ Zeugin aus dem Haberprozeß, der Zigarrenhändlerin Evers, glimmt fort. Obwohl täglich größere Verleumdungen von guten Patrioten einlaufen und die Ritzchen immer leerer werden, daß Herz, das unverwundliche Herz, bleibt voll. Und sie hat es vor kurzen in einem Brief an eine schlesische Dame ein wenig ausgegüßelt. Sie hat ihrem Horn die Luft gemacht, die bekanntlich Zigarren nicht immer haben, und sie hat sich auch kein Dedblatt vor den Mund genommen. Sie schreibt u. a.:

„Wie hat Herr v. Reuter das Land hier geliebt und bewundert, wie viel Gutes hat er getan, auch die Frau Oberst war sehr gütig, ich sah ihr mal zu, als sie ganz in der Früh mit ihrer Praxien Tochter spazieren ging, da kamen einige ganz arme Kinder daher, die schrien, weil große Hände kamen, und die Damen gingen sofort über die Straße und fährten die Kinder fort. Immer sah ich so schöne Handlungen von der Familie des Herrn Oberst und ihm. Ich bin deshalb auch so empört darüber, weil die Haberner diesen charakterhaften und gerechten Mann so behandelt haben. Der Herr Oberst war zu gut. Hier bleiben kann ich nicht, das würde meine Gesundheit kosten. Hier gibt es auch noch lange keine Ruhe, diese Feiglinge legen ihre Maulwurfsarbeit fort. Ein eiserner Besen müßte mal hier auskehren, solange noch Zeit ist.“

Und ob auch die mutigen Patrioten der Frau Evers nicht nur in die Zigarrenstücken, sondern auch pflichtschuldigst unter die Arme greifen, die Spezialmarke: Haberner Feigling wählt noch immer. Da müßte eben einmal ein eiserner Besen ausgekehren, daß es nur so raucht. Die Zigarrenhändlerin Evers brennt danach.

Wassermann zu Pferde. Die Stadt Mannheim hat vor einiger Zeit einen Schmuden, neuen Führer herausgegeben, der neben dem Text allerlei Sehenswürdigkeiten der Stadt in kleinen, netten Bildern wiederspiegelt. In diesem Bilderbuch ist eines, das ein Stück Straße zeigt, oder eigentlich nur ein Haus, oder noch besser: ein paar Meter von einer Villa. Und vor diesem Hause läßt ein Reiter in würdiger Ruhe, mit stummender Miene, ein Pferd auf einem häßlichen Pferde. Keine Unterschrift verriet, mit welcher Mannheimer Sehenswürdigkeit dieses Bild da bekannt macht.

Mit großem Wissensdurst befohlet, habe ich mich nach Sinn und Bedeutung des Bildes erkundigt, und mir ist die Antwort geworden, daß der Reiter mit der halb bedeutenden, halb forpennvoll-bekümmerten Helmbreite der Abgordnete Wassermann ist, der Führer der Rationalisten, ein Bürger Mannheims, ein Sohn einer alten Familie der Stadt zwischen Neckar und Rhein — mit einem Worte —: ein Ruhm der Stadt, ein Stolz und eine Freude der Seinen. Ein Mann, wie man weiß, mit Ruhm und Ansehen bei allen Gutgesinnten so reich beladen, daß er bereits seinem Denkmal sicher nicht entgegen kann.

Run verhebe ich auch das Reiterbild in Mannheims schmudem Führer: Freund Wassermann hält Generalprobe für sein künftiges Denkmal ab.

figender: Groedel; Schriftföhrer: Richter; Wessiger; Gölter, Seier, Hoppe, Eilhard und Gebhardt.

Lohnbewegung der Arbeiter in den Besohianstalten.

In einer öffentlichen Versammlung, die der Zentralverband der Schuhmacher am Montag nach dem „Englischen Garten“ einberufen hatte, nahmen die Reparaturarbeiter aus den Besohianstalten Stellung zu einer im Frühjahr dieses Jahres einzuleitenden Lohnbewegung.

Dahly teilte mit, daß die Arbeiter aus der Schuhbranche ihren Tarif gefündigt haben. Nun müßten auch die Reparaturarbeiter ihre Forderungen stellen. 1910 wurde mit der Schuhmachereinnung und noch mit anderen Vereinigungen aus den Vororten ein Minimaltarif vereinbart. Die Jannung, die eine Zwangseinnung ist, hat erlaubt, einen Zwang zur Einhaltung des Tarifs bei den Mitgliedern der Innung nicht ausüben zu können.

Moralisch hat sich der Innungsvorstand jedoch verpflichtet, auf die Bezahlung der tariflichen Bestimmungen hinzuwirken. Ebenso hat das Innungsschiedsgericht in Fällen, wo der Tarif nicht eingehalten wurde, stets die betreffenden Arbeitgeber verurteilt. Kam es doch vor, daß die Woche bis 6 und 6 M. weniger bezahlt wurden, als der Tarif vorschreibt. Und das bei den an und für sich schon äußerst erbärmlichen Löhnen. Redner schilderte auch, wie ungemein schwierig sich die Agitation unter dieser Arbeitergruppe gestalte.

In der Debatte wurde eine Erhöhung des jetzigen Minimallohnes gefordert, da derselbe den heutigen Lebensverhältnissen durchaus nicht mehr entspreche. Im übrigen wurden vielfache Beispiele von Tarifbrüchen vorgebracht, desgleichen von ungläublichen Arbeitsräumen, Wochengelegenheiten um. Es wurde noch mitgeteilt, daß die Firma Karl Stiller ihre Arbeiter einen Revolver unterschreiben ließ, in dem sie sich verpflichten, für den Lohn zu arbeiten, den sie in den aufgelösten Plätzen vorher erhielten. Die Firma hat sich damit einer Übertretung der Vereinbarung schuldig gemacht.

Die Versammlung beschloß gegen vier Stimmen, im Frühjahr in eine Propaganda zur Einleitung einer Lohnbewegung für die Reparaturarbeiter einzutreten.

Aus dem Fleischergerwerbe. Die Fleischermeister Exner, Weichselstraße 49 und Lednik, Johann-Guy-Strasse 8 haben den Tarifvertrag der Fleischerorganisation anerkannt.

Die Tarifkommission der organisierten Fleischergelesen.

Deutsches Reich.

Wieder ein arbeitswilliger Revolverheld.

Während des letzten Pinselarbeiterstreikes, der im vorigen Jahre in Nürnberg tobte, fanden sich die zweifelhaftesten Elemente als Streikbrecher ein, die aus allen Richtungen der Windrose herbeiströmten. Diese nützlichen Elemente benahmen sich gegenüber den Streikenden in unerhört provozierender Weise und wurden durch das Verhalten der Polizei dazu geradezu animiert. Polizei und Arbeitswillige sowie das Unternehmertum, dessen Wünsche die Polizei in geradezu ungläublich gefälliger Weise respektierte, brachten es fertig, den streikenden Arbeitern unzählige Strafprozesse aufzuhalsen, die immer noch nicht alle erledigt sind. Der ehemalige Feuert, spätere Gastwirt Feitger aus Regensburg, eine verkraachte Gestalt, zog gleichfalls gen Nürnberg, um den lämpfenden Pinselmachern in den Rücken zu fallen. Einige Tage nach Beendigung des Streikes, anfangs September vorigen Jahres, glaubte Feitger, daß er auf dem Wege zur Arbeitsstätte der Pinselfabrik Schramm fotografiert worden sei. Vor der Garderobe des Betriebs angekommen, schimpfte der Arbeitswillige in der unflätigsten Weise auf die organisierten Arbeiter und nannte diese Gefindeln, Lumpenpack usw. Durch dieses provozierende Verhalten ließen sich einige ältere Arbeiter, die schon lange Jahre im Betrieb waren, hinreißen, dem Arbeitswilligen, der außerdem eine drohende Stellung eingenommen hatte, ein paar Diebe zu verabreichen. Feitger zog seinen Revolver und schoß blindlings auf Arbeiter, die an dem Vorgang gar nicht beteiligt waren und die eben erst die Fabrik betraten. Eine Kugel schlug in eine Tür ein, durch die soeben ein Werksmeister, der aus dem Bereich des gefährlichen Arbeitswilligen kommen wollte, geflüchtet war. Es war nur ein Zufall, daß der Werksmeister nicht von der Kugel getroffen wurde. Andere Werksmeister und Vorarbeiter flüchteten gleichfalls vor dem arbeitswilligen Revolverhelden. Ein organisierter Pinselmacher W., der

soeben den Fabrikhof betreten hatte, sah den Revolver plötzlich auf sich gerichtet. Kurz entschlossen nahm W. eine in der Nähe liegende Axt und stieß diese nach dem Arbeitswilligen. Der gefährliche Revolverheld fiel hierauf (ein bezeichnendes Spiel des Zufalls) in eine Abfallgrube. Nun sprang ein anderer Arbeiter hinzu und suchte dem Arbeitswilligen den Revolver zu entwenden. Der Arbeitswillige drückte auf diesen Arbeiter die Schusswaffe ab. Die Kugel prallte glücklicherweise an einer Ledertasche, die der Arbeiter (es war ein verheirateter Streikender namens D.) in der Tasche trug, ab; sie hatte nur den Rock des D. zerfetzt und blieb in der Weichteile stecken. Eine dritte Kugel, die der wütende Arbeitswillige abschloß, sauste D. dicht am Kopfe vorbei. Diese Schüsse hatten die ganze Fabrik in Aufregung gebracht. Man sah, daß D. getroffen war. Alles flüchtete. Ein beherzter jugendlicher Arbeiter, der gerade den Fabrikhof betrat (es war gleichfalls ein ehemaliger Streikler), sah die einen Besenstiel, eilte zu dem Arbeitswilligen und schlug diesem die Wuchtwaffe aus der Hand. Andere Arbeiter, die gleichfalls eben zur Arbeit gehen wollten, und die den Vorgang nach ansahen, eilten herbei, bläuten den Revolverhelden durch und übergaben ihn der Polizei. Ihrem von jeder geübten Brauch treu, erhob die Nürnberger Anklagebehörde die Anklage nicht gegen den arbeitswilligen Revolverhelden, sondern gegen jene drei Arbeiter, die den gefährlichen Burschen unschädlich machten, und noch gegen zwei weitere Arbeiter dazu. Diese fünf streikenden Arbeiter, von denen zwei ganz unbeteiligt waren, mußten sich vor dem Nürnberger Schöffengericht wegen Körperverletzung verantworten. Es erfolgte ein großes Zeugenaufgebot. Jedoch schon die von der Anklagebehörde geladenen Belastungszeugen machten derartige Angaben, daß der Amtsanwalt die Anklage fallen lassen mußte, ehe noch die von der Verteidigung geladenen Entlastungszeugen vernommen waren. Ein Vorarbeiter, der den arbeitswilligen Revolverhelden in seiner Abteilung hatte, schilderte diesen als unfähigen und unzuverlässigen Arbeiter, vor dem sich Jense fürchtete. Der Arbeitswillige sei ein ganz robiater Mensch, von dem schon früher bekannt war, daß er stets einen Revolver trug. Die Angeklagten mußten auf Kosten der Staatskasse freigesprochen werden. Mit Recht konstatierte der Verteidiger, daß sich das Verhalten des Arbeitswilligen als ein glatter Todschlagsversuch qualifiziere. Natürlich wird dieses gefährliche Element vom Staatsanwalt trotz alledem verschont bleiben. Wenn jedoch die Reaktionsäre und Koalitionsrechtbräuber wieder davon reden und schreiben, daß die Arbeitswilligen gezwungen sind, sich mit Waffen zu versehen, so wird man an dieser Nürnberger Fall erinnern müssen.

Schneiderfreil in Gotha. Die Firma Rosenblatt (G. m. b. H.) hat es abgesehen, sich in der Rückbildungswoche mit den bei ihr beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen zu einigen. Es ist namentlich zur einmütigen Arbeitsniederlegung der 24 bei den Differenzen in Frage kommenden Personen gekommen. Sie sind sämtlich im Schneiderverband Organisierte. Der so brutal vom Jaune gebrochene Kampf wird sicherlich nicht enden — zumal die Löhne in anderen Städten in der Branche höhere sind — ehe die Firma erklart hat, daß die alten Lohnsätze weiter gezahlt werden.

Ausland.

Keilings Mordtat in Tetschen.

Der „Nordböhmische Volksbote“ in Bobenbach bringt eine Extrausgabe heraus mit einer ausführlichen Darstellung des grauenhaften Verbrechens, dem der Genosse Solinger zum Opfer fiel. Johann Solinger, der erste Maschinenmeister der Papierdruckerei Gärtner u. Co. in Bobenbach, war der Vertrauensmann der ausgeperrten Buchdrucker von Tetschen-Bobenbach. In dieser Eigenschaft rief man ihn hinzu, als Keiling den Versuch machte, den arbeitswilligen Weltich (?) aus Dresden (?) in Tetschen unterzubringen.

Keiling war überßer Laune. Sein Ruf als Fuchshäuser war ihm voranageil. Der Joleiter Keilnd der „Stadt Prag“ hatte ihm am Abend bei der Einkehr den „Volksboten“ als Beküre hingelegt und in diesem mußte er sein — Strafregister finden. Während war er seinen Revolver auf den Tisch, so daß der ihn bedienende Kellnerchling freibeideich entlich und den Besuchern des Gesellschafts von dem Vorfall erzählte. So erfuhren die Buchdrucker davon, die ihn in einem anderen Lokal gesucht hatten. Sie verlangten

Musik.

Berliner Volks-Chor: Mozart-Abend. Hoppoldts stimmungsvoller, gut akustischer Konzertsaal war am Montag gefüllt bis zum letzten Nag. Das ist um so höher anzuschlagen, als die Bourgeoisie seit Jahrzehnten bei der Aufführung Mozartscher Opern meistens durch ihre Abwesenheit zu klängen pflegt. Neulich abendend verhält sie sich auch zu seinen für den Konzertsaal komponierten Werken, es sei denn, daß berühmte Dirigenten oder Solisten als Zugmittel mitwirken Anders denkt und handelt das Volk. Es will die Schöplungen seiner unsterblichen Meister hören, wo und wann immer sie ihm in echt künstlerischer Wiedergabe geboten werden. Diesmal war's ein Kammerkonzert in reiner Form, dem ein von Dr. A. Guttman im Gewerkschaftshause gehaltener Lehrvortrag über Mozarts Russischaffen vorangegangen war. Auf dem Programm standen: Das Streichquartett Nr. 24 B-dur, auch Jagdquartett genannt, eine Sonate für Violine und Klavier D-dur und das Klavierquartett Nr. 155 in G-moll. Wie Mozart durch die Begründung der romantischen Oper, insbesondere durch die Reuegestaltung und Ausbildung der komischen Oper die großartigste musikalische Umwälzung hervorrief, so führte er in der Instrumentalmusik das von Josef Haydn Begonnene weiter, indem er ihr die ganze Sprache seines Herzens mitteilte. So ist denn auch in den obengenannten Werken ein bezaubernder Glanz originaler Melodien ausgegossen, dem sich niemand zu entziehen vermag. Ausführte worden das Klinglerische Streichquartett und Robert Kahn (Klavier). Nicht lobald wird ein idealerer Zusammenklang der Instrumente zu denken sein, als er hier zu Gehör kam. Die große Leichtigkeit des Mozartschen Musikgeistes wurde gerade durch die Behandlung des Bechsteinpianos offenbar, dem der Spieler wundervoll gefärbte und meisterlich ausgeglichene Töne entlockte. Es war eine von feinstem Musikempfinden getragene schwungvoll-lebendige Wiedergabe, die denn auch bei den Hörern dankbaren Jubel auslöste. ek.

Humor und Satire.

So 'was kommt bei uns nicht vor!

Die lächerigen Herrn von Ar und Galm, Sie schämen jetzt die Wucht der Waffen. Sie rücken an aus Feld und Alm Und demonstrieren in den Gassen! Und — welche Wendung unsrer Zeit! — Sie wollen nicht nur schre'n und reden, In Zahlen auch sind sie bereit — In Schweden, teurer Freund, in Schweden! Und hört! kann so 'was denn geschehn? Ist dieses so n'k schon dagewesen? Der König, sich recht aufzugeben! Wikandier die Verfassungsthesen! Und er beginnt ganz eminent Mit starken Worten zu beschden Des Reichs erwähltes Parlament — In Schweden, teurer Freund, in Schweden! Jedoch in unserm Ordnungsstaat Kommt dadurch nicht das Recht ins Wanken.

Auf steht das Proletariat Und weist dem König seine Schranken! Und ruhig sieht's die Polizei In diesem staatsrechtlichen Eden, Und die Minister stimmen bei — In Schweden, teurer Freund, in Schweden! Anag.

Notizen.

— Kunstchronik. Bei Paul Cassirer ist eine neue Ausstellung eröffnet. Sie bringt mit 40 Bildern von Waldemar Adler einen Reberblick über das Werk dieses Künstlers. Ferner enthält sie fast ebenso viele Werke von dem französischen Maler Odilon Redon und Arbeiten von dem Bildbauer Wilhelm Lehmbruck. — Eine Ernst-Hädel-Feyer. Zu Ehren Ernst Hädels, der am 16. Februar 80 Jahre alt wird, veranstalten die Berliner Ronisten am 17. Februar im Kaiseraal des Zoologischen Gartens eine große Feyer. Die Festreden halten Wilhelm Ostwald und Prof. Dr. Guenther-Freiburg. — Die Jenuur im Elfaß. Das elsfassische Dialektstück „Dr. Quatorze Juillet“ von Henry Rassemand, das von dem Elsfassischen Theater in Colmar demnächst aufgeführt werden soll, ist vom Bezirkspräsidenten des Oberelsaß verboten worden. Das Stück ist vor Jahresfrist bereits aufgeführt worden. — Ist das schon die Wirkung des neuen Regiments? — Eine neue Vulkanäußerung. Der italienische Forscher Professor Calli meldet, daß er seit einiger Zeit eine Folge ungetöblicher farbiger Dämmungserscheinungen beobachtet habe, das erste Mal Mitte Juli in Rom und dann ohne Unterbrechung, wenn auch mit gewissen Schwankungen der Helligkeit bis zur Mitte des Dezember. Er sieht diese Erscheinungen auf den sehr heftigen Ausbruch des japanischen Vulkans Asama zurück, der in der zweiten Hälfte des Juni stattfand. — Auch eine Sprachmimose. Zu dem Thema, das neulich in diesen Spalten illustriert wurde, schreibt uns ein Leser: Neulich geriet ich bei Gelegenheit der Agitation auf einen der entfernteren Berliner Vororte, dessen Wohnverhältnisse mir noch unbekannt waren. Bei der Rückfahrt fand ich mich nicht gleich zu recht und fragte einen Beamten, welcher der Uniform nach einer geborenen Klasse anzugehören schien: „Wo bekomme ich hier ein Billett?“ Ein gewöhnlicher Badstiefelkaffner hätte mir Bescheid gegeben. Aber der „Gebobene“ war auch ein Deutschländer. Er musterte mich verächtlich und sagte: „Eine Fahrkarte meinen Sie doch?“ „Meinehalben eine Fahrkarte!“ Da hob er den Arm und zeigte tiefer in das Dunkel des Bahnhofsunnels hinein: „Dort, am Villettschalter!“ — Das Ende der größten Kulturpalme. Die fast hundert Jahre alte, 82 Meter hohe Eivisona im Palmengarten von Herrenhäusern bei Hannover, dem ehemaligen Schloßgärtner des hannoverschen Königs, wird demnächst gefällt werden, weil sie fast an das Glasdach des Gewächshauses stößt. Eine Erhöhung des mehrfach durch Aufbauten erweiterten Glashauses ist mit Rücksicht auf die Tragfähigkeit der Fundamente nicht mehr möglich.



von der Polizei die Entlassung des gefährlichen Menschen, die aber abgelehnt wurde. Man unterrichtete nun Solinger, der noch in der Nacht von Bodenbach nach Teischen kam.

Es war am Sonntag, den 8. Februar, um circa 7 Uhr früh, als Keiling und sein Gefährte aus ihrem Zimmer in die Gaststube des Hotels „Stadt Prag“ herabkamen, um das Frühstück einzunehmen. Er setzte sich ganz in der Nähe der Kuchentür. Von den Ausgesperrten waren nur 3 oder 6 im Lokal anwesend, die verstreut an den Tischen saßen. Solinger in einer Ecke, Keiling entgegengesetzt. Eine Anzahl Ausgesperrter stand auf dem Marktplatz auf Kössen. Keiner ahnte, was die nächsten Minuten bringen würden. Es war im Lokal wohl eine gewisse Spannung, aber zu einem ernstlichen Konflikt war doch kein Anlaß. Die Ausgesperrten, weit davon entfernt, provozieren zu wollen und in Kenntnis, daß Keiling als rabiaten Mensch zu allem fähig sei, hielten nur die Absicht, ihm den Streikbrecher wegzuladen. Ein Buchdrucker, der in der Nähe desselben saß, wandte sich an diesen. Keiling, der besorgen mochte, er könne um seinen Söldnerlohn kommen, mischte sich sogleich ins Gespräch. Nun kam Solinger herzu und meinte begütigend: „Loh man den Herrn, ich werde selbst mit ihm (dem Arbeitswilligen) reden.“ Dabei legte er eine Hand vertraulich auf die Schulter desselben. Das sollte ihm zum Verderben werden. Denn in diesem Augenblick sprang Keiling auf und sagte im allergeringsten Berliner Vorstadtdeutsch: „Was wollen Sie von mir? Wenn Sie noch eine Silbe sagen, sind Sie sofort eine Leiche.“ Diese freche und leider allzu ernst gemeinte Drohung veranlaßte einen der wenigen anwesenden Buchdrucker auf den Marktplatz zu laufen und zwei Polizisten herbeizurufen. Ehe aber diese vermittelnd eingreifen konnten, war die entscheidende Tat bereits geschehen.

Alles spielte sich sekunden schnell ab. Genosse Solinger, der lässig die Hände in den Taschen, vor dem Keiling stand, antwortete mehr gemächlich als aufgeregt: „Sie schießen nur einmal, ein weitesmal nicht mehr!“ Keiling, ein großer robuster Patron, der den Browning bereits in der Faust hatte, ging einige Schritte zurück in die Küche. Solinger, immer noch die Hände in den Taschen, stand ruhig drei Schritte vor Keiling. Plötzlich trachte ein Schuß und Genosse Solinger stürzte, in den Hals getroffen, auf den Fußboden nieder, wobei er im Rollen im Gesicht noch einige leichte Verletzungen erlitt.

Dem Schreck erstarrt, waren die Anwesenden im Moment fassungslos, bis sich der Bann löste. Mit dem Revolver in der Hand, stand Keiling unbewegt vor seinem Opfer, um das sich die Buchdrucker nun bemühten. Die Kugel ging an der linken Seite durch den Hals in den Wirbel, das Rückenmark verletzend, so daß Lähmung eintrat, und streifte auch den Kehlkopf. Solinger, der bei Bewußtsein war, bat einen Freund, ihm den Stragen und das Vorhemd abzunehmen, sowie die Uhr einzustechen. Herr Dr. Fäger, der herbeigerufen wurde, leistete erste Hilfe und ordnete die Ueberführung des tödlich Verletzten ins Krankenhaus an. Dort wurde Solinger am Vormittag operiert, doch konnte die Kugel nicht entfernt werden.

Keiling wurde von dem Gendarmetierwachmeister Wohl, der zufällig, von der Post kommend, vorbeiging, verhaftet. Der Nordpol sagte, als der Beamte erschien: „Ich habe ihn erschossen.“ Wie besonnen die Buchdrucker trotz ihrer ungeheueren Erregung waren, beweist der Umstand, daß sie sich gegenseitig ermahnten, den Täter nicht anzurühren, dieser werde anderswo zu büßen haben. Es wurden dann die Zeugen befragt und Keiling in Arrest abgeführt.

Solinger war am Nachmittag des 8. Februar noch bei Bewußtsein, an eine Rettung war aber nicht mehr zu denken. Am 9. Februar, 7 Uhr früh, hatte der kräftige, gesunde und lebenslustige Mensch ausgetreten. Er hinterläßt eine Frau mit 3 Kindern; ein sechstes Kind wird erwartet.

Ueberall, wohin die ersten Nachrichten von dem Vorfalle drangen — zuerst unklar und unbestimmt — erregten sie die größte Bestürzung und helles Entsetzen, aber auch Mut, daß derartige in einem Rechtsstaat noch möglich ist. In der „Volkshalle“ schluchzten Frauen und Männer laut auf, als sie hörten, daß einer ihrer vordersten Kämpfer durch die Kugel eines Elenden hingestreckt wurde.

Das Leichenbegängnis des toten Genossen findet am heutigen Mittwoch um 3 Uhr statt. Für den Abend ist nach dem Soale der „Stadt Prag“ in Teischen, nahe der Stelle, wo er fiel, eine Massenversammlung einberufen, die gegen die Rechtszustände protestieren soll, welche solche Vorfälle möglich machen.

## Aus der Partei.

### Der Kreisarzt als Oberzensor.

Der Arbeiterbildungsausschuß in Uelzen in der Provinz Hannover hatte beschloffen, zwei wissenschaftliche Vortragsabende über die Geschlechtskrankheiten zu veranstalten; die Vorträge sollten am Freitag und Sonnabend voriger Woche, einmal vor Männern, und das andere Mal vor Frauen, gehalten werden. Man hatte jedoch die Rechnung ohne die Uelzener Polizei gemacht, die am Freitagmittag ohne Angabe näherer Gründe die Vorträge verbot — aus Gründen der „Sittlichkeit und Ordnung“. Näher anzugeben, worin die Gefahren bestehen sollten, wäre auch unmöglich gewesen, denn Personen unter 18 Jahren war der Zutritt verboten, und in einigen Nachbarstädten, so in Lüneburg, Wiefen und Gelle, waren von der Polizei keinerlei Schwierigkeiten gemacht worden. Verhandlungen mit dem Bürgermeister als dem Vertreter der Polizeibehörde hatten schließlich den Erfolg, daß der Kreisarzt als Oberzensor bestellt wurde, und der gab sein Gutachten dahin ab, daß sich große Gefahren für die „Sittlichkeit und Ordnung“, wie der Bürgermeister beschränkt, doch nicht befänden. Der Vortrag wurde dem genehmigt, aber nur in der verstellten Form, daß der Redner, ein Arzt, nur über „Ehrlich-Gata 600“ sprechen durfte. Damit war die Sittlichkeit der Uelzener bewahrt, ob aber auch die Sittlichkeit gewahrt wurde, ist eine andere Frage, denn beide Vorträge, auch der für Frauen, waren polizeilich überwacht.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die sozialdemokratischen Bürgervereine der drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck hielten erstmalig am Sonntag in Hamburg eine Zusammenkunft ab. Behandelt wurden die Steuerlegung der Schulfragen, die einer eingehenden Besprechung unter Leitung der örtlichen Verhältnisse unterzogen wurden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Einmütig stimmten die Versammelten einem Fortschritte zu, im nächsten Jahre wieder eine derartige Konferenz abzuhalten.

## Aus Industrie und Handel.

### Konjunkturückgang in der Schweiz.

Bei den Ziffern des schweizerischen Handels und Verkehrs im Jahre 1913 tritt ein gewisser Stillstand zutage. Die Einfuhr der Schweiz ist nach ihrem gewaltigen Vorstoß von 1802 Millionen Frank im Jahre 1911 auf 1979 Millionen Frank im Jahre 1912 im Berichtsjahre nicht weiter gewachsen. Vom Januar bis Ende September ergibt sich in der Einfuhr ein Minus von 6 Millionen (1420 gegen 1426 Millionen Frank) und dies trotz außerordentlich

harter Getreidezufuhren während der Kriegsbesorgnisse im letzten Winter und trotz nicht minder außergewöhnlicher Wein-, Obst- und Zuckerimporte im Herbst. Für den Rest des Jahres scheint die Gefahrung der Zollcinnahmen auf eine noch viel ausgesprochenere Einfuhrverminderung hinzuweisen.

Weniger schroff tritt die Stodung des Erwerbslebens in den Hauptindustrien der Schweiz auf. Ihr Gesamtexport ist sogar von 996½ auf 1010,8 Millionen Frank seit Anfang des Jahres gestiegen. Ein mögliches Zurückbleiben liegt vor im Sticker- und im Seidenstoffexport und bei der Ausfuhr kondensierter Milch. Im letzteren Falle hängt der Ausfall zusammen mit dem Kampf um den Milchpreis im Frühjahr 1913. Im übrigen aber hat sich der Absatz der Schweizer führenden Exportindustrien bis zur Stunde auf der früheren Höhe zu halten, teilweise auch noch weiter auszubehnen vermocht.

Von einer Anzahl industrieller Betriebe meldet die Zentralfstelle des Verbandes schweizerischer Arbeitsämter gegen Ende des Jahres Mündigungen und Entlassungen größeren Umfangs, was sie vermuten läßt, daß die Arbeitslosigkeit des Winters ihren Höhepunkt erst nach Kriegsjahr erreichen wird. Das Hauptfonten der zurzeit bescheidenden Arbeits- und Produktionsstodung ist nicht unter den Exportindustrien zu suchen, sondern beim Baugewerbe und den damit zusammenhängenden wesentlich nur für den eigenen Markt der Schweiz arbeitenden Baumaterialfabriken. Die Stodung im Baugewerbe ist diesmal vielleicht weniger begründet in einer Ueberfüllung des Wohnungs- und des Baubedarfs als vielmehr in der allgemeinen Versteifung aller schwereren langfristigen Kredite.

Auf einem Gebiete allerdings rührt die Stodung in der Bau-tätigkeit vorwiegend von dem Ueberangebot der letzten Zeiten her: auf dem Gebiet des schweizerischen Gastgewerbes. Hier war allerdings in früheren Jahren schon in Erweiterungen und Neubauten des Guten reichlich genug geschehen. Die gute Reise-saison von 1911 schien noch einmal neue glänzende Aussichten hervorzubringen zu wollen. Die beiden Regensommer 1912 und 1913 haben aber alle derartigen Rechnungen und Hoffnungen vernichtet. Weniger schroff tritt die plötzliche Geschäftslage des Gastgewerbes hervor in den städtischen Ausweisen der großen Fremdenzentren, die naturgemäß unter der Ungunst des Wetters weit weniger zu leiden hatten als die hochgelegenen Berghotels.

Die schweizerische Landwirtschaft stand im Jahre 1913 unter vierfachem Druck. Im Frühjahr kam es zu einer Abrechnung über die künstliche Schraubung des Milchmarktes durch die Preis-treiber der Bauernorganisationen und über den Versuch einer künstlichen Hochhaltung der Käsepreise durch die Käseexport-gesellschaft von Brugg, die nun ihr zweites Geschäftsjahr mit noch weit größerem Verluste als das erste, nämlich mit einem Defizit von einer Drittelmillion, abschließt. Der Regensommer war zwar den Laubbäumen, dem Gemüse voran, ausnehmend günstig, hat aber die Nährkraft des Futters sowohl als auch die Zucker- und Weisbildung der übrigen Kulturen zum Teile erheblich beeinträchtigt. Am schlimmsten steht es um den Wein vom Herbst 1913. Seine Ernte ist auf ein kaum je erreichtes Minimum zurückgegangen, so daß in außerordentlichen Importen und uergorener Italienerweine Erlass gesucht werden mußte. Auch der Zuckereimport ist im Zusammenhang damit neuerdings gewaltig gestiegen, und diese beiden Posten, vor allem der Wein, waren es, die den in die Millionen gehenden Ausfall in den Zollcinnahmen des Bundes aus dem übrigen Import bis Ende November auf den mäßigen Betrag von 1,62 Millionen Frank ermäßigt haben.

Im ganzen tritt die schweizerische Volkswirtschaft das neue Jahr, entsprechend den Vorgängen im eigenen Lande und ihrer engen Verflechtung mit dem Weltmarkt, in gedämpfter Stimmung an.

Dividendenrückgang bei der Nationalbank. Die Nationalbank für Deutschland wird für das abgelaufene Jahr nur 6 Prozent Dividende gegen 7 Prozent im Jahre 1912 verteilen. Die Bank hat ihre Bestände an Effekten, deren Ausgabe sie übernommen hatte, gar nicht oder nur zu schlechten Bedingungen abstoßen können. Ebenso sind die Kurse von Aktien und Renten im vergangenen Jahre stark gesunken. Daraus ist der Bank ein Verlust von rund 700 000 M. erwachsen. Dieser Betrag wird nicht den inneren Rücklagen entnommen, sondern als Verlust in der Bilanz verbucht werden.

Die Allgemeine Berliner Omnibus A.-G. erhöht ihre Dividende von 8 auf 9 Prozent. Der Gewinn ist gegen das Vorjahr von 1,82 auf 1,78 Millionen Mark gestiegen. Die Abschreibungen betragen 1,7 Millionen Mark (1,4 im Vorjahre).

## Soziales.

Verständigung zwischen Ärzten und Krankenkassen. Bei der geistigen Besprechung, die zwischen den Vertretern der Ärzte und den Krankenkassen im Reichsamt des Innern stattfand, wurde über die Fassung der Ausführungsbestimmungen zum Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 eine Einigung erzielt.

### Zur Witwen- und Waisenversicherung.

Eine Anklage, wie sie scharfer und vernichtender kaum gedacht werden kann, bildet in diesem Jahre die Radweilung über die Rechnungsergebnisse der Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Ganz normal hat sich freilich der alte Teil der Versicherung entwickelt. Die Zahlungen für Invalidenrenten sind um rund 7½ Millionen Mark, für Krankenrenten um 24 000 M. gestiegen und die Ausgaben für Altersrenten um mehr als 400 000 Mark zurückgegangen.

Neu hinzugekommen sind die sogenannten Hinterbliebenenrenten, das Witwengeld und die Waisensteuer. Und doch weist die Schlussabrechnung seit Bestehen der Versicherung zum ersten Male einen Rückgang in den Ausgaben nach.

1911 wurden ausgegeben:  
an Renten . . . . . 168 973 704,22 M.  
an einmaligen Leistungen . . . . . 10 248 489,70 „  
179 210 173,92 M.

Für 1912 sind aber folgende Zahlen verzeichnet:  
Ausgaben für Renten . . . . . 178 659 892,20 M.  
an einmaligen Leistungen . . . . . 1 969 805,09 „  
Summa 178 629 697,29 M.

Die Versicherten haben also 1912 580 476,03 M. weniger erhalten als im Jahre 1911. Dabei ist der Reichszuwachs gestiegen. Dieser betrug im Jahre 1911 63 283 120,70 M. und im Jahre 1912 aber 64 292 879,55 M., und ist um 1 009 758,85 M. höher als im Vorjahre. Die Ausgaben der Versicherungsträger sanken um 1 500 235,48 Mark.

Das ist durch die Einführung der Hinterbliebenenversicherung herbeigeführt. 1911 wurden an Beitragsersatzung 10 246 489,90 M. ausgezahlt. Dieser Teil der alten Versicherung ist in Wegfall gekommen, weil man das Geld zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung gebrauchte. Für solche Frauen, die sich 1911 bereits verheiratet hatten, oder Krüppel, die 1911 berunglückt, oder Familienväter, die 1911 verstorben waren, wurden 1912 noch 709 590 M. Beitragsersatzung ausgegeben. Aber an Witwen- und Waisenrente gab man 1912 nur 1 048 870 M. Im Jahre 1911 hatten sie durch die Beitragsersatzung 4 050 108 M. gehabt. 1912 hatten sie zusammen mit der Beitragsersatzung nur 1 818 460 M. Durch die Witwen- und Waisenversicherung also nicht einmal die Hälfte, die sie ohne diese Versicherung gehabt haben. Dabei wurden durch die Beitragsersatzung 64 Millionen Mark an Beiträgen mehr erhoben als im Jahre 1911.

Als bei Beratung der Reichsversicherungsordnung unsere Genossen diese Wirkung voraussetzten und die ganze Heuchelei entlarvten, da schrien die Heuchler aus den Reihen der bürgerlichen Parteien.

Jetzt möge man sie fragen: ob sie diese Wirkung des Gesetzes gewollt haben?

### Göttliche Weltordnung in amtlicher Beleuchtung.

Mit einigen interessanten Bemerkungen begleitet der „Reichsanzeiger“ die Zahlen über die Bevölkerung der preussischen Gefängnisse im Rechnungsjahre 1912/13. Zunächst erfährt man, daß der tägliche Durchschnittsbestand in den Anstalten beider Verwaltungen — Justizministerium und Ministerium des Innern — im Berichtsjahre 52 795 Gefangene ergab, gegen 51 549 im Jahre vorher. Legt man die Bevölkerungsziffer zu Grunde, dann entfallen auf 100 000 Einwohner 1912/13 131,44 Gefangene. 1911/12 waren es 128,34. Nähere Angaben liegen über die der Justizverwaltung unterstehenden Anstalten vor. Danach betrug der Zugang im letzten Jahre 401 650 gegen 401 650 im Vorjahre. Dadurch ergab sich ein Gesamtbestand von 426 159 (427 573) ohne Polizeigefangene. Dazu bemerkt der „Reichsanzeiger“: „Der Höchststand der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde im Rechnungsjahre 1892/93 mit einer Gesamtzahl von 522 267 inhaftierten Personen erreicht und noch im Jahre 1894/95 mit 520 587 Gefangenen annähernd behauptet. Dann fand ein allmählicher Rückgang bis zum Rechnungsjahre 1899/1900 statt, in dem die Gesamtzahl der in den Gefängnissen der Justizverwaltung untergebrachten Gefangenen 435 603 betrug und damit um 86 664 unter dem Maximum lag. In dem Krisenjahre 1901/02 erfuhr sie wieder eine gewaltige Steigerung, bis auf 482 606, um dann abermals zu sinken und im Rechnungsjahre 1906/07 mit 425 132 den tiefsten Stand zu erreichen. Während der beiden folgenden Jahre ungünstigerer Arbeitslosigkeit stieg die Gefangenenzahl von neuem bis auf 476 657. Seitdem ist sie wieder in der Abnahme begriffen: sie ging im Rechnungsjahre 1909/10 um 17 238 auf 459 420, 1910/11 um 21 333 auf 438 086, 1911/12 um 10 523 auf 427 573, im letzten Berichtsjahre 1912/13 aber nur um 1414 auf 426 159 zurück; in den letzten vier Jahren hat eine Verminderung um insgesamt 50 508 stattgefunden.“ — Die Fälligkeit der Gefängnisse verschulden demnach die Lebensmittellieferanten und kapitalistischen Ausbeuter. Das kommt noch scharfer zum Ausdruck. Besonders die Moralisten und fatten Frömmel, die mit gefüllten Händen über die Schlechtigkeit der Menschen zeteren, wollen sich das zu Gemüte führen.

Wie das amtliche Organ weiter feststellt, ist die Zahl der weiblichen Gefangenen ständig, seit 20 Jahren um circa 60 Prozent gesunken. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Unter der Gesamtzahl der Gefangenen befanden sich im Berichtsjahre . . . 38 946 (42 039) Männer und 26 668 (23 659) Weiber, die zu geschätzter Hälfte verurteilt worden sind — Bettler, Vagabunden, Trunkenbolde, Dirnen, Obdachlose, meist Wintergäste, die das Gefängnis als eine Wärmeballe oder Herberge oder als Krankenhaus benutzen.“

Schließlich wird noch festgestellt, daß die Zunahme der Untersuchungsgefängenen — darunter Bettler, Landknechte, Dirnen — vielfach auf Witterungseinflüsse zurückzuführen sei.

In wenigen Worten und Feststellungen hat da der „Reichsanzeiger“ eine nette Illustration von der göttlichen Weltordnung geliefert. Glänzende Ernten waren dem Lande beschied. Das Kapital ertriff tiefenbaste Profite, trotzdem treibt bittere Lebensnot viele Volksgenossen in die Gefängnisse. Hunger und Frost läßt manchen armen Teufel, läßt manches arme Weib das Gefängnis als einen Hafen des Glücks betreten, dem man sehnstuchvoll entgegenstrebt. Im Gefängnis gibt es einen warmen Raum, eine Lagerstatt und Nahrung. Das bedeutet für den, der es nicht besitzt, der Gefühle Hochgenuß. Darum das Verlangen nach Justizhaus und Gefängnis. Und für diese ideale Gesellschaftsordnung sollen sich obendrein noch die Proletarier begeistern.

### Die Auerwalder Wohnungsfriedelung.

Die erste schließliche Wohnungsfriedelung nach Ulmer System ist im vorigen Jahre in Auerwalde, einem Vorort von Chemnitz, entstanden. Der dortige Gemeindevorstand Kluge, ein früherer Kreisbeamter von Chemnitz, fand seine langjährige bodenreformistische Arbeit von schönem Erfolge gekrönt, nachdem er die Hindernisse im Gemeinderate beseitigt hatte, die auf falschen Ansichten beruhten. Die erste Friedelung wurde im oberen Ortsteile, etwa 15 Minuten von der Bahnhofsstation Oberlichtenau gelegen, errichtet und am 1. Oktober 1913 von den Kolonisten bezogen. 25 Einfamilienhäuser inmitten großer Gärten bieten sich dem Bewohner als ein tatsächlich schönes Bild dar. Die Gemeinde hat das Land gekauft und die Bauten nach verschiedenen Plänen ausführen lassen. Im Wege des Wiederkaufrechts sind sie in das Eigentum der Kolonisten übergegangen. Jede Spekulation ist ausgeschlossen. Die Landesversicherungsanstalt hat die Friedelung beilehen. Das Kapital ist von den Kolonisten mit Einschluß einprozentiger Amortisation mit 4½ Proz. zu verzinsen. Arbeiter und kleine Beamte, meist aus der mit der Bahn in wenigen Minuten zu erreichenden Großstadt, wo sie ihre Beschäftigung haben, sind die Bewohner dieser Kolonie. Durch Errichtung dieser Kolonie sind der Gemeinde gute Steuerzahler und deren Familien sind der Natur zugeführt worden. Der gute Erfolg des Unternehmens hat die Gemeinde angespornt, auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen. Sie hat in der Nähe des Bahnhofs wieder Gelände von 25 000 Quadratmetern angekauft und beschlachtet, hier noch 20 Einfamilienhäuser zu errichten, um die Nachfrage zu befriedigen. Das Interesse für die bereits errichtete Kleinwohnhausfriedelung macht sich durch häufige Besuche derselben bemerkbar; auch die Behörden wenden ihr jetzt Interesse zu. Die Wohnungsnot der Großstadt begünstigt die Errichtung derartiger Friedelungen.

## Versammlungen.

Nachmal: Frauen und Mädchen in der russischen Revolution. Wir erhalten vom Genossen Goldberg die Mitteilung, daß er keineswegs zur Verbreitung der reaktionären Legenden beigegeben habe. Seine Ausführungen hätten in dem schon am 7. Februar berichtigten Punkte gelautet:

Die Agitation und Propaganda unter den Soldaten war mit großen Schwierigkeiten verknüpft, da ein Soldat sich verdächtig machte, wenn er in Gesellschaft von Zivilisten gesehen wurde. Unausführlicher konnten die Frauen und Mädchen diese Propaganda betreiben. Denn wurde der Soldat in ihrer Begleitung gesehen, so glaubten die Vorgesetzten, es sei eine Liebschaft, während in Wirklichkeit von einer solchen keine Rede war.

### Leistung über die Sammlung zum Bebelfonds:

Bauarbeiter des Gemeindevorstandes 46.—, Kranzüberbringer von den Kollegen der Firma Bruno Bledermann d. Wendt 10,70. Rabenherf Oberlehrer, Revolverbrüder 10,05. Telegrammüberbringer 121. Korfstrassendau Bergmann, Seefahrer 2.—. Werkstattarbeiter der Firma Heinrich Hoffmann 70.—. Zehnerklasse der Buchdruckerei Rosenfeld u. Comp. 10.—. A. G. 5. Rate 200.—. 5. Kreis auf Listen 33,60. (Darunter: 1. Abt. auf Listen durch Gen. Huhnle 3,20. 1a. Abt. auf Listen durch Gen. Blum 16,23. 1b. Abt. auf Listen durch Gen. Schille 2,20. 3. Abt. auf Listen durch Gen. Braun 29,60. 4. Abt. auf Listen durch Gen. Thiemme 1,50.) 4. Kreis auf Listen 300.—. 6. Kreis Rahm 25.—. Die Sammlungen zum Bebelfonds sind noch nicht abgeschlossen. Weitere Beiträge sind zu richten an Emil Becke, SW. 68, Lindenstr. 2, L.







Uhren und Goldwaren
Kesslersley-Werkst. Berlin-S. 107
Jonass & Co.
TEILNAHMUNG
Kataloge
gratis u. franko.

Unterrichtsinstitute
Maschinen- u. Heizerausbildung
Lehrer, Licht-, Kraft- u. Fahrstuhl-
führer, Zentralheizung, Urbanstr. 84

Cafe Metropol
Köpenicker-
Eckstr. 107
Grand-Cafe „Zeppelin“
Frankfurterallee 76, Ecke Luisenstr.

Wild- u. Geflügel
Georg Riedl, Ebersdorfer Str. 57.
Yoghurt-Präparate
Yoghurt-Milch-Kakao

Adlershof
Ftbl.-Abl. R. Klettmann, Bismarckstr. 11a
Kaufhaus Julius Wolf Nachf.
Bilz
Emil Gold, Bickerei, Germania-Fabrik

Lichterfelde
Königsberger & Co. Lankwitzerstr. 1
Herrnartikel und Konfektion.
Mariendorf
A. Böckmann, Gärtnerstr. 1, Kamenhofstr.

Spandau
J. Bode, Fichelsdorferstr. 95.
W. Lütte, Fabr., Fichelsdorferstr. 13.
O. Rauer, Fichelsdorferstr. 117, Möbelgeschäft.
O. Wenzel, Fichelsdorfer Str. 2a.

Max Busse
Brunnenstr. 178/177.
Ernst Orber, Brunnenstr. 78.
E. Koppel, Fasanstr. 1a u. Waldgasse 19.
G. Karger, O. Grünbergerstr. 13

Hugo Böling
65 Pillanen in allen Stadtteilen.
F. N. Höpfer, Ritterstr. 36.
Comrad, Großdammstr. 287

Hagenbeck
Cafe und
Restaurant
Müllerstraße Ecke Neustr.
Otto Heusel
Patzenhofer-Ausschank, Brunnenstr. 77

Zahnatelier
Max Alm, Franseckstr. 15
P. Borein, Steinmetzstr. 30.
W. Best, Kallertstr. 62 E, Wraschelstr.

Frederichsdorf
H. Pöhl, Drogen und Farben.
Carl Schieber, Brot-u. Feinbäckerei.
Gust. Schönfeld, Schuh-u. Rep.
Carl Tegel, Brot-u. Feinbäckerei

Neukölln
E. Groß, Süssig, Str. 44/45, Kondit.
H. Hecker, Neuköllner, Neuköllnerstr. 13

Weidensee
W. H. Koch, Schlichter, Lehrstr. 1
M. H. Lichte, Pastorin, Gest. 44-Str. 17

Vericherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sterbeversicherung - Straße 3

Kino-Variété
Sassowal, Cottbusser Str. 6.
Erstklassiges Programm
Gut gepflegte Biere

Konzert-Café
Nord-Palast
Brunnenstr. 18, E. Veteranenstr.
Riebeck-Ausschank, gr. Markt 24

Strauchmann
Weiss, Max
W. Thiedt, Reinholdendorferstr. 7

Kaufhaus Emil Bergmann
Otto Kruschke, Frl. Leibert, Str. 14
Max Leiß, Palzwaren, Hita, Mühlent.

Schöneberg
W. Hübler, Bölowstr. 61 Möbel.
O. Kuraweg, Schuhm. Fasanstr. 37.

Zossen
Butterhandlung Monopol
Warenhaus S. Cohen

Bouillon
Wurzel
Hohe fröhliche Qualität. 100 Stück
M. 2.-, 200 Stk. 4.35 frk., 1000 Stk. 16.50 frk.

Gefunde Kinder sind der Stolz der Mutter. Der Grund zur
Gefühlsregung wird schon im frühen Alter der Kinder dadurch gelegt, daß
man sie richtig und gut ernährt. Kleinkindern reiche man „Kufeke“

Die erste selbstspiel. Doppelgeige
Patzenhofer
J. Guggenberger, Kosselstr. 14.

In Freien Stunden
Die
Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Möbel-Angebot.
Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-
Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsver-
gütung bei freier Abzahlung und geringen monatlichen Rate-
zahlungen. Anfragen: Bokarie 806. Johann 27.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 67,
bis 3 Uhr angenommen.

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zweimalig 20 Pfenniggedruckte
Worte). Stellenanzeige und Schlüssel-Anzeigen
5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte
mit mehr als 12 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Ziehdecken! ausgerechnet billig!
Vorhänge! 5 Prozent Rabatt
gegen! Gardinenhandschriften, Gade-
felder Markt 4 (Dahlemer Börse).
Sonntags geöffnet.

Teppiche. Vermittler erhalten
20 Prozent. Große Farben Teppiche
mit kleinen Bebildern, jetzt Größe
sich 200 x 300 18.50, 250 x 350
22.50, 300 x 400 26.50. Gardinen,
Vorhänge, Ziehdecken, Soloheden,
Jalousien, Vorhänge, etc. etc. etc.

Spezial-Verkauf!
9.75! 12.75! 15.75! 18.75!
19.75! Daunendbetten! 19.75!
Neue
Küchengeräte! (Kochherd, etc.)
Küchengeräte! (Kochherd, etc.)

Möbel (diätet). Auf Teil-
zahlung liefert Wohnungsbedürfnisse,
auch Einzelmöbel, bei kleiner
Anzahlung und der allerbestmöglichen
Ratenzahlungen. Postlagerart 1.
Bokarie 22. 2022\*

Wohnzimmer für 265 Mark, be-
stehend aus: modernem Schrank,
modernem Vertikal, modernem Bett-
stellen mit Matrassen, komplett,
modernem Stuhl, modernem Spiegel
und Sofa nach Wahl; ferner Küchen-
einrichtung (Hochstuhl) 52 Mark.
Sehen Sie sich die Einrichtung vor
Ankauf genau an, ohne jede Reu-
ungsverpflichtung. Möbel - Geschäft, Alte
Schönhauserstr. 32. 2027\*

Goldschmelze läuft höchstgütig
Kaufgesuche.
Goldschmelze läuft höchstgütig
Kaufgesuche.

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Ziehdecken! ausgerechnet billig!
Vorhänge! 5 Prozent Rabatt
gegen! Gardinenhandschriften, Gade-
felder Markt 4 (Dahlemer Börse).
Sonntags geöffnet.

Teppiche. Vermittler erhalten
20 Prozent. Große Farben Teppiche
mit kleinen Bebildern, jetzt Größe
sich 200 x 300 18.50, 250 x 350
22.50, 300 x 400 26.50. Gardinen,
Vorhänge, Ziehdecken, Soloheden,
Jalousien, Vorhänge, etc. etc. etc.

Spezial-Verkauf!
9.75! 12.75! 15.75! 18.75!
19.75! Daunendbetten! 19.75!
Neue
Küchengeräte! (Kochherd, etc.)
Küchengeräte! (Kochherd, etc.)

Möbel (diätet). Auf Teil-
zahlung liefert Wohnungsbedürfnisse,
auch Einzelmöbel, bei kleiner
Anzahlung und der allerbestmöglichen
Ratenzahlungen. Postlagerart 1.
Bokarie 22. 2022\*

Wohnzimmer für 265 Mark, be-
stehend aus: modernem Schrank,
modernem Vertikal, modernem Bett-
stellen mit Matrassen, komplett,
modernem Stuhl, modernem Spiegel
und Sofa nach Wahl; ferner Küchen-
einrichtung (Hochstuhl) 52 Mark.
Sehen Sie sich die Einrichtung vor
Ankauf genau an, ohne jede Reu-
ungsverpflichtung. Möbel - Geschäft, Alte
Schönhauserstr. 32. 2027\*

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Ziehdecken! ausgerechnet billig!
Vorhänge! 5 Prozent Rabatt
gegen! Gardinenhandschriften, Gade-
felder Markt 4 (Dahlemer Börse).
Sonntags geöffnet.

Teppiche. Vermittler erhalten
20 Prozent. Große Farben Teppiche
mit kleinen Bebildern, jetzt Größe
sich 200 x 300 18.50, 250 x 350
22.50, 300 x 400 26.50. Gardinen,
Vorhänge, Ziehdecken, Soloheden,
Jalousien, Vorhänge, etc. etc. etc.

Spezial-Verkauf!
9.75! 12.75! 15.75! 18.75!
19.75! Daunendbetten! 19.75!
Neue
Küchengeräte! (Kochherd, etc.)
Küchengeräte! (Kochherd, etc.)

Möbel (diätet). Auf Teil-
zahlung liefert Wohnungsbedürfnisse,
auch Einzelmöbel, bei kleiner
Anzahlung und der allerbestmöglichen
Ratenzahlungen. Postlagerart 1.
Bokarie 22. 2022\*

Wohnzimmer für 265 Mark, be-
stehend aus: modernem Schrank,
modernem Vertikal, modernem Bett-
stellen mit Matrassen, komplett,
modernem Stuhl, modernem Spiegel
und Sofa nach Wahl; ferner Küchen-
einrichtung (Hochstuhl) 52 Mark.
Sehen Sie sich die Einrichtung vor
Ankauf genau an, ohne jede Reu-
ungsverpflichtung. Möbel - Geschäft, Alte
Schönhauserstr. 32. 2027\*

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Ziehdecken! ausgerechnet billig!
Vorhänge! 5 Prozent Rabatt
gegen! Gardinenhandschriften, Gade-
felder Markt 4 (Dahlemer Börse).
Sonntags geöffnet.

Teppiche. Vermittler erhalten
20 Prozent. Große Farben Teppiche
mit kleinen Bebildern, jetzt Größe
sich 200 x 300 18.50, 250 x 350
22.50, 300 x 400 26.50. Gardinen,
Vorhänge, Ziehdecken, Soloheden,
Jalousien, Vorhänge, etc. etc. etc.

Spezial-Verkauf!
9.75! 12.75! 15.75! 18.75!
19.75! Daunendbetten! 19.75!
Neue
Küchengeräte! (Kochherd, etc.)
Küchengeräte! (Kochherd, etc.)

Möbel (diätet). Auf Teil-
zahlung liefert Wohnungsbedürfnisse,
auch Einzelmöbel, bei kleiner
Anzahlung und der allerbestmöglichen
Ratenzahlungen. Postlagerart 1.
Bokarie 22. 2022\*

Wohnzimmer für 265 Mark, be-
stehend aus: modernem Schrank,
modernem Vertikal, modernem Bett-
stellen mit Matrassen, komplett,
modernem Stuhl, modernem Spiegel
und Sofa nach Wahl; ferner Küchen-
einrichtung (Hochstuhl) 52 Mark.
Sehen Sie sich die Einrichtung vor
Ankauf genau an, ohne jede Reu-
ungsverpflichtung. Möbel - Geschäft, Alte
Schönhauserstr. 32. 2027\*

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Ziehdecken! ausgerechnet billig!
Vorhänge! 5 Prozent Rabatt
gegen! Gardinenhandschriften, Gade-
felder Markt 4 (Dahlemer Börse).
Sonntags geöffnet.

Teppiche. Vermittler erhalten
20 Prozent. Große Farben Teppiche
mit kleinen Bebildern, jetzt Größe
sich 200 x 300 18.50, 250 x 350
22.50, 300 x 400 26.50. Gardinen,
Vorhänge, Ziehdecken, Soloheden,
Jalousien, Vorhänge, etc. etc. etc.

Spezial-Verkauf!
9.75! 12.75! 15.75! 18.75!
19.75! Daunendbetten! 19.75!
Neue
Küchengeräte! (Kochherd, etc.)
Küchengeräte! (Kochherd, etc.)

Möbel (diätet). Auf Teil-
zahlung liefert Wohnungsbedürfnisse,
auch Einzelmöbel, bei kleiner
Anzahlung und der allerbestmöglichen
Ratenzahlungen. Postlagerart 1.
Bokarie 22. 2022\*

Wohnzimmer für 265 Mark, be-
stehend aus: modernem Schrank,
modernem Vertikal, modernem Bett-
stellen mit Matrassen, komplett,
modernem Stuhl, modernem Spiegel
und Sofa nach Wahl; ferner Küchen-
einrichtung (Hochstuhl) 52 Mark.
Sehen Sie sich die Einrichtung vor
Ankauf genau an, ohne jede Reu-
ungsverpflichtung. Möbel - Geschäft, Alte
Schönhauserstr. 32. 2027\*

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*

Wohnungen.
Schöne Wohnungen, 2 Stuben
und Küche und 1 Stuben und Küche.
Eberlingstr. 22. 19/19\*



Reichstag.

210. Sitzung. Dienstag, den 10. Februar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Eingegangen ist die Novelle zum Kaligesez.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt mit der Abstimmung über Kapitel „Ausführung des Kaligesezes.“

Das Kapitel wird nach den Beschlüssen der Budgetkommission angenommen mit der Änderung, daß die für die Ausstellung in San Francisco bestimmte halbe Million dem allgemeinen Fonds für die Auslandspropaganda zugeführt wird.

Dann wird die Debatte über das Kapitel

Reichsgegesundheitsamt

fortgesetzt.

Abg. Meyer-Gelle (natl.)

wünscht Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der Groß-Eisenindustrie. Die Behauptung, daß die Arbeiter mit 40 Jahren abgelegt werden, sei nicht richtig, Unfälle werden sich nie ganz vermeiden lassen, aber man muß ihren Ursachen nachgeben und ihre Zahl möglichst einzuschränken suchen. Daran haben gerade die Berufsgenossenschaften ein lebhaftes Interesse. In den letzten Jahren hat die Zahl der Unfälle in der Eisen- und Stahlindustrie abgenommen. Zum Teil liegt das daran, daß die Erkenntnis für die Wichtigkeit der Unfallverhütungsmaßnahmen in den Kreisen der Arbeitgeber gewachsen ist. Den Versicherungsleistungen wird man vor, sie festhalten die Arbeiter ans Werk. Aber eine längere Beschäftigung auf demselben Werk vermindert die Unfallgefahr erheblich. Bei den sogenannten „Hüttenläufern“ ist die Unfallzahl über dem Durchschnitt. — Die Ueberstunden sollten möglichst eingeschränkt werden. Freilich sind sie nicht etwa ein Reizmittel, daß die Löhne nicht ausreichend sind. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten können eben nicht begreifen, daß jemand Ueberstunden macht, um für seine Kinder etwas sparen zu können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ganz vermeiden läßt sich die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit nicht, sie ist nötig, schon damit der Betrieb am Montag ohne Störung weitergehen kann. — Den Vorwurf, den der Abg. Sosinski hier erhoben hat, daß die Arbeitgeber wie jedes Vieh so auch die Bundesratsverordnungen umgehen, weise ich voll Entrüstung zurück. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Böhner (Soz.):

Baron Knigge sprach gestern über den „erschreckenden“ Geburtenrückgang. Ich habe schon 1911 auf die Notwendigkeit des Schutzes der Lebenden hingewiesen. Dazu gehört in erster Linie der

Schutz von Mutter und Kind.

Der Regierungsrat Elster hat darauf hingewiesen, daß der Geburtenrückgang mit der Höhe der Kultur wächst. Er hätte auch auf die Ursachen dieser Erscheinung hinweisen sollen, die wirtschaftlicher und sozialer Natur sind. Es fehlt nicht an Konzeptionsfähigkeit, sondern an Konzeptionsfreudigkeit. Erfolgreicherweise hat auch die Sterblichkeit abgenommen. In erster Reihe wird das Verdacht der Arbeitergeschlechtsgebung, nicht etwa, wie Baron Knigge meinte, der Schutzpolitik. Seine Freunde wollen sogar noch das wichtige Nahrungsmittel, die Milch, verteuern. Das ist die Politik der Saaten gegen die Hungrigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine sehr wichtige kulturelle Frage ist die Frage der Hilfe für Wöchnerinnen und Säuglinge. Deshalb verlangen wir eine reichsgesetzliche Reform des Hebammenwesens. Seit 30 Jahren wird diese Reform verlangt, leider vergeblich. Herr v. Bethmann-Hollweg sagte als Staatssekretär, die Frage eigne sich nicht zur reichsgesetzlichen Regelung. Warum nicht? Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Freilich darf man nicht immer erlösen, sondern muß handeln. Ueber 100 000 Frauen entbinden in Preußen ohne Hebamme, 9,15 Proz. sämtlicher Entbindenden (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), die größte Zahl davon auf dem Lande, und zwar im Osten, in den Regierungsbezirken Allenstein, Posen und Bromberg. Laufende von Frauen geben jährlich am Kindbettstieber zugrunde. Säuglingskash ohne Mutterschutz ist nur eine flüchtige Halbschicht. In den Häusern der Reichen wüthet das Kindbettstieber nicht. Dort sorgt man für genügende Geburtsstühle und für ausreichende hygienische Einrichtungen. In den Wohnstuben der Proletarierinnen dagegen wird gekocht, geschlafen, Heim- und Hausindustrie getrieben. Diese Wohnstuben sind natürlich dann die

Bruststätten von Lungentuberkulose

und anderen Krankheiten. In den Entbindungsanstalten ist das Kindbettstieber so gut wie ausgestorben. Leider können nicht alle Frauen darin untergebracht werden. Nun haben Sie ja die Reichsversicherungsordnung geschaffen, wonach Arzt und Hebamme für die Wöchnerinnen frei sind. Leider ist das aber nur fakultativ, der Versicherungsträger kann die Kosten für Arzt, Hebamme, Hebammen- und Wöchnerinnenunterstützung übernehmen, er muß es aber nicht. Und in den Statuten besonders der Landkrankenkassen fehlt diese Unterstützung. Die Wöchnerin muß daher meist von dem Armenrecht Gebrauch machen, wodurch ihr Mann das Wahlrecht verliert. Im Interesse der Kultur müssen wir die Unentgeltlichkeit der Geburtsstühle und ärztlichen Schutz bei Schwangerschaft fordern.

Im vorigen Jahr nahm der Reichstag eine Resolution an, die Mittel zur Förderung des Hebammenwesens zum Etat anforderte. Sie ist aber in den großen Papierkorb des Bundesrats geworfen, für diese Zwecke sind Mittel nicht vorhanden. Die Verbündeten Regierungen können noch immer nicht begreifen, daß es ihre höchste Aufgabe ist, die nationalen Werte zu schützen und daß die höchsten nationalen Werte das zukünftige Geschlecht bilden. Die gegenwärtig amtierenden Hebammen sind nur fünf und sechs Monate ausgebildet. Die Hebammenvereinigungen verlangen selbst eine Ausbildung von zwei Jahren, wie sie in anderen Ländern bereits besteht. Die Hebamme muß auch verstehen, die Wöchnerin über die Behandlung des Kindes zu belehren, sie muß die Vegetation der Wöchnerin sein. Ferner ist zu fordern eine Redung der wirtschaftlichen Lage der Hebammen. 75 Proz. der Hebammen nagen geradezu am Hungertuch. Besonders auf dem Lande haben die Hebammen zu klagen, so bildet im Regierungsbezirk Gumbinnen 2-300 M. als Einkommen für eine Hebamme keine Seitenarbeit. Die Reichsversicherungsordnung ist den Wünschen der Hebammen auch nicht entgegengekommen, sie haben kein Anrecht auf Versicherung bei Krankheit und Invalidität. Im Falle ansteckender Krankheiten dürfen sie ihren Beruf nicht weiter ausüben. Solange aber die Hebamme keine gesetzliche berechnete Unterstützung erhält, wird sich das nicht vermeiden lassen, und einer weiteren Anstehungsgefahr wird Vorschub geleistet. Das Reich hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß diese Frauen im Alter und bei Invalidität und bei Anstehungsgefahr unterstützt werden. Eine leicht zu veranstaltende Enquete würde deutlich zeigen, wie es in diesem Punkte aussieht. Nehmen Sie deshalb unsere Resolution an. Es liegt dann an der Regierung, endlich zur Tat überzugehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Krings (S.)

fordert Schutz vor der Staubeentwicklung und dem Rausen der Automobile auf den Landstrassen.

Ministerialdirektor Sewald:

In England wird die Staubeentwicklung durch die Teuerung der Landstrassen vollkommen verhindert. Dort wird die Einführung aus Automobilabgaben und Benzinsteuern dazu verwandt, um Gemeinden Zuschüsse zur Teuerung der Strassen zu geben. Es ist zu hoffen, daß man allmählich auch in Deutschland dazu kommen wird, wenigstens die großen Landstrassen zu teuern. Für die Bäume und Felder bedeutet die Teuerung keine Schädigung.

Abg. Dr. van Calker (natl.):

Daß Grundzüge zum Schutz des Krankenpflegepersonals herausgegeben worden sind, ist gestern zum ersten Male durch die Erklärung des Staatssekretärs bekannt geworden. Diese Grundzüge des Reichsgesundheitsamts sollten auch den Krankenanstalten überhandt werden. Die sozialdemokratische Resolution geht mir nicht weit genug. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Jura:) Im vorigen Jahre ging sie Ihnen zu weit! Wo es möglich ist, sollte auch gesetzliche Regelung erfolgen, vor allem sollte die Regierung für die wirkliche Durchführung ihrer Grundzüge sorgen.

Abg. Zeube (Sp.):

Im Interesse der Versorgung des Volkes mit billiger Fleischmahlung müßte die teure Quarantäne für eingeführtes Vieh fallen und die Untersuchung sich auf das geschlachtete Fleisch beschränken. Heute ist die Fleischversorgung für unser Heer vollständig ungenügend. Wir sollten daher auch die Versorgung des Heeres mit Gefrierfleisch einführen, wie das andere Länder getan haben; dadurch würde auch der innere Markt entlastet.

Abg. Frommer (L.)

beantwortet eine Resolution, die den Reichskanzler ersucht, für die wissenschaftliche Erforschung der Maul- und Klauenseuche und ihre Bekämpfung weitere größere Mittel möglichst noch in den Etat für 1914 einzustellen. Die Politik sollte vor der Statistik Halt machen, politische Abschätzungen kennen wir bis jetzt auf dem Lande noch nicht. (Heiterkeit.) Ich bitte, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir gesundes, billiges Fleisch bekommen im Interesse von Stadt und Land, zum Segen für unser Vaterland. (Bravo! rechts.)

Abg. Dombel (Soz.)

polemisiert gegen einzelne Bemerkungen des Abg. Meyer-Gelle. Daß die Arbeitgeber vielfach gegen die Unfallverhütungs- und sonstigen Arbeiterschutzbestimmungen verstößen, sei Tatsache.

Abg. Rumm (Wirtsch. Bg.):

Der Krankenpfleger kann seinen Beruf nicht im Geiste des Klassenkampfes führen, wie ja auch die vom Abg. Antrick geleitete Krankenpflegerbewegung auf dem Aussterbesteht. Mit seinem Zwölfstundenarbeitsantrag wird der Abg. Antrick seiner Fraktion keinen großen Gefallen getan haben, unsere Stimmen bekommt er dafür nicht. In den brandenburgischen Diakonissenhäusern ist der Zehntelarbeitstag durchgeführt und nicht ein vierzehntägiger, sondern ein vierwöchentlicher Urlaub. — Die Hebammen sollten der Zwangsversicherung unterstellt werden, auch sonst ist eine reichsgesetzliche Regelung ihrer Verhältnisse erwünscht. — Das Elend der Kinder auf dem Lande schiltet die Sozialdemokraten, indem sie vereinigte Vorkommisse in übertriebener Weise verallgemeinern. — Die soziale Arbeit muß stets weiter geleistet werden; die deutsche Regierung sollte auf der nächsten internationalen Konferenz von Bern dafür eintreten, daß die Nachtarbeit für Jugendliche unter 18 Jahren verboten wird, wie es die Resolution Sosadowsky verlangt; es ist bedauerlich, daß das Deutsche Reich auf dem letzten Berner Kongress diese früher vertretene Forderung nicht mehr vertreten hat.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Rumm:

Der Reichsgesundheitsrat hat im vorigen Jahre unter Zuziehung von Sachverständigen und Interessenten des Hebammenwesens eine Sitzung veranstaltet, in der einheitliche Grundzüge über die Regelung des Hebammenwesens aufgestellt, aber die das Reichsamt des Innern gegenwärtig mit Preußen und den anderen Bundesstaaten verhandelt. — Der Abg. Böhner hat Klage geführt über die große Zahl von Entbindungen, die ohne Geburtsstühle vor sich gehen. Durch die soziale Gesetzgebung ist es bedeutend besser geworden. (Abg. Böhner [Soz.]: In Allenstein noch 88,8 Prozent aller Entbindungen.) Herr Böhner hat selbst ausgeführt, daß viele Krassen, die Wöchnerinnenunterstützung leisten könnten, sie nicht leisten; es stehen also die bezüglichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung vielfach noch lediglich auf dem Papier. Zu ihrer Einführung in die Praxis können wir sehr wenig tun, das ist durch das Wirken der Abgeordneten in weit höherem Maße möglich. Undankbar wäre es auch, zu vergessen, wie viel die private Wohltätigkeit für den Schutz von Wöchnerinnen und Säuglingen getan hat. — Herr Zeube bemerkt ich, daß wir unmöglich, wenn in Dänemark Maul- und Klauenseuche herrscht, Vieh aus Dänemark ohne Kontrolle und Quarantäne hereinlassen können. Andere Länder, z. B. England, läßt solches Vieh überhaupt nicht herein. (Abg. Gothein [Sp.]: Das behaupten Sie; das Gegenteil ist wahr.) Wegen der Erleichterung der Vieh- und Geflügelausfuhr aus Russland, die Herr Zeube wünscht, muß ich ihn an den preussischen Landwirtschaftsminister weisen, der das Gesetz auszuführen hat und zweifellos das möglichste tun wird. Wenn aber eine Epidemie droht, kann nicht die Rücksicht auf die einzelnen maßgebend sein, es müssen dann alle Maßnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Seuche getroffen werden. — Der wissenschaftlichen Tätigkeit des Reichsgesundheitsamts auf dem Gebiete der Maul- und Klauenseuche ist hier anerkennend gedacht worden. Leider hat sich bisher immer noch erwiesen, daß der Erreger dieser Seuche noch nicht gefunden ist. Mit der Prüfung der Ergebnisse von Brügler und Krause ist das Gesundheitsamt noch beschäftigt.

Abg. Thumann (Sp.):

Die berechtigten Wünsche der Krankenpfleger sollten erfüllt werden. — Notwendig ist eine Reform der Arzneitaxe. — Dringend erwünscht wäre ein Obstzollgesetz. Auch beim Obstzoll muß der Zolltarif begrenzt und dem Ganzerhalten, das im Weinberge niedrigerungen ist, das Handwerk geleistet werden. — Der Vertheuerung des Weinbaues durch den Sonnenturm muß energig entgegengetreten werden. — Ebenso muß der Verkauf von Malzweinen gesteuert werden.

Ministerialdirektor v. Jouquidres:

Der Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Verfälschung von Malzweinen ist dem Bundesrat zur Heilung des Verfassungsverfahrens zugegangen.

Abg. Jädel (Soz.):

Die gesundheitlichen Gefahren, denen die Heimarbeitgeberinnen unterliegen, muß die ernste Aufmerksamkeit der Gesetzgebung auf sich ziehen. Die mit der Epigenarbeit beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen unterliegen vielfach auch der Gefahr der Weibererziehung; sie sind vielfach mit beschwerlichen Stoffen beschäftigt. Der Resolution Sosadowsky, die Nachtarbeit für Jugendliche unter 16 Jahren zu verbieten, stimmen wir zu. In der Epigenindustrie hat die Nachtarbeit Jugendlichen in erschreckender Weise zugenommen, und zwar ist das eine Folge der technischen Umwälzung, die dahin geführt hat, daß die

Maschinen mit ganz leichten Handgriffen zu bedienen sind. Das hat zu umfassender Einführung der Beschäftigung Jugendlicher und ununterbrochener Tag- und Nachtarbeit geführt. Diese Nachtarbeit müßte gesetzlich verboten werden auch im Interesse der vielen kleinen Existenzen, die durch diese Entwicklung erwerbslos gemacht werden. An Stelle der Schiffe, die das Anlaufen des Fadens mit dem Munde notwendig machen, müßten mechanische wirkende Saugvorrichtungen im Interesse der Gesundheit der Arbeiter eingeführt werden. In England ist man mit sozialen Vorschriften viel weiter als bei uns. Zum Beispiel müßten dort alle Innenräume, Decken usw., wo Textilarbeiter beschäftigt sind, alle Jahre mit Desinfektionsmitteln gewaschen werden. In Deutschland ist das unbekannt. Wenn Fabriken besichtigt werden, sollte das nicht wochenlang vorher angekündigt werden, damit nicht den betreffenden

Potentialische Dörfer vorgeführt

werden, wie das nämlich dem König von Sachsen passiert ist. Ganz entgegengesetzt sind die Zustände in den Flachschafzuchtgegenden, wo der genäherte Boden beim Drehen der Spule beständig Wasser anspricht und die Arbeiterin einem dauernden Sprühregen ausgesetzt ist. Wasserdicke Kleidung muß für die Arbeiterinnen verlangt werden. Es entziehen sich diese Leute aber aus gesundheitlichen Gründen. In den Flachschafzuchtgegenden müssen die Arbeiterinnen überhaupt halb nackt arbeiten. Da sollten die Sittlichkeitsapostel für wasserdicke Kleidung sorgen, vor allem im Interesse der Gesundheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein großer Uebelstand in der gesamten Textilindustrie ist die zunehmende Ermüdung namentlich der weiblichen Arbeiterinnen. Die weibliche Frau hat ja nicht nur die zwölf Stunden in der Fabrik zu arbeiten, sondern mindestens noch vier Stunden täglich im Hause zu schaffen. Damit in engem Zusammenhang steht die große Säuglingssterblichkeit. Sie geht weit über den Durchschnitt der Säuglingssterblichkeit des Reiches hinaus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Durchschnitt betrug 1911 9,2 Proz., aber in Sachen 24,2 Proz., in Augsburg 24 Proz., in Chemnitz 28 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Herzogtum Oldenburg ist die Säuglingssterblichkeit gering, sie betrug 1909-11 nur 11,9 Proz. In der Textilindustrie der Stadt Weimernhorst aber beträgt die Säuglingssterblichkeit 20 Proz.

Diese Zahlen müssen die Gesetzgebung zum Einschreiten veranlassen, und das kann nur darin bestehen, daß man diesen Frauen Ruhe gibt, neue Kräfte zu sammeln. Das Bismarcksche Wort „Die Großindustrie degeneriert unser Volk“ gilt insbesondere für die Frauen und Mädchen in den Fabriken. Dem müssen wir entgegenwirken, deshalb müssen wir einen Ruhetag für Frauen und Mädchen schaffen, und so bitte ich Sie, mit einzutreten für die Freigabe des Sonnabends nachmittag in den Fabriken. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Biff (Nat.-Lib.):

In dem einen oder andern Punkt haben wir uns vielleicht vom Ausland überholen lassen; aber die Entwicklung steht bei uns nicht still. Die Darstellung des Abg. Jädel ist in manchem Punkt zutreffend, in vielen aber sehr übertrieben. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) — Ein paar Worte über das „Schiffenlassen“ zu Ehren des Unternehmertums. Es besteht, so lange das Schiffen besteht. Die Frage wäre sofort gelöst, wenn der Automatenbau eingeführt wird. Aber die Arbeiter selbst setzen dieser Einführung einen Widerstand entgegen, weil dann ein Arbeiter 10 bis 12 statt 3 bis 4 Stühle bedienen kann. Daß die Unternehmer nichts getan hätten zur Verringerung des elastischen Schiffenlassens ist nicht richtig. Es gibt in Deutschland mindestens 50 Patentanträge über mechanische Webschiffe. Aber es ist in die Arbeiter allmählich ein großes Misstrauen hineingehämmert gegen alles, was von den Arbeitgebern kommt. Dabei haben die Arbeiter, wie nachgewiesen ist, eine Schmälerung ihres Verdienstes bei Vermehrung der mechanischen Vorrichtung gar nicht zu befürchten. Die Herren vom Textilarbeiterverband würden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie den Widerstand der Arbeiter gegen diese von den Unternehmern eingeführte mechanische Einweilvorrichtung brechen wollten. Dem Reichsgesundheitsamt empfehle ich die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung dieser ganzen Frage im Interesse der Volksgesundheit. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Poppe (S.)

kritisiert die Maßnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, insbesondere die rigorose Stallkontrolle. Die Kosten der Abwehrmaßnahmen der Seuche muß unbedingt der Staat tragen. Jetzt aber werden die Viehhändler eines Affektes dafür bestraft, daß in einem anderen Kreise die Seuche ausgebrochen ist. (Vizepräsident Dowe macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Beschwerden vor den preussischen Landtag gehören.) Wenn das Reich derartige Maßnahmen anordnet, muß es auch die Kosten tragen.

Abg. Voigt-Kraßheim (L.)

erkennt dankbar an, daß die Forschungen über die Maul- und Klauenseuche fortgesetzt werden sollen und spricht dann über die Heblaus. Weiter wünscht er eine Revision des Nahrungsmittelgesetzes.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Rumm:

Eine Revision des Nahrungsmittelgesetzes ist bereits eingeleitet in der Richtung, daß der Bundesrat Normativbestimmungen erlassen soll über die Zusammensetzung und Beschaffenheit von Nahrungsmitteln, die für den Richter maßgebend sein sollen.

Abg. Dr. Straube (Sp.)

polemisiert gegen das Ruchphosphorium, zu dem auch die Gesundheitsbehörde gehöre. Wenn wir die Aufhebung von Grenzsperrern und Quarantänen bei der Einfuhr von Vieh verlangen, so ist uns die Einschleppung von Maul- und Klauenseuche keineswegs gleichgültig. Unsere ganze Viehseuchengesetzgebung hätte gar keinen Sinn, wenn die Kontrolle an der Grenze nicht ebenso streng wäre wie im Inlande. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Aber über die Art, wie die Quarantäne auszuführen ist, haben die Anschauungen des Reichsgesundheitsamts selbst geschwankt, und über die gegenwärtige Art der Quarantäne kann man sehr verschiedener Ansicht sein. (Sehr wahr! bei der Volkspartei.) Der von Herrn Frommer begründete konservative Antrag, für die wissenschaftliche Erforschung der Maul- und Klauenseuche weitere Mittel in den Etat einzusetzen, entspricht ganz unseren Anschauungen, Herr Frommer hat zu seiner Begründung auch wesentliche Argumente angeführt, die unseren beständigen Anregungen entsprechen sind. (Lebhafte Zustimmung bei der Volkspartei.)

Abg. Jädel (Soz.):

Herr Biff ist von solchen Voraussetzungen ausgegangen. Es gibt Vorrichtungen, die das Ansaugen und Durchziehen des Fadens durch das Dreh des Schiffens ermöglichen, ohne daß die Weberin überhaupt hinsteht, und solche Einrichtungen sind in England eingeführt und Idunten und mühen auch bei uns eingeführt werden. Er will den Arbeitern die Schuld an der Nichtdurchführung der mechanischen Saugvorrichtungen zuschreiben, aber mit Unrecht. Sie verlangen die gesetzliche Einführung dieser Vorrichtungen, wie sie in England und mehreren Staaten Nordamerikas besteht. Das dort möglich ist, muß auch bei uns möglich sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kerischbaum (Hosp. d. Natl.)

wünscht weitere Mittel zur Erforschung und Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.



Die Debatte wird geschlossen.  
Das Kapitel wird genehmigt.  
Die sozialdemokratische Resolution, die die Besserstellung des Krankenpflegepersonals fordert, wird abgelehnt, die nationalliberale, die einheitliche Grundzüge zur Regelung der Verhältnisse dieses Personals verlangt, wird angenommen.  
Die sozialdemokratische Resolution auf reichsrechtliche Regelung des Hebammenwesens, die Resolution Genf P. 2010 1913 auf Verbot der Nachtarbeit für jugendliche unter 18 Jahren, die Resolution Behrens, die die Regelung der Arbeitszeit in der Binnen-Schiffahrt und Flößerei verlangt, die Resolution Behrens, die Maßnahmen fordert, um gesundheitliche Schädigungen der im Weinbau beschäftigten Personen zu verhindern, und die Resolution Prommer, welche Mittel für die wissenschaftliche Erforschung der Maul- und Klauenseuche in den Etat einzustellen verlangt, werden sämtlich angenommen.  
Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.  
Schluß 7 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung, Dienstag, den 10. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Zur Beratung steht zunächst eine Zentrum's-Interpellation, durch welche die Regierung um Auskunft ersucht wird über die

### Ursachen des Automobilunfalls,

von welchem am 4. Februar zwei Reichstagsabgeordnete betroffen wurden, und über die Maßnahmen, welche die Regierung zur Verhütung der Automobilunfälle bei dem steigenden Verkehr vorzunehmen gedenkt.

Abg. Freiherr v. Steinäcker-Trier (Z.)

Begründet diesen Antrag. Die Statistik beweist, daß die Unfälle sich beständig vermehren. Eine erstaunliche Zahl von Menschen fällt Jahr für Jahr in der Reichshauptstadt und besonders in den Hauptverkehrsstraßen dem steigenden Verkehr zum Opfer. Die Autofahrer fahren hier gewöhnlich mit einer größeren Geschwindigkeit als ihnen erlaubt ist. Juwelen raufen sie wild durch die Straßen, um einen Fahrgast zu erwischen. Die Privatautos — es ist ja gleich, wenn sie gehören! — geben den Droschkenautos mit schlechtem Beispiel voran. Ferner wendet sich der Redner gegen die Rücksichtslosigkeit der Radfahrer und gegen den Anflug des Kollisionsklaufens in belebten Straßen. Die Kraftfahrzeuge werden von den Behörden nicht genügend kontrolliert. Diese Kontrolle muß in Zukunft schärfer durchgeführt werden. Wir brauchen ferner eine sorgfältigere Ausbildung der Chauffeurs. Die elektrische Industrie leidet dadurch, daß die Benzinautos wegen ihrer größeren Schnelligkeit vom Publikum den elektrischen Autos vorgezogen werden. (Beifall im Zentrum.)

Minister v. Dallwitz:

Im Vergleich mit anderen Weltstädten ist die Zahl der Unfälle in Berlin verhältnismäßig gering, viel geringer z. B. als in Paris. Die größere Zahl der durch Kraftdroschken herbeigeführten Unfälle findet dadurch ihre Erklärung, daß diese Kraftfahrzeuge den ganzen Tag und die halbe Nacht hindurch in Bewegung sind, während die Privatautos und Coupagen nur ein, zwei Stunden unterwegs sind. Trotz der Vermehrung der Kraftfahrzeuge ist die Zahl der tödlichen Unfälle im Berliner Straßenverkehr gesunken. Eine Verringerung der Bundesratsbestimmungen zur Ausfuhr des Automobilgesetzes wird gegenwärtig erwogen. Ich werde dafür sorgen, daß auf den Straßen diejenige Sicherheit herrscht, auf die das Publikum Anspruch hat.

Auf Antrag des Abg. Herold (Z.) tritt das Haus in eine Aussprache der Interpellation ein.

Abg. v. Geischer (L.):

Wir haben das Vertrauen zur Regierung, daß sie geeignete Maßnahmen zur Abstellung der Mißstände treffen werde.

Abg. Just (natl.):

Bei der Entwicklung des modernen Verkehrs können wir auf das Auto nicht mehr verzichten. Wir besitzen ein gut ausgebildetes Fahrpersonal; die Zahl der Unfälle hat sich verringert. Die Klagen über die Pferdekläuter sind mit berechtigter Furcht für die Automobilisten bis in die höchsten Stellen hinein muß die Rücksicht auf den Nachsten die ausschlaggebende Rolle spielen. (Sehr richtig! links.) Durch ihre Unvorsichtigkeit schaden sie ihrer Autorität. Es müssen Geschwindigkeitsmesser eingeführt werden, die eine genaue und leichte Kontrolle der Geschwindigkeit ermöglichen. Wir lehnen eine weitere Einschränkung des Verkehrs durch Polizeibestimmungen ab und legen Wert auf ein gutes Wagenmaterial und eine sorgfältige Ausbildung der Chauffeurs.

Abg. Rosenow (Sp.):

Der Verkehr ist ein unentbehrlicher Gefelle, der seine Opfer fordert. Das Material der Kraftwagenfahrer hat sich in der letzten Zeit wesentlich verbessert. Unsere Automobilindustrie hat einen großen Aufschwung genommen. Die polizeiliche Verkehrsregulierung in Berlin nach Pariser und Londoner Muster ist ausgezeichnet. Wir wünschen eine einheitliche Regelung des Verkehrs der Ecken und des Überholens von Straßenbahnen. Warum ist der Verkehrsminister nicht da? Vielleicht könnte man Motoren mit der Höchstleistung von 25 Kilometer konstruieren. Keine Verkehrshemmung, aber Anpassung an den bürgerlichen Verkehr. (Beifall links.)

Abg. Hofer (Sp.):

Auch wir sprechen unser Bedauern über den Unfall der beiden Zentrum'sabgeordneten aus. In Berlin gibt es weniger Chauffeurschulen, die durch Assistentenprüfungen Schüler heranziehen und sie vielfach unangewiesen auf die Straßen setzen. Die Ausbildungszeit dauert oft nur acht Tage, sie sollte aber vier bis fünf Wochen dauern. Zwei Automobilwerke haben eigene Schulen errichtet und ihre Schüler werden besonders gern eingestellt. Die Arbeitsverhältnisse der Automechaniker können allerdings Mängel verschulden. Bei den Lastkraftwagen in Berlin kommen Arbeitszeiten bis zu 17 und 18 Stunden vor. (Hört! hört!) Bei den Sozialdemokraten 16 Stunden Arbeitszeit ist der Durchschnitt bei den Chauffeurs der Lastwagenautos, 12 Stunden bei denen der Droschkenautos. Genau so wie im Eisenbahnbereich verursacht auch hier Übermüdung manchen Unfall. Auch die ständige Arbeitszeit mancher Droschkenchauffeurs, besonders derjenigen, die bei einem Grundlohn von 150 M. auf Akkordverdienst angewiesen sind, ist für das Publikum wie für die Autofahrer gefährlich. Deswegen muß der Grundlohn gesteigert und die Arbeitszeit verkürzt werden. Die hohen und häufigen Strafen gegen die Chauffeurs, die man infolge des Aufsehens, das sie erregen, nicht mehr veröffentlicht (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten, können das nicht erregen, was ausreichender Lohn und mäßige Arbeitszeit bewirken würden. Herr v. Steinäcker aber klagt noch über zu wenig Strafen. Nach den amtlichen Veröffentlichungen wurden im Jahre 1910

10 000 Strafen gegen Automobilfahrer

allein in Berlin verhängt. Von 1910 ab ist nichts mehr veröffentlicht worden. Wir fragen den Minister, warum die Veröffentlichungen eingestellt worden sind. Die Polizei sollte in der Hauptsache Übertrübungen verhindern. Aber mit Recht beklagen sich die Chauffeurs darüber, daß die Polizisten sich hinter die Säule verstecken, den Autos aufauern und sie ausschreiben, während

es doch angebracht wäre, daß sie die Chauffeurs auf das zu schnelle Fahren aufmerksam machen, um ein Unglück zu verhindern. Manche Vororte machen sich eine Ausnahme daraus, daß alle am Sonntag von Berlin hinauskommandierten Autos aufgeschriebe und mit Strafmandaten bedacht werden, ob sie nun schnell fahren sind oder nicht. Nun hat die Automobilliga diesen mit Strafmandaten Beglückten geraten, so ipso Widerpruch zu erheben und kurz vor der gerichtlichen Verhandlung den Widerspruch zurückzuführen. Das Strafmaß ist jetzt der Staatsklasse zu und die Anzeigen liegen merktlich nach. Wenn die Geschwindigkeit zu sehr beschränkt wird, so haben die Führer ja nur mit Schallens zu tun, ihre Aufmerksamkeit wird dadurch in Anspruch genommen und von der Beobachtung der Straße abgelenkt. Was soll ein Motor mit der Höchstgeschwindigkeit von 25 Kilometer nützen? Jedes Berliner Auto muß doch auch in der Lage sein, sofort Landfahrten anzutreten und da kann es auf eine größere Schnelligkeit ankommen. Es wäre auch zu erwägen, ob für das weit ausgedehnte Berlin nicht 30 Kilometer Schnelligkeit zulässig wären bei einer guten, vernünftigen Verkehrsregelung. Die Chauffeurs wünschen Geschwindigkeitsmesser für jeden Wagen, damit die Anzeigen eventuell nachgeprüft werden können.

Die kaiserlichen Automobile können rasen, wie sie wollen, und es ist wahrlich kein Bunden, wenn immer wieder Kinder und Erwachsene

### von prinzipiellen Autos überfahren

werden, nicht nur in Berlin, sondern auch in Potsdam, Danzig usw. Deswegen interpelliert man aber nicht. Mi ist mitgeteilt, daß die Prinzen, ohne ein Examen gemacht zu haben, Auto fahren. Passiert dann ein Unglück, so müssen die Chauffeurs für die hohen Herrschaften einspringen und deren Unvorsichtigkeiten ausbaden. (Hört! hört!) d. d. Sozialdem. Abg. Dr. Liebknecht: Wo bleibt das Strafverfahren gegen den Prinzen? Alle Verkehrsmittel, die Eisenbahnen, die elektrischen Bahnen fordern Unfälle, das läßt sich nicht vermeiden, aber mit Rücksicht besonders auf die Animosität, die im Landvolk gegen die Automobile und die Chauffeurs herrscht, ist eine Beschränkung der Automounfälle dringend erwünscht. Diese Animosität darf nicht noch vergrößert werden, denn unsere Autoindustrie, die beständig im Wachsen ist und sich in großem Maße zu einer Ausfuhrindustrie entwickelt hat, ist zu einer wichtigen Erwerbsquelle für die deutschen Arbeiter geworden und muß als solche erhalten bleiben. Wir sind also gegen alle Maßnahmen, die diese aufstrebende Industrie und ihre Tausende von Arbeitern schädigen würden. (Zehnfache Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Trampczynski (Pol.):

Ein Rotgesetz wäre nötig. Eine Höchstgeschwindigkeit von 30 Kilometer wäre überall ausreichend. Diejenigen, die am raschesten fahren, haben meist den ganzen Tag nichts zu tun. Sehr leicht ließe sich an allen Autos eine Ueberzeugung einbauen, die die Geschwindigkeit begrenzt.

Abg. Jehr. v. Steinäcker (Z.)

hätte eine Erklärung des Ministers gewünscht, daß die Polizeiverordnungen gegen jedermann rücksichtslos angewendet werden.

Die Besprechung schließt.

## Der Etat des Innern.

Minister v. Dallwitz:

Dem Abg. Dr. Seyda muß ich doch erwidern, daß die berufliche Morbidität eines einzigen Kanalliers nicht dem ganzen ruthenischen Nationalkollaps zu Last zu legen ist (Abg. Korffant: Die Ruthenen im Reichstag zu Wien haben den Wort gefällig!), mit dem der Ostmarkenverein nur zur Beschaffung von Saisonarbeitern in Verbindung getreten ist. Ganz unrichtig ist es, daß die Anwendung des Enteignungsgesetzes auf eine Einwirkung v. Tiedemanns auf den Minister v. Schorlemer zurückzuführen sei. Vergleichsbeschließt nur das Staatsministerium auf Grund alleiniger Information und Berücksichtigung aller Verhältnisse. Wenn wieder polnischer Terrorismus die Bauern und Grundbesitzer hindert, an Deutsche zu verkaufen, so wird wieder enteignet werden unbekümmert um Tiedemann oder Korffant. (Bravo! rechts.) Ein privater Meinungs- ausausch mit Herrn v. Jagow untersteht nicht dem Parlament (Beifall rechts), das erwidert ich Dr. Pachnide. Schon Wilow hat das festgestellt. Legislative und Exekution müssen getrennt werden. Eine Erörterung des kleinen Vorfalles würde die Autorität erschüttern und die Stellung des Beamten von Strömungen des Parlaments abhängig machen. (Beifall rechts.)

Abg. Ad. Hoffmann (Sp.):

Mit dem Abg. v. Kardorff stimme ich in der Frage der zu spät einberufenen des Landtages überein. Aber wenn er von den langen Reden spricht, soll er sich doch mal an seinen Blochbruder Diederich Hahn wenden, der hier über alles reden darf. Im übrigen war die diesjährige Schachmachereie v. Kardorff nur ein schwacher Aufzug vom Vorjahr.

Wenn Sie übrigens ein Tänschen mit uns wagen wollen — nur zu, das soll sich nicht antworten. Sie sind am Ende Ihres Lateins, Sie appellieren wieder an Gewalt und Unrecht. Dafür versuchen Sie, die Rationalen liberalen einzufangen. Hinter Herrn v. Kardorff sitzt schon der Fuchs (Abg. Jehr. v. Stehly), der die Rationalen liberalen verpeisen will. (Weiterkeit.) Zwischen Kardorff und Hohmann a. u. s. g. gestern der Reichstagler hin und her, wie der Ball auf dem Sportplatz, den jede Partei haben und keine behalten will. (Weiterkeit.) Freilich, manchmal war es wie ein Fußballspiel, zu dem Herr v. Seyda brand schändete. (Abg. v. Kardorff: Unerhörl!) Finde ich auch! Daß das Parlament kein Mädchenpensional sein soll, ist uns ganz sympathisch. Aber die Herzensbildung, die Herr v. Kardorff unseren Genossen im Reichstag abspira, bewies er selbst, als er den Abg. Müller-Reinigen dem Pflichten überweisen wollte, weil der Abgeordnete nicht der Meinung des Herrn Landrats ist, der ja freilich mit Schachmachereie erblich belastet ist. Mit der Zeit wird er es ja auch so gut lernen wie es sein Vater konnte! (Weiterkeit.)

Wir sollen gegen Personen aufbegehren, sagt Herr v. Kardorff. Keine Ahnung von unserer Partei und ihrem Wesen! Wir bekämpfen das System, die Gesellschaft und nur die Personen, die sich für sie besonders in den Vordergrund stellen! Und nach Dr. Jahnmann soll die „Bremer Bürgerzeitung“ die Königin Luise beleidigt haben. Sie hat nur bürgerliche Schriftsteller zitiert. Welch ein Vorwurf, wenn die Polizei und die Gerichte dagegen nicht eingeschritten wären. Aber sie wollten sich nicht blamieren. — Und dann unser Haß gegen die Kirche, den wir nicht haben. Wir bekämpfen sie nur, wenn sie Volksunterdrückung unterstützt und sich mitbräuden läßt zur Ausbeutung der Massen. Weihen Sie doch Ihre Gesichtschen vom Zwang zum Kirchenaustritt, Namen, Namen! Aber davon wird geschwiegen. Gerade sehr fromme Leute, Sektierer usw. treten aus der Kirche aus. Manche davon wollen ihr Kind trotzdem taufen lassen. Freilich, wenn der Kirchenaustritt so fortgeht, werden die Pfarren froh sein, wenn sie noch hier und da ein Kind zu taufen kriegen. (Weiterkeit.) Mit Ihrem Gewissenszwang gegen die Dissidenteninder fördern Sie den Kirchenaustritt, verkahren Sie dabei, so wird bald die halbe Million voll sein! Als die rechtsstehenden Blätter juben, wie die von ihnen gebrachte Nachricht von der „allerhöchste“ gewünschten 100-M.-Strafe für den Kirchenaustritt wirkte, sagten sie, es sei eine sozialdemokratische Erfindung.

Die Unmöglichkeit, die Kirche zu reformieren, die Behandlung Jathos, Traubs und Krach, die Nichtexistenz der Religionsfreiheit, die Vergewaltigung der Eltern und der Kinder, die fördern den Kirchenaustritt! Unter Religionsfreiheit versteht das Zentrum, daß die Jesuiten hereingelassen werden. Nur immer rein mit ihnen, wo so viele Jesuiten sind,

können auch noch die paar dazu! (Weiterkeit.) Aber jetzt, wo China Religionsfreiheit gegeben hat, schäme ich doch Hoffnung, daß wir sie in Preußen auch kriegen! (Weiterkeit.)

Herr Ling erklärte den Geburtenrückgang und den Gebrauch der Mittel dazu als Krankheit der Moral. Nun, wie krank müßten die Vessigen sein, sie, die auch weit früher als die Massen diese Mittel kannten und gebrauchten. Wollen Sie den Geburtenrückgang bekämpfen, so schaffen Sie den Massen billige Lebensmittel, bessere Erziehung, statt durch Ihre Wucherpolitik die Lebensmittel zu verteuern! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) War es nicht die Herrenhausmitgliedsgattin von Vopelius, die einst den Arbeitern

das Antikonzeptionsmittel der Wafschütte

empfahl? (Weiterkeit.) Schaffen Sie dem arbeitenden Volke die Möglichkeit, seine geliebten Kinder zu erhalten, und Sie werden keinen Geburtenrückgang zu beklagen haben, der seine Hauptursachen in der Not hat. Wollen Sie aber nicht angesichts dieser Gefahr das Präkribat aufheben (Weiterkeit), nicht nur das der katholischen Geistlichen, sondern auch das höchst unwürdige der Lehrerinnen (Weiterkeit), das doch gegen die Gesetze der Natur, Gottes, verstößt.

Der Minister ist ja nicht hier — aber wir wissen seinen Namen und brauchen nicht seine Nummer im Schema des Ostmarkenvereins zu wissen, die hoffentlich nicht unter Nummer 175 ist. (Stürmisches Pöhl! rechts.) — Vizepräsident Dr. Krause rügt den Redner, der erst fragt, was denn die Enttäuschten meinen, — Neues stürmisches Pöhl! Neue Rüge des Vizepräsidenten, auf die der Redner energisch erwidert, was er meine, könne nur er selbst wissen. Eine echt patriotische Geschmachlosigkeit, die höchsten Stellen im Staat, den Kaiser, den Kanzler, die Minister mit Nummern zu bezeichnen, wie die Zuchthausgefangenen.

Der Minister hat die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften gearant, wenn sie sich nicht einigen, würden sie von der Volkshilfe „gefressen“, die — weil sie sich nicht bereichern will — wie so vieles andere Gute gleich als sozialdemokratisch hingestellt wird.

Nun unsere Landräte!

Zu allem haben sie Zeit, für konservativ Partei-tätigkeit, für Lotterieveranstaltungen — für Luftschiffbilletverkauf. In Ostpreußen verlangte ein Gemeindevorsteher im Auftrage des Landrats von den Postbeamten, welche Zeitung jeder bezieht. Was sagt zu diesem Verluh der Vereitung zum Eibbruch der Minister, der so schnell mit dem Wort „Eibbrecher“ zur Hand ist! (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Unser Kollege Landrat v. Kalahn ist vom Schöffengericht Waren zu 50 M. verurteilt worden, weil er zum Gerichtsreiber gesagt hatte, er lasse sich von einem solchen Jungen nicht vernehmen. (Zuruf rechts.) Na, wenn es ein anderer Maßgab ist, sie sehen ja einer so aus wie der andere. (Weiterkeit.) Und wie verhalten die so vielgestellten Landräte über die Kreisblätter — über Redaktion, wie über die Inserate. Auch ins Privatleben greifen sie nach Perzenlust ein, z. B. bestimmen sie über den Warenbezug von Privaten. (Der Redner verliest einige solcher Briefe.) Auf solche Weise unterstützt man den ordnungslosen Mittelstand. Ein solcher Landrat gehört hier der rechtskonservativen Fraktion an, wenn Sie Näheres wissen wollen, fragen Sie Herrn v. Kardorff. (Weiterkeit links.) Diese Landräte sitzen hier als

Nichter in eigener Sache!

Als ich leztlich erzählte, daß ein konservativer Gutsbesitzer seinen Bullen nicht zur Dedung der Rüche eines liberalen Besitzers hergeben wollte, hielt man das für einen Blig. Der Rittergutbesitzer v. Hildebrand im Kreise Köslin hat aber in der Tat nichtkonservativer Küstenbewohnern gedroht, daß er ihnen die Unterstützung für Sturmshäden nicht gewähren und seinen Bullen nicht für ihre Rüche leihen würde. Ja, fürchten Sie (nach rechts) denn nicht, daß, wenn die freimüthigen Rüche von dem liberalen Bullen des Kuchbaronis gedeckt werden, in jener Gegend ein bedenklicher Rückgang des konservativen Rindviehs eintritt? (Stürmisches anhaltende Weiterkeit.)

Um Wohnungsweisen will ich nur auf eine Eingabe der Haus- und Grundbesitzervereine hinweisen, worin maßlose Schikanierungen der kleineren Hausbesitzer auf dem Lande gerichtet sind. Gestern hat sich Herr v. Kardorff furchtbar über den angeblichen Diebstahl der Dokumente des Ostmarkenvereins entäuht. Als aber im vorigen Jahre die Polen hier mitteilten, daß in Oberhaveln Polizeibeamte mit Schlüssel zum Hausbriefkästen aufgeschlossen und die Briefschaften gestohlen, wenn auch nachher zurückgegeben haben, und als Abg. Korffant dieses Jahr in der Budgetkommission erzählte, daß der Polizeikommissar Slanu in Bockum den Druckerleiter der polnischen Druckerei Jreksi zum Diebstahl von Kanuskripten angestiftet hat, da entrüsteten Sie sich nicht, offenbar lagen diese Verbrechen in der Staatsräson, während der Inhalt der nicht gestohlenen, sondern nur abgehörten Dokumente des Ostmarkenvereins Ihnen sehr unangenehm ist. Will Herr v. Kardorff die Herzensbildung, von der er sprach, nicht lieber dem Ostmarkenverein predigen, der sich ganz gegen seine sonstige Ueberzeugung mit den ruthenischen Agrarstreikern und Attentatern in Verbindung gesetzt und dabei

ein gerüttelt Maß von Lug, Trug und Heuchelei

bewiesen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Da ich in diesem Hause noch nicht die Rechte des Dr. Diederich Hahn bezie, gehe ich jetzt auf Dr. Jahnmann's Angriffe gegen meinen Freund Hofer in Sachen der inneren Kolonisation nicht ein und wende mich zum Kapitel Zensur. Wenn Herr v. Kardorff über die zunehmende Unbilligkeit in Berlin klagt, so ist die landwirtschaftliche Woche allerdings die geeignete Zeit dafür. Da sollten Sie in die Nachtlokale und Bars gehen, die schon gerüstet sind, die Probinanten zu empfangen — die Berliner fallen doch nur selten drauf herein (Weiterkeit) — Sie sollten hingehen, einmal um Ihre Bröder vor den stülpigen Befahren zu warnen und dann, um einmal einwandfreie, glaubwürdige Zeugen festzustellen! Wenn Herr v. Kardorff gesagt hat, die konzipierten Postkarten hätten uns aufgeregt, so war das doch etwas zu viel. Wenn er das auf seine Fraktion meint, dann will ich das mit Ausnahme einiger älterer Herren noch hingehen lassen (Große Weiterkeit), aber sonst lehne ich das „uns“ ab. Die Verbreitung solcher Reproduktionen wirklicher Kunstwerke hat die Zensur gehoben und die Schmutzproduktion gewaltig zurückgedrängt, wie ich aus meiner Erfahrung als Buchhändler sagen kann. Uebrigens, wer sind denn die Käufer der Schweinereien im Preise von 100, 150 M. und noch mehr? Doch nicht die kleineren Leute? Dem Reimen ist alles rein — den Schweinen ist alles Schwein, hat einmal mein Freund Stadthagen im Reichstag gesagt. Die Jagd auf unzählige Schriften und Bilder ist geradezu ein Sport geworden und die Kriminalbeamten sind die Sachverständigen dafür! Es ist geradezu

eine Beleidigung der hervorragenden Künstler,

was da verbrochen wird. Leztlich wurde sogar ein Kunständler verurteilt, der die Bilder zur Polizei geschickt hatte, um sich zu vergewissern, daß man dagegen nichts einzuwenden hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte die Bilder für unzüchtig erklärt, aber ausdrücklich von einer Verfolgung abgesehen, weil die Einreichung bei der Polizei beweis, daß nicht die Absicht eines Vertriebs unzähliger Bilder bestand hatte. Einige Monate darauf wird der Mann verurteilt. (Hört! hört! links.) Das brutale Verbot der Aufführung eines großen, sogar religiösen Chorwerkes an einem Feiertag durch die Berliner „Freie Volksbühne“ machte die monatelange selbstlose Arbeit aller Mitwirkenden mit einem Schläge zu nichts. In der diesbezüglichen Entscheidung hieß es, daß auf Grund der Entscheidung des Ministers die „Neue Welt“ in der Hofenreihe nicht zu den Lokalen gehört, in denen am Karfreitag geistliche Musik würdig zur Aufführung kommen



**Künste.** Wie kommt nun die Behörde dazu, derartige Unterstellungen zwischen den Sozialen zu treffen? Solten vielleicht die Anordnungen dazu nehmen oder die Blumenfäule? (Große Heiterkeit links.) Die hier vielleicht manchen Herren von der Polizei bekannter. Von der Königlich Akademien der Künste wurde dann ein Gutachten eingeholt, in dem erklärt wurde, daß das Verbot des Polizeipräsidenten sich nicht anstreifen halten ließe. Das geschah neun Monate später — wir haben es hier also mit einem Reumemontat-kind zu tun. Warum trifft die Behörde nicht rechtzeitig Vorbereitungen, um sich über die Kunstwerke, die zur Ausführung gelangen sollen, zu erkundigen? Wir brauchen eine Behörde von Kunst-Sachverständigen. Der Polizeipräsident sollte sich selber um seine Sache kümmern und seine

**Ansätze in das juristische Gebiet** unterlassen. Auf dem Gebiet der Polizeizensur folgt Mamage auf Mamage. Besteht denn das Ministerium kein Gefühl dafür? Wir suchen den Arbeitern hohe künstlerische Genüsse zu bieten. Aber indem wir davon von der Polizei verblüdet werden, treibt man die Masse in die Arme. Das ist die Art, wie Sie (nach rechts) die Masse erziehen.

Der Abg. Bohmann hat die Kirchenaustrittsbewegung beklagt. Der Berliner Polizeipräsident hat unsere Bewegung dadurch, daß er eine Versammlung am Lustgarten verboten hat, wesentlich gefördert, und ich spreche dem Polizeipräsidenten meinen Dank dafür aus. Wärdig schließt sich an die Kulturtat der Polizei gegen die freie Volkshöhne noch folgender Fall an. Der „Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“ hatte ein Orgelkonzert veranstaltet, in welchem Werke Bachs zur Aufführung gelangen sollten, und den Hof- und Domorganisten Jergang als Künstler gewonnen. Aber der Polizeipräsident schickte zu Herrn Jergang einen Gefandten, um ihn vor der Mitwirkung zu warnen. Das ist der denkbar schlimmste Terrorismus! Sie (nach rechts), die Sie immer den Klassenkampf bekämpfen, tragen ihn auch in das Gebiet der Kunst, die die Segensfülle überbrücken sollte. Für diesen Terrorismus sollte der Polizeipräsident vom Minister zur Rechenschaft gezogen werden, aber ja nicht so groß wie im Falle Zubern, denn Herr Jagow scheint ein zartes Gemüt zu haben. (Heiterkeit.)

Zu dem Kapitel Theaterzensur möchte ich fragen, ob vielleicht die Berliner Behörden ihren Einfluß geltend gemacht haben, als es galt, die Aufführung des Hauptmannschen Festspiels zu unterdrücken. Dieses Festspiel war allerdings eine Hohenzollern-berherrschung nach der Devise: Der König rief, und alle kamen, sondern vielleicht eher nach der Devise, wie sie nachher eine latrische Feilschrift folgendermaßen traktierte:

**Als alle, alle riefen, kam auch der König.**  
(Lebhafte Heiterkeit rechts.) Ich zitiere ja nur! Sie kennen eben Ihre Geschichte nicht, wie sie selbst von Historikern Ihrer eigenen Partei dargestellt worden ist. Die preussischen Schriftsteller sollten aus der Behandlung, die Hauptmann erfahren hat, die Lehre ziehen, solche Festspiele anderen zu überlassen, dem Herrn Joseph v. Lauff und anderen. Als Hauptmann „Weber“ im Deutschen Theater in Berlin aufgeführt wurde, wurde seitens der Behörden die Hofloge aus dem Theater entfernt, wodurch der Direktor allerdings nur Vorteile hatte, da er nun auch diese Plätze verkaufen konnte. (Große Heiterkeit.) Im Sinne der Theaterzensur hat Chlodwig von Hohenlohe Hauptmanns „Hannele“ als ein sozialdemokratisches, verdammendes Machwerk bezeichnet, von dem er sich bei Sekt und Kavari erholen möchte. Jetzt hat die Zensur die Aufführung des Rosenwischen Dramas „Die im Schatten leben“ verboten, das nicht den geringsten sozialdemokratischen Inhalt hat. Mit solcher weisen Vorsicht wacht die Regierung über der „Freien Volkshöhne“. Aber sie macht auch den Theaterdirektoren überhaupt das Leben unmöglich. Die meisten Direktoren bezeichnen gar nicht mehr den Besuch der Theater, weil sie von der Ausichtslosigkeit überzeugt sind und vor der Zensurbehörde, von der sie abhängig sind, Angst haben. Sie sind der Zensurbehörde auf Gnade und Ungnade überantwortet, wie der Straßenhändler dem Schuymann. Vollkommen einwandfreie Stellen, die aber für das Verständnis des ganzen Stückes erforderlich sind, streicht der Stif der Zensur durch, und zwar, wie es meistens heißt, „im Einverständnis mit der Direktion“. Von einem Einverständnis kann natürlich nicht die Rede sein, vielmehr wird die Direktion ganz einfach von dem Zensur zur Streichung der betreffenden Stellen gezwungen. — Der Redner liest aus einer Reihe von Dramen vom Zensur gestrichene Stellen vor, um an ihnen die Haltlosigkeit der Taktik der Zensur zu beweisen.

Wie anders behandelt die Polizei die französischen Sensationsstücke, die z. B. in der Residenz-Theater aufgeführt werden. Viele von den Anwesenden werden doch wohl „Die Dame von Maxim“ gesehen haben. (Große Heiterkeit.) Auf alle mögliche Weise sucht die Polizeiverwaltung die Theaterdirektion zu schwächen, ausgerechnet zu einer Zeit, wo die ernste Kunst des Theaters einen so schweren Kampf gegen das Kino zu führen hat. Acht Tage vor der Aufführung eines Theaterstückes erhalten die Direktionen erst die Nachricht, daß das Stück verboten ist oder so zusammengekratzt, daß eine Aufführung unmöglich wird. Die riesigen Ausgaben für Kostüme, Proben usw. sind dann zum Teufel. Hat denn die Polizeiverwaltung gar kein Gefühl dafür? Und ebenso entziehen den Arbeitervereinen riesige Unkosten daraus, daß ihnen, wie in dem erwähnten Fall in der „Neuen Welt“, die Aufführung eines großen Kunstwertes unterjagt wird.

Ich komme nun zu den allgemeinen Ausgaben im Interesse der Polizei, insbesondere zu den geheimen Ausgaben, für welche 300 000 M. im Etat angeführt sind. Es gibt ernste Schäden bei der Polizei, vergleichbar denjenigen Schäden, die gestern der Abg. Dr. Seyda vorgebracht hat, als er eine

**politische Einrichtung der Russenpatrioten des Osmarfenvereins** vollauf, wie sie noch nicht dagewesen ist. Jene 300 000 M. dienen dazu, die Tätigkeit der politischen Polizei zu finanzieren, vor allem, um die Spitzel zu bezahlen, welche der Polizei anständige Arbeiter, Geschäftsleute und Gastwirte denunzieren, die einmal über die Polizeihände hinaus etwas verkaufen. Das kommt nicht etwa in einzelnen Fällen vor, wie man zuweilen gesagt hat, ich kann das Gegenteil davon aus einer ganzen Reihe von Fällen beweisen. Vor allem sucht man durch solche Spitzel die Arbeiter auszuspionieren. Aber die Polizeiverwaltung bleibt dabei nicht stehen. Nicht nur zur Spitzelung von Geschäftsleuten, Gastwirten und Arbeitern gebraucht sie diese Spitzel, sondern sogar um zu Verbrechern anzureizen. (Von rechts Rufe: Schluch!) Warum soll ich denn auf das Wort verzichten? Wir sind jetzt gewichtig. Da wir fürchten müssen, daß wir bei der Spezialdebatte diese Dinge nicht vorbringen können, so sind wir gezwungen, alle Einzelfälle in der Generaldebatte vorzutragen.

Zu Essen beschlagnahmte die Polizei die Mitgliederlisten des Transportarbeiterverbandes und suchte die Mitglieder Brotlos zu machen. Die durch Eindringlichkeitsbeschlüsse beschaffte Mitgliederliste des Steigerverbandes wurde gegen schweres Geld dem Reichsverband verkauft. Und bei Hausdurchsuchungen in der „Arbeiter-Zeitung“ zieht die Polizei einen 24jähr. bestrafte Vertrauensmann als Zeugen zu. Ein schwer bestrafte Kriminalschuymann Verlihi, der jetzt wegen Urkundenfälschung ins Zuchthaus kam, war ein Hauptzeuge in den Massenarrestprozessen gegen die Arbeiterkassen. (Der! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sein vorgefertigter Affessor stellte ihm das beste Zeugnis aus und erklärte, er hätte mit dem Rufe der Verurteilung — Urkunden gefälscht. Man läßt eben seine Leute nicht fallen; die Gesandten zeichnen ein Gnaden-gesuch ein! — In Berlin schießen die Spitzel äppig ins Kraut. 1915 haben wir wieder eine ganze Anzahl entlarvt. (Der Redner erzählt eine Reihe solcher Fälle, die in der Parteizeitung bereits veröffentlicht wurden.) Auf dem Berliner Polizeipräsidentium erhalten 15- bis 16jährige junge Leute

**Unterricht zur Spitzelerei** gegen unsere Jugendorganisation. Und denken Sie, Herr v. Oehdebrand, die Berliner Polizei zahlt Beiträge zu sozialdemokratischen Wahlvereinen und Abonnementsbeiträge für den Vorwärts! Dem Redaktor Köpfe vom anarcho-syndikalischen „Freien Arbeiter“ erließ man durch Hl. Gnade eine Gefängnisstrafe. Freilich führte dies zum Gefängnis seines schandbaren Gewerbes, das er schriftlich abgab. Er hat 60 bis 80 M. monatlich erhalten. Hier ist mal ein Würdiger amnestiert worden und die Polizei hat sich dabei gründlich gefreut. Vielleicht hat man Rot, Leichtsinn oder Verführung, wie die Amnestie sagt, bei ihm angenommen. (Der Redner verliest das Signalment des Köpfe, das Vizepräsident Borjch als nicht zur Sache gehörend erklärt.) Das habe ich nur verlesen, damit sich die Mitglieder des Hauses vor den Spitzeln in Acht nehmen können. (Heiterkeit.) In der Kommission aber hat der Minister eine Aneuerung über die Spitzelerei gegen die Polen abgelehnt! Vielleicht drückt man die anarcho-syndikalischen Blätter und die gefälschten Pässe gleich in der geplanten Druckerei des Polizeipräsidenten billiger und geheimer. Die Druckerlei hat die Kommission abgelehnt, hätte der Minister einfach die Erhöhung des Geheimfonds um sofort verlangt — die Sache wäre gemacht! Dafür sind ja die Steuererheber da.

Als der Streikbrecheragent Kaczmarek in Halle vor Gericht kam, weil er einen Reis totgefahren hatte, sagte er auf die Frage des Richters nach seiner Beschäftigung: „Aa Sie wissen doch, ich mache in Streiks.“ Das ist doch bei uns eine Empfehlung! Der Streikbrecheragent Keiling hat in Teschen, Böhmen, Sonntag einen Buchdrucker erschossen. Hätte die Berliner Polizei den zwanzigmal vorbestraften Zuchthäusler pflichtgemäß bewacht — es hätte nicht geschehen können. Aber

**die Polizei schützt ja die datsch- und reoolverbewehrten Pinguardisten**

und läßt sich von ihnen kommandieren (wovon der Redner zahlreiche Beispiele gibt). Keilings Wohnung kann der Staatsanwalt Berlin I nicht ermitteln — er wohnt nämlich im Hause des Polizeiregiers 82 — und darum mußte ein Strafverfahren gegen ihn eingestellt werden. Schade, daß er jetzt in Oesterreich eingesperrt ist — er wäre ein würdiges Objekt der Gnade! 6 Jahre 5 Monate Gefängnis, 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, mehrere Jahre Ehrverlust hat er und ein solcher Mann arbeitet für die Polizei. (Der Redner spricht in der Erregung sehr laut, die Mehrheit ruft höhnisch: „Lauter, lauter!“) Dieser Hohn ist Ihre sittliche Empörung, hat das Sie riefen: „Polizeiminister, befreie uns von solchem Gesindel!“ Sie, Herr Minister v. Dallwitz, nannten Ihre Polizei eine moralische Anstalt — Deuchler und Eddrecher nannten Sie die Beamten, die ihrer Heberzeugung gemäß wählen, und solch Gesindel sind Ihre Staatsstipendiaten. Auch der Indifferenteste wird daran erkennen, daß nur bei der Sozialdemokratie das Recht ist. (Lachen bei der Mehrheit.) Sie lachen, statt sich zu schämen, daß Sie solche Verbrecher in Ihren Dienst, in den Ihrer Gesellschaft gegen die anständigen Bürger stellen? Ah, Sie können mir leid tun mit Ihrer Gesellschaft, die vielleicht keine anderen Leute findet zu ihrem Schutz. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber Recht muß Recht bleiben und sollte die Welt darüber untergehen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach fast dreißigjähriger Rede erklärte der Redner: Ich komme jetzt zu einem neuen Kapitel (Heiterkeit), zu dem des Terrorismus. Meinen Sie denn, der gegen die christlichen Gewerkschaften geübt wird? Oder die Aussperrungen, die schwarzen Listen, diese nach des Kaisers Wort zuchthauswürdigen Hinderungen der Arbeitswilligkeit? Oder die Syndikate und Kartelle und Internerwerbverbände? Diese alle sind die schlimmsten Terroristen, die das gesetzlich „garantierte“ Koalitionsrecht mit Füßen treten. Wie unteroristisch, wenn Fleischherbeleglinge 1 Mark für jede Denunziation eines organisierten Fleischergesellen bekommen. Meis hat den unehelichen Innungsterrorismus usw. systematisch dargestellt. Herr v. Kardorff hat gegen die Süddeutschen vom Leder gezogen. Ich glaube es schon, die Herren geben lieber als mit den Süddeutschen mit den Russen zusammen, nicht mit dem russischen Volke, aber mit den russischen Gewalthabern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Partei des Herrn v. Kardorff ist im Reichstag zusammengeschmolzen, daß er jetzt hier im Dreiklassenhaus seine Schmerzen vorbringen muß. (Heiterkeit.) — Auf das Ehrenbürgerrecht von Berlin lege ich wirklich keinen Wert. Aber eher würde ich es jedenfalls werden als Sie, Herr v. Kardorff! Wohin geht die Fahrt, die Sie steuern? Keine Wahlrechtsverbesserung aber neue Steuern und neue Lasten für die Arbeiter. Konservative und Nationalliberale fordern gemeinsam Anhebung der Arbeiter, das unbeschränkte Ausbeutungs- und Aussperrungsrecht. Wenn der Reichstag nicht Order pariert, will man das Ziel durch Verwaltungsmassnahmen erreichen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zur Wiederherbelegung der Sklaverei scheinen Kapital und Zunftler eine

**Gesellschaft mit beschränktem Horizont**

gegründet zu haben. (Heiterkeit.) Bisher haben Sie mit allen Ihren Verläufen, die Sozialdemokratie zu zerstückeln, nichts ausgerichtet. Jetzt sind Sie am Ende Ihres Lateins. Da kommt Herr v. Kardorff, der Jüngere, aber nicht der Schlawere (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und verlangt wieder Ausnahmemaßnahmen. Er hat nichts gelernt und alles vergessen. Man geht gegen unsere Jugendvereine vor, weil sie angeblich Politik treiben, während doch die bürgerlichen Jugendvereine nur gegründet sind, um die Jugend in ihrem Sinne politisch zu beeinflussen. Aber unsere Jugend ist viel zu schlau, als daß sie auf Ihren Reim geht. Im übrigen machen Sie die proletarische Jugend in Ihren Vereinen nur anspruchsvoll und wenn sie dann später in die Knochenmühlen der Fabrikarbeit kommt, wird sie sich schon auf ihr Menschen-tum befinden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt stützen Sie sich weiter auf die Gelben. Wir werden den Arbeitern klar machen, daß sie nicht ihre ganze Strohstrahl gegen diese Arbeiter richten, die von Ihnen in die gelben Vereine gezwungen werden, sondern gegen die Niederrampfer des Vereinsrechts. Denken Sie daran, daß auch die Drangen außen gelb und innen rot sind. (Heiterkeit.) Die Rechtslosmachung der Gewerkschaften wird diese nur zu neuen Erfolgen, zu neuen Siegen führen, den Gewalthabern und Unterdrückten aber nur neue Enttäuschungen bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Man versucht es, die Gewerkschaften für politisch zu erklären, um die Jugendlichen unter 18 Jahren aus den Gewerkschaften zu entfernen. Man ideet von Seiten der Polizei keine Mittel, man nimmt alle Spitzeldienste entgegen, um die freien Gewerkschaften als politische Organisationen zu erwischen. Der Holzarbeiterverband hat das große Verdienst, dieses gefährliche Treiben der Polizei, die ihre Gutachten zum größten Teil von den Unternehmern bezieht, dokumentarisch belegt zu haben. Selbst christliche Arbeiterverbände haben hierbei der Polizei Judasdienste geleistet. Sicherlich ist dabei das Verhältnis der freien Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei nicht enger als das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zum Zentrum. Auf jene Gutachten will ich nicht näher eingehen, da ich nicht juristisch auf der Höhe bin wie der Berliner Polizeipräsident. Mit den fragwürdigsten Mitteln suchen Sie die Säulen Ihres Staates aufrecht zu erhalten; die Spitzel, die Sie gebrauchen, nennen Sie dann staatserkhaltende und nützliche Elemente. Die Frau des Vorsitzenden einer gelben Vereinigung ist Gefährtin eines Vordells in Magdeburg. Das Bestehen solcher Vordelle, solcher moralischen Anstalten in einem christlichen Staate, verstößt gegen Ordnung und Gesetz. Noch vor kurzer Zeit befand sich dicht hinter der struppigen Fabrik ein Vordell in einer Straße, die den Namen „Heiliggeiststraße“ trug. Jetzt ist der Name dieser Straße geändert; aber die Sache selbst ist dadurch nicht besser geworden. Selbst in München-Oldbach, dem

Edorado des Zentrums, gibt es ein Vordell. Merkwürdig, daß es dort überhaupt zu einem Vordell überhaupt kommen konnte. Die Unzucht ist staatlich konfessioniert, obwohl sie gesetzlich verboten ist. Wir sollten die Heuchelei nicht soweit treiben, daß die Behörden Personen und Einrichtungen begünstigen, die ungesetzlich sind. Diese Begünstigung ist strafbar. Andererseits haben sie arme Mütter mittels ihrer Kuppelgeheime ins Gefängnis geworfen, die in Unkenntnis des Gesetzes den Verkehr ihrer Tochter mit deren Verlobten erlaubten. Besitzer von Vordellen sind sogar Wähler erster Klasse zu diesem Hause. Da die Regierung die Vordelle duldet, entschließt sie sich vielleicht noch, die Vordelle in Staatsbetrieb zu übernehmen. Zum mindesten sollte der Staat die armen Mädchen in den Vordellen vor der fürchterlichen Ausbeutung schützen. Den Ministern sollten Freilassen zum Besuch von Vordellen zur Verfügung gestellt werden. (Präs. Dr. Borjch: Ich ersuche Sie, solche unwürdigen Ausdrücke zu unterlassen!) Ich meine zur Kontrolle. — Der Redner kritisiert ferner eingehend die polizeiliche Kontrolle der Prostituierten und bepricht den bekannten Fall Thiemle, in dem

**ein Beamter der Sittenpolizei als Zuhälter**

entführt wurde. (Präs. Dr. Borjch: Die Erörterung dieser Angelegenheit gehört nicht mehr in den Rahmen dieser Debatte.) Doch! Wir verlangen eine Reform der Polizei an Haupt und Gliedern und fragen den Minister, was er zu tun gedenkt, um derartige Zustände gründlich auszurotten. Es genügt nicht, immer nur einzelne Fälle herauszugreifen, sondern die gesamte Institution der Polizei muß umgestaltet werden, so daß auch aus der Polizei eine moralische Anstalt wird. Weiterhin spricht der Redner über den Mädchenhandel und die ungenügende Tätigkeit der Polizei zu dessen Verhütung. An der Spitze der Mütter, die solche Annoncen aufnehmen, steht der Scharische „Lokal-Anzeiger“, der allein unausgeschnitten am Hofe gelesen wird. Ich komme jetzt zu der Polizei in den Provinzen. Der Kampf in Köln ist lediglich durch die „Aheinische Arbeiterzeitung“ aufgedeckt worden.

Vizepräsident Dr. Borjch: Ich erhalte jedoch die Nachricht, daß die Stenographen nicht imstande sind, ihren Dienst weiter aufzunehmen. Es bleibt daher nichts übrig, als jetzt die Sitzung abzubrechen. (Bravo! rechts.) Das Haus stimmt diesem Vorschlag des Präsidenten zu. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 7 1/2 Uhr.

**Parlamentarisches.**

**Der Marine-Etat in der Budgetkommission.**

Am Dienstag nahm der Vertreter des Reichsmarineamts zu den vom Genossen Brandes am Sonnabend vorgebrachten Wünschen und Beschwerden, deren Berechtigung in vielen Punkten anerkannt werden mußte. Staatssekretär v. Tirpitz sagte für das nächste Jahr eine Denkschrift über Zahl und Verwendung der Beamten auf den Werften zu. Weitere Fragen und Anfragen, die vom Genossen Brandes und dem Abg. Hoff (Fr.) vorgebracht wurden, führten zu einer längeren Aussprache, an der sich besonders fortschrittliche und sozialdemokratische Vertreter beteiligten und in deren Verlauf sich Genosse Ledebour scharf gegen die bei den Werkverwaltungen übliche Methode der politischen Auskunftserteilung über Arbeiter wandte. Die Regierung sagte eine lokale Haushaltung in dem Sinne zu, daß den Arbeitern nach Möglichkeit die Auskünfte vorgelegt werden sollen.

Von sieben neuverordneten Baukräften wurden sechs, von 30 Werkführerstellen 20 bewilligt. Ferner wurde die Zahl der neuverordneten 22 Bauführer, zwei Sekretariatsassistenten und 34 Sekretariatsassistenten je zur Hälfte geistigen. Die Instandhaltung der Flotte hat in früheren Jahren 1,3 Proz. der Steigerung des Neubauwertes der Flotte betragen; im vorliegenden Etat ist eine Quote von 2 Proz. eingeleitet. Der Staatssekretär führte die Erhöhung auf umfangreichere und kostspieligere Reparaturen bei Turbinen, Unterseebooten usw. zurück. An Küstergütungen sind bei den Werften etwa 300 000 M. erzielt worden. Die Reparatur des Kreuzers „Blücher“ hat 155 000 M. gekostet. Für Grundreparaturen und bauliche Änderungen von Torpedofahrzeugen sind 2,5 Millionen Mark als einmalige Ausgabe neu gefordert. Als Wehrbedarf für Schießübungen ist eine Summe von 10 Millionen in den Etat eingeleitet. Von verschiedenen Seiten wurde um Maßnahmen ersucht, die ein sinnloses Verbrauchen der Munition, wie es bei Infanterie und Artillerie allgemein vorkomme, zu verhindern. Der Staatssekretär versprach Erwägung. Zur Erhöhung des Schiffbaufonds werden 25 000 M. mehr und an Beihilfen für Fischer und Seegehöriger Fischer, die in ihrem Erwerb geschädigt worden sind und für deren Interessen die Abg. Hoff und Strube (Fr.) lebhaft eintreten, 30 000 M. bewilligt.

**Beauftragtes Reichstagsmandat.**

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des Abg. Glomatz (Z.) im Wahlkreis Groß-Strehlitz-Nosel beantragt. Die Polen hatten gegen die Wahl Protest erhoben und behaupten eine Anzahl Verstöße, für die sie die Beweise angeboten haben. Sollten die Beweiserhebungen die Angaben des Wahlstiftes bestätigen, dann müßte das Mandat des Abg. Glomatz für ungültig erklärt werden.

**Die Streik- und Aussperrungsklausel in der Submissionskommission.**

In der Submissionskommission des Reichstages wurde am Dienstag die Streik- und Aussperrungsklausel in folgender Fassung angenommen:

„Eine Arbeitsniederlegung in einem für die Erfüllung des übernommenen Vertrages unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betriebe bedingt die Verlangung aller Fristen und die Hinausschiebung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung, wenn den Unternehmer nachweislich kein Verschulden trifft.“ Das Gleiche gilt im Falle der Aussperrung der Arbeitnehmer für die Dauer der Aussperrung, wenn der Unternehmer durch Kollektivvertrag zu der Aussperrung verpflichtet war oder sie aus sonstigen Gründen nachweislich nicht vermeiden konnte.“ Von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission wurde die völlige Befreiung dieser reaktionären und arbeitserfeindlichen Bestimmungen beantragt. Den Behörden werde zugemutet, daß sie bedingungslos und einseitig zugunsten der Unternehmer Partei ergreifen. Doch der Appell an Gerechtigkeit und Billigkeit verhalte wirkungslos. Er veranlasse nicht einmal eine Entgegnung. Debatteless nahm die ganze Rechte einschließlich des Zentrums, der Nationalliberalen und des Fortschrittlichen Zentrums die Vorlage an. Nur die Fortschrittler Hegler und Hacke stimmten mit den Sozialdemokraten gegen diese Bestimmung. Die erste Lesung des Entwurfs wurde beschloß.

**Der Kampf um die Sonntagruhe.**

Das Zentrum hat der Kommission für die Sonntagruhe im Handelsgewerbe einen fertigen Gesetzentwurf zugehen lassen, der an die Stelle des Entwurfs der Regierung treten soll. In Orten mit über 50 000 Einwohnern sollen nach dem Entwurf des Zentrums Schiffe, Lehelinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen in offenen Verkaufsstellen nicht beschäftigt werden. Doch kann die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen zulassen; die Beschäftigung darf dann aber nicht länger als zwei Stunden dauern und muß um 10 Uhr vormittags beendet sein. Das Zentrum verlangt dann weiter:



In Gemeinden, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung mehr als 20 000 und weniger als 50 000 Einwohner haben, ist eine Beschäftigungsdauer bis zu drei Stunden, jedoch nicht über 2 Uhr nachmittags hinaus, in Gemeinden, die nach der jeweilig letzten Volkszählung weniger als 20 000 Einwohner haben, eine solche bis zu fünf Stunden, jedoch nicht über 4 Uhr nachmittags hinaus, zulässig.

Für die offenen Verkaufsstellen in allen Gemeinden, in denen lediglich Back- und Konditoreiwaren oder lediglich Milch und Wollereierzeugnisse feilgehalten werden, ist eine Beschäftigung am Sonn- und Feiertagen bis zu sechs Stunden zulässig.

Wenn diese Bestimmungen Gesetz werden sollten, dann bleibt von der Sonntagsruhe nicht mehr viel übrig. Den Behörden soll außerdem noch das Recht zugestanden werden, an zehn Sonntagen im Jahre eine Beschäftigung bis zu acht Stunden zu gestatten! Bei der Festsetzung der Stunden, zu welchen Beschäftigung stattfinden darf, soll lediglich darauf gesehen werden, daß die Beschäftigten nicht verhindert sind, den Gottesdienst zu besuchen! Die Sonntagsarbeit soll noch verlängert werden dadurch, daß die nach Ablauf der Beschäftigungsdauer noch im Laden befindlichen Kunden noch bis zur Dauer einer Viertelstunde bedient werden dürfen. Wenn die Läden geschlossen sind, darf kein Hausverkauf mehr stattfinden. Die Ausnahmebestimmung für jährliche Geschäftsleute will das Zentrum beibehalten wissen. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe sollen keine Anwendung finden.

1. auf Arbeiten, die in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen,
2. für einen Sonntag auf Arbeiten zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur,
3. auf die Bewachung der Betriebsanlagen, auf Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebs bedingt ist, sowie auf Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebs abhängig ist, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können,
4. auf Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können.

Diesen Beschäftigten soll jeden dritten Sonntag eine Ruhezeit von 24 Stunden oder jeden zweiten Sonntag freie Zeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends gewährt werden. Ausnahmen darf die Ortspolizeibehörde gestatten, wenn die Beschäftigten am Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes nicht gehindert werden und ihnen an Stelle des Sonntags eine vierundzwanzigstündige Ruhezeit an einem Wochentage gewährt wird.

Der Gottesdienst ist den schwarzen Demagogen die Hauptsache. Der Angefallene kann dort eine Predigt hören über die Heiligkeit des Sonntags, darf aber nach dem Willen des christlichen Zentrums vor und nach dem Gottesdienst nach Kräften ausgebeutet werden. In diesem Gesekentwurf zeigt sich wieder einmal der ganze realistische Charakter des Zentrums, das den Angefallenen den freien Sonntag nicht gönnt.

## „Ein Schrei nach Gerechtigkeit“

Für das Wiederaufnahmeverfahren in der Flandersbacher Nordbäckerei.

Und wird von informierter Seite aus dem Rheinland geschrieben:

In preussischen Abgeordnetenhaus hat sich am Donnerstag und am Sonnabend letzter Woche der Genosse Liebnecht in den Dienst einer Sache gestellt, die fern aller politischen Parteilämpfe, eine Sache der Menschlichkeit und Gerechtigkeit ist. Der Fall der Bauerswitwe Hamm aus Flandersbach bei Elberfeld, die 1908 wegen angeblicher Beihilfe zur Ermordung ihres Mannes vom Schwurgericht zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, wird von Angehörigen aller politischen

Parteien als ein zweiter Fall Ziechen beurteilt. Im Reichstage haben bereits am 12. Dezember letzten Jahres die Abgeordneten Dittmann (Soz.), Heckler (Fortschr. Volksp.), Löffelgelingen und Dr. Pfeiffer (Zentr.) dem Staatssekretär des Reichsjustizministeriums in einem gemeinsamen Schreiben mitgeteilt, daß sie beabsichtigen, bei der Beratung des Justizetats den Fall zum Gegenstand ausführlicher Erörterung zu machen. Die Verurteilung der Frau ist seinerzeit erfolgt auf Grund ihrer Belastung durch den Berliner Kriminalkommissar v. Treskow II, der aus allerlei familiären Klatschgeschichten einen Indizienbeweis gegen sie zusammengetragen hatte. Während die Polizeibehörden in Wülfrath und in Elberfeld auf Grund des objektiven Befundes am Tatort einen Einbruchdiebstahl und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang angenommen hatten, konstruierte v. Treskow den Fall als Mordmord, zu dem die Täter von der Frau gedungen sein sollten. Daraufhin verurteilte man sie, ohne daß man die leiseste Ahnung von der Person der Täter und von ihren Motiven gehabt hätte. Von Verwandten und Nachbarn der Frau ist nun inzwischen eine Fülle von Material dafür beigebracht worden, daß die Annahme der Wülfrather und der Elberfelder Polizeibehörde als die richtige angesehen werden muß, die Verurteilung der Frau also zu unrecht erfolgt ist. Gleichzeitig hat sich auch gegen die Glaubwürdigkeit des Herrn v. Treskow ein nicht minder großes Material gehäuft, so daß triftige Gründe für eine Wiederaufnahme des Verfahrens vorliegen und sich auch die in der Strafprozedur begründete Forderung nach Aussetzung der Straffast der Frau Hamm rechtfertigt. Der Genosse Liebnecht hat am Sonnabend im Abgeordnetenhaus dieses Material eingehend besprochen, nachdem ihm zuerst durch die bekannte Handhabung der Geschäftsführung seitens des national-liberalen Vizepräsidenten Dr. Krause ein Eingehen auf den Fall verweigert worden war.

Wenn auch von den bürgerlichen Rednern Bedenken gegen die formale Seite der vom Genossen Liebnecht vorgeschlagenen parlamentarischen Erledigung dieses Falles erhoben wurden, so belandeten doch alle Redner für die Sache selbst ihre Sympathie, und auch der Justizminister Dr. Beseler fand zum Schluß einige wärmere Töne dafür. Wir zweifeln nicht, daß er ebenso zu einem Bes fürworter des Wiederaufnahmeverfahrens werden wird, sobald er das ganze Material in seiner Totalität kennen gelernt hat, wie es bisher noch jedem ergangen ist, der mit Mißtrauen und Skepsis an das Studium des Falles herangetreten ist. Die Zweifel an der Wichtigkeit des Urteils sind so stark, daß jeder Tag, um den die Wiederaufnahme des Verfahrens hinausgezögert wird, dem Ansehen unserer Rechtspflege in weiten Volkskreisen schweren Schaden zufügen muß. In Flandersbach, Wülfrath und Umgegend herrscht nur die eine Meinung, daß es sich um ein Fehlurteil handelt, das in einem Wiederaufnahmeverfahren korrigiert werden muß. Das ist auch die Auffassung des Bürgermeisters, des Polizeikommissars, der Geistlichen und der Kirchenvorstände dort, wie von ihnen schon schriftlich bekundet worden ist, ebenso der Mehrheit der Geschworenen, die seinerzeit das Schuldig ausgesprochen haben. Auch die Leitung des Zuchthaus in Siegburg, wo die Frau interniert ist, der Anstaltsgeistliche, der Anstaltsarzt und die Oberin der Frauenabteilung der Anstalt halten die Frau für unschuldig. Auf Veranlassung der Elberfelder Staatsanwaltschaft ist vor einiger Zeit über den Tatbestand von der Berliner Kriminalpolizei durch einen der erfahrensten Kriminalisten, den Polizeirat Braun, ein ausführliches Gutachten erstattet worden, das in durchschlagender Weise die Unhaltbarkeit des Urteils nachweist und seinerzeit wiederum gestützt wird durch die Feststellungen des Nachuntersuchungsmittelsuntersuchungsmittels des Berliner Polizeipräsidiums.

In Elberfeld und Umgegend wird jetzt der Versuch gemacht, die Presse gegen die Frau Hamm einzunehmen durch die Ausstreuung, die ganze Aktion für die Frau Hamm sei nur Mittel zu dem Zweck, den Fall des Rennfahrers Breuer, der vor Jahren

Megen Ermordung des Renners Nationett zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden ist, wieder aufzurollen, zu welchem Zwecke versucht werde, v. Treskow, der auch die Hauptschuld an der Verurteilung Breuers trägt, zu diskreditieren und unglaubwürdig zu machen. Diese aus der Luft gegriffene Verdächtigung findet allerdings nicht die gewünschte Aufnahme. Sie ist auch schon deshalb falsch, weil es sich im Falle Hamm um ganz andere Personen handelt, die die Wiederaufnahme des Verfahrens betreiben als im Falle Breuer. Wenn in beiden Fällen v. Treskows Glaubwürdigkeit angezweifelt wird, so beweist das durchaus noch nicht, daß ein Fall nur um des andern willen betrieben wurde. Im Falle Breuer liegt die juristische Aktion in Händen eines Liberalen, im Falle Hamm dagegen in den Händen eines dem Zentrum nahestehenden Anwalt und an Ort und Stelle in Flandersbach und Umgegend wird die Aktion für die Frau Hamm vornehmlich betrieben von Leuten, die dem Zentrum und dem Bunde der Landwirte näherstehen als etwa Liberalen und Sozialdemokraten. Das sei den erwachten Ausstreuungen gegenüber ausdrücklich festgestellt. Wie schon eingangs betont und auch vom Genossen Liebnecht im Abgeordnetenhaus hervorgehoben, schweigen in diesem Falle alle parteipolitischen Differenzen und es handelt sich bei dem Verlangen nach Wiederaufnahme des Verfahrens und der Aussetzung der Straffast der Frau Hamm im wahren Sinne des Wortes um einen „Schrei nach Gerechtigkeit!“

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde fällt heute, Mittwoch, den 11. Februar, aus.

**H. S., Gubener Straße.** Allgemeine Drückerei, Berlin, I. Klasse, Invalidenmarkt 16 St. pro Woche. — **Karlshorst 45003.** 1. Ja, beim Amtsvorsteher Ihres Wohnorts, 2. Erfahren Sie dort, 3. Ja. — **G. 2. 40.** Beschwerde beim Versicherungsamt, Am Köpenicker Park 8. — **K. 3. 16.** 1. Falls älter als 21 Jahre, 46 Pf.-Wochenmarken, im Alter darunter 2 Pf.-Wochenmarken. 2. Falls Anmeldung erfolgt ist, sind Sie für die tragliche Zeit von der Gemeindefürsorge befreit. — **W. 8. 9.** Falls Ihre Schwägerin nach vorangegangener einmonatlicher Kündigung verpflichtet ist, 3. 3. 88. Sofern von dem Ehemann nichts zu erlangen ist, hat die Frau Anspruch auf die laufende Unterstützung in Höhe von etwa 5 M. monatlich. — **G. 19.** Ohne Angabe des Grundgrundes und des Zeitpunktes, zu dem der Antrag auf Erlass des Zahlungsbefehls bei Gericht eingegangen ist, nicht zu beurteilen. Das Inanspruchnahme ist, Sie kommen mit dem Zahlungsbefehl in die Sprechstunde. — **Reich. Statist. 88.** Ihre Mutter hat keinen Anspruch auf Invalidenrente. — **G. 2. 22.** Ja. — **G. 100.** Ja, für das Kalenderjahr. — **M. 2. 20.** Es kommt auf die Art der Straftat und auf die Zeitdauer, in der die Bestrafung erfolgt ist, an. 2. Der Ehemann nach Rechtskraft des Urteils, die Frau nach zehn Monaten, von der Rechtskraft ab gerechnet. — **R. 2. 20.** Soweit ersichtlich, nein. — **R. 2. 33.** 1. Berlin, Regensburger Str. 30. 2. Am ersten des Monats. — **M. 6. 100.** UnTERSUCHUNG ist Ihre Frau versicherungspflichtig. — **W. 2. 73.** 1. u. 2. Nein. 3. Können Sie ein Gesuch an die Fortbildungsschule stellen. — **G. 1. 109.** Sie müssen den Bescheid der Berufsgenossenschaft zunächst abwarten. Erwähnen Sie an Erledigung. — **M. 8. 1.** Der Richtermeister bestet nicht. — **M. 9. 2.** Ja. — **G. 2. 59.** 1. Wenn es sich um eine ausgefallene Forderung handelt, wie es den Umständen hat, ist die Forderungsauszahlung zulässig, also auch Wohnpändung, sofern Ihr Mann mehr als 28,55 M. pro Woche verdient. 2. und 3. Nur dann, wenn die Forderung ausgefallt ist. 4. Falls Gegenstände, die Ihnen gehören, gepfändet werden, haben Sie das Recht, zu intervenieren. — **G. 2. 10.** Sie können Beschwerde bei der Regierung erheben. — **W. 11. Kopenhagener Straße.** Ihre Schwägerin hat das Recht, sich im Ausland weiter zu versichern (3 Marken innerhalb 2 Jahren, im selben Zeitraum muß auch der Unfallfall erfolgen). Trifft Invalidität ein, so hat sie auch Anspruch auf Invalidenrente. Wenn Anmeldung nicht erfolgt, bleibt sie weiterhin versicherungspflichtig. — **G. 3. 1. 2.** Falls darüber ein Gerichtsbescheid lautet, ja. — **G. 3. 1905.** 1. An das Amtsgericht, bei dem die Vormundschaft geführt wird. Einen solchen Antrag können Sie auch an das Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, stellen. Dieses Gericht gibt dann den Antrag weiter. 2. und 3. Das Vormundschaftsgericht kann sowohl die uneheliche Mutter, als auch den Stiefvater als Vormund bestellen. Einen rechtlichen Anspruch darauf haben diese Personen jedoch nicht. — **Otto, Brandenburg.** 1. und 2. Ja.

## „Freier Bund“

Einkaufs- und Produktivgenossenschaft freier Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Berlin.

Donnerstag, den 26. Februar 1914, nachmittags 5 Uhr beim Genossen Julius Wernau, Müllerstraße 142:

### Ordentl. General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Protokolls der letzten Generalversammlung.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Bericht des Aufsichtsrats.
4. Ergänzungswahl des Vorstandes und Aufsichtsrats.
5. Beschlusfassung über Bilanz und Gewinnverteilung.

Der Vorstand: Ford, Matthee, Joh. Groth.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Sommer noch Pichelswerder, an der neuen Meerstraße beim Alten Freund.



unzureichend bei rauher oder aufgesprungener Haut. Preis 10 und 20 Pf. in Apotheken und Drogerien.

Heines Werke 3 Jahre 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, direkt am Moritzplatz 10-2, 6-7. Sonntags 10-12.

Arbeiter-

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

## Wohnstätten

unentgeltl. Blutröte des Gesichts, Blutleichen, Pusteln usw. werden beseitigt durch „Marubin“. Kein oberflächl. Bleichmittel! Wissenschaftlich erprobt u. von durchgreifender absoluter Wirksamkeit. Radikal. Erfolgsrezept seit 25 Jahren. Garant. unersch. M. 2.50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Haben Sie Stoff?

ich fertige Ihnen Anzüge od. Paletots nach Maß, schnell, dauerhaft. Zeitlos von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Städt. Bän.)

## Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise.

Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

Ohne jede Anzeigekosten! Keine Reklame, keine Karten! Bettwäsche, Teppiche, Portieren, Bilder, Gardinen, Stores, Stepp- u. and. Decken. HATZNER, Gutfelandstraße Nr. 41.

# Garbáty

## Cigaretten

# Qualität



Heute Mittwoch, den 11. Februar: Zahlabend in Groß-Berlin.

Verhängnisvoller Flugzeug-Zusammenstoß in Johannisthal.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß zweier Flugzeuge in der Luft, bei welchem ein Flugpilot getötet, ein Fluglehrer und sein Schüler schwer verletzt wurden, hat sich gestern, Dienstag, morgens gegen 9 Uhr auf dem Flugplatz Johannisthal ereignet.

Bei dem schönen, fast völlig windstillen Frühlingst Wetter, das gestern Morgen herrschte, gingen die Flieger schon zeitig an die Arbeit. Um 7 Uhr kamen die ersten Maschinen heraus und bis gegen 9 Uhr herrschte ein lebhafter Betrieb.

Die Schuldfrage bei diesem unglücklichen Zusammenstoß, dem sechssten, den der Flugplatz Johannisthal zu verzeichnen hat, muß endlich einmal geklärt werden. An dieser Stelle, an der der junge Flugpilot seinen Tod fand, sind nunmehr zum vierten Male Flugmaschinen in der Luft zusammengestoßen, und fast stets waren es Maschinen der Luft-Verkehrs-Gesellschaft, die mit anderen Apparaten zusammenprallten.

Zur Kaufmannsgerichtswahl in Berlin.

Die Harmonievereine lassen in der bürgerlichen Presse anlässlich des Wahlkampfes um das Berliner Kaufmannsgericht die Friedensschmelze ertönen. Sie erklären, den „Bruderkampf“ nicht länger mitmachen zu wollen und das für den Wahlkampf aufgewendete Geld im Interesse der Handlungsgehilfen besser verwenden zu wollen.

„Forderung“ nach dem völligen Verbot der Klausel fallen gelassen. Die Harmonievereine die Handlungsgehilfen schließlich verraten und ihre eigene „Forderung“ verleugnet.

Liste 2 des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen.

Wahlberechtigt ist jeder Handlungsgehilfe, der in Berlin beschäftigt ist und das 25. Lebensjahr bis zum Wahltag erreicht hat, sofern er nicht mehr als 5000 M. pro Jahr verdient.

Parteiangelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt (III. Abteilung). Zahlabend heute Mittwoch, den 11. Februar, abends 7/9 Uhr, bei G. Rathmann, Wilhelmstr. 118.

Dritter Wahlkreis. In folgenden Abteilungen finden gemeinschaftliche Zahlabende statt: 5. Abt.: Vortrag des Genossen Goldberg bei Titius, Ritterstr. 123; 8. und 6. Abteilung: Vortrag des Genossen Wissel bei Witwe Augustin, Dranienstr. 103; 2. und 8. Abteilung: Vortrag des Genossen Haberland, N. d. N., im Gewerkschaftshaus (große Saal).

Vierter Wahlkreis. Heute finden in nachstehenden Abteilungen gemeinschaftliche Zahlabende statt: 8. Abt. im Lokal „Eckhof“, Waldemarstr. 75, Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen D. Wächter über: „Die Presse im Dienste der Reaktion“.

14. Abt. im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen G. Davidsohn über: „Jahrbuch der Luft“.

15. Abt. im Lokal Voelker, Weberstr. 17. Vortrag des Genossen Georg Schmidt über: „Die Reaktion in Deutschland“.

16. Abt. in den „Konfordinale“ (kleiner Saal). Vortrag des Genossen Vergemann über: „Das Koalitionsrecht“.

25. Abt. im Lokal Fürstberg, Franzfurter Allee 106. Vortrag des Genossen H. Varentin über: „Die besitzende Klasse und das Proletariat“.

26. Abt. in den „Comeniusfäden“, Remeler Straße 67. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Piskau.

36. Abt. im „Eichium“, Landberger Allee 40. Vortrag über: „Volkshüter“.

Wilmersdorf, Freitag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Viktoriagarten“ (großer Saal), Wilhelmstraße 114, eine Volksversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Ph. Scheidemann spricht über das Thema: „Zur politischen Lage“.

Karlshorst. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Sabrowski, Teetowallee 90: Gemeinamer Zahlabend. 1. Vortrag des Genossen Binseler: Der Gemeindecrat. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten.

Mariendorf. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, gemeinsamer Zahlabend aller Bezirke bei Preuß. Kurfürststraße 44. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindecratwahl. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. — Der Frauenleseabend findet am 17. Februar bei Venisch, Chausseestraße 27, statt.

Schmargendorf. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Waldater“, Barnimünder Str. 14/15.

Sohnsdorf. Heute Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in Villa Kahl. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Stellungnahme zur Gemeindecratwahl. 3. Verschiedenes.

Wannsee. Sonnabend, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, im Restaurant „Fürstenhof“ (D. Adernann): Versammlung des Wahlvereins.

Neuthen-Miersdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt heute aus, sie findet Freitag, den 20. Februar, statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Gemeindecratwahlen und Kandidatenaufstellung.

Eichwalde. Heute abend 8 Uhr: Wahlvereinsversammlung in Wittes „Waldschloßchen“. Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Röntgenal, Zepernitz, Bsch. Donnerstag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend in den Lokalen von Lange, Siemensstraße 10, und Adomeit, Kaiser-Friedrich, Ecke Schönower Straße. Für Bsch fällt in dieser Woche der Zahlabend aus. Derselbe findet am Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Vodung (Restaurant zur Lampe) statt.

Berliner Nachrichten.

Die Wiederkehr des Jopfes.

Heute ist Hofball. Nicht der erste und nicht der letzte in dieser Saison. Wo das bössische Vergnügen anfängt, hört die sagenhafte preussische Sparsamkeit auf. Mit dem Begriff der Repräsentation, für den der deutsche Nibel zu jeder Zeit Millionen übrig haben soll, wird auch die Tradition zugebedekt.

gittern bei dem Gedanken, von den die goldgeränderten Einladungsarten abgehenden Hoffourieren übergangen zu werden. Das Purzeln in Ungnade ist gleichbedeutend mit dem gesellschaftlichen Hazakiri. Wer zu den Ungebetenen gehört, hat nur noch das Recht, sich für längere Zeit, bis die Sonne wieder scheint, unsichtbar zu machen.

Wenn die Freundschaft mit der gefeierten Soldateska und mit der ff. Firma Kaufritter Nachfolger u. Co. so dick ist, können als quantité négligeable ruhig auch ein paar Zivilschlote zu den bössischen Brunkfälen Zutritt erhalten. Es sind eigentlich nur Zangengäste, die nicht mang die Gesellschaft gehören, aber man muß doch wenigstens so tun, als ob auch vor dem Thronessel alle Preußen gleich sind.

Vereinerungen des Märkischen Museums.

Im Märkischen Museum haben in den letzten Monaten einzelne Abteilungen eine sehr zu begrühende Vereinerung erfahren. Dies gilt namentlich von Raum 35 des Museums. Glänzliche Erwerbungen haben bewirkt, daß eine städtische Sammlung von Potsdamer, Rheinsberger und Flauer Fayenzen hier ausgestellt werden konnte.

Neben dieser Fayenzsammlung kommt nun auch die märkische Keramik des Mittelalters und der Neuzeit, besonders aber der Berliner des 19. Jahrhunderts besser zur Geltung: Fabrikate der Kunsttöpfereien von Feilner und March, die das Streben des damaligen Kunstgewerbes nach Abwechslung der hergebrachten Formen gut charakterisieren.

Eine treffliche Folge zu all diesen Stücken bilden die jetzt in demselben Raum untergebrachten Gefäße und Geräte aus der Berliner Porzellan-Manufaktur von Wegely sowie aus der königlichen. Diese Vasen, Service, Tassen, Schüsseln und Teller gewähren eine anschauliche Vorstellung von der hervorragenden Leistungsfähigkeit der beiden Fabriken.

Ein anderer Schrank des Raumes bietet eine reiche Uebersicht über die Tätigkeit der brandenburgischen Glashütten, unter denen Potsdam und Jechlin am besten vertreten sind, während bezeichnende Stücke der älteren Hütten von Marienwalde und Grünitz das Museum erst noch zu gewinnen bedacht sein muß.

Durch diese neuen Erwerbungen in Verbindung mit einer neuen Anordnung vorhandener Stücke hat jetzt die märkische Keramik und Glaskunst im Museum die ihr zukommende Geltung erlangt.

Von den anderen Abteilungen ist die Sammlung der Gemälde um drei treffliche Stücke bereichert worden. Das eine, von einem nicht genannten Künstler herührende, in sauberer Technik ausgeführt, gehört etwa dem Jahre 1800 an und stellt eine Partie an der unteren Spree, nicht weit von der heutigen Marschallbrücke, dar. Es zeigt einen stattlichen Garten, in dem Teile eines Wohnhauses sichtbar sind. Im Hintergrund erhebt sich die Quadriga des Brandenburger Tor. Dieser Garten gehörte damals — die Dorotheenstraße von der Neuen Wilhelmstraße bis zur jetzigen Königgrüner Straße erstirierte noch nicht — zu einem Grundstücke auf der Nordseite des Pariser Platzes, deren Häuser mit ihren Gärten ursprünglich bis zur Spree reichten.

Die beiden anderen Gemälde sind Porträts von der Hand Franz Krügers.

Handwerker gegen Zwangsinnungen.

Am Montag tagte in der „Neuen Welt“ eine stark besuchte Versammlung von Handwerksmeistern. Der Bund freier Vereinigungen selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender hatte sie einberufen. Die Versammlung nahm Stellung gegen das Zwangsinnungswesen. Der Referent, Uhrmacher Ritter, führte aus, daß die Zwangsinnungen nicht in stande sind, die wirklichen Interessen der selbständigen Handwerker zu vertreten. Die Zwangsinnungen, die unter der Herrschaft der Obermeister einen für den größten Teil der selbständigen Handwerker unerträglichen Zwang ausüben, sind eine veraltete, längst überlebte Einrichtung. Nicht Zwang, sondern Freiheit braucht der Handwerkerstand. Die heutige gesellschaftliche Handwerkerorganisation bringt nur einem kleinen Teil, den Obermeistern und ihrem Anhang, Nutzen. Die meisten Handwerker würden froh sein, wenn sie sich von den Zwangsinnungen befreien könnten. Aber die Stimme dieser Handwerker wird an den maßgebenden Stellen nicht gehört. Die Regierung sieht sich in allen das Handwerk betreffenden Angelegenheiten auf die Ansicht der Handwerkskammern, die doch nur eine Vertre-



lung der Obermeister, aber nicht eine Verkettung des Handwerks sind. Die Petitionen, welche die freien Vereinigungen selbständiger Handwerker einreichen, finden keine Beachtung. Die Gegner der Zwangsinnungen, die immer zahlreicher werden, verlangen, daß auch ihre Ansicht gehört und ihren Wünschen Rechnung getragen wird.

Die zahlreichen Diskussionsredner pflichteten dem Referenten in allen wesentlichen Punkten bei. Es wurde betont, daß man grundsätzlich die Aufhebung des Systems der Zwangsinnungen fordert, solange es aber noch besteht, soll durch gesetzliche Maßnahmen dafür gesorgt werden, daß die Rechte der großen Masse der Handwerker zur Geltung kommen. — Eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde, stellt in dieser Hinsicht folgende Forderungen auf:

Gegen die Verhängung von Strafen durch den Innungsvorstand soll das Verwaltungsstreitverfahren zulässig sein. Solange noch Neugründungen von Zwangsinnungen stattfinden können, soll den beteiligten Handwerkern ein unterstütztes Wahlrecht, das Recht zur Aufstellung amtlicher Wahllisten und Abhaltung obligatorischer Wahlversammlungen zugesichert werden. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung, welche die Auflösung von Zwangsinnungen künstlich erschweren, sollen beseitigt werden. Protestiert wird gegen die von den Nationalliberalen beantragte Aufhebung des § 100g der Gewerbeordnung, welcher den Innungen verbietet, Preise festzusetzen, welche für alle Mitglieder bindend sind.

### Die Verlängerung der Nord-Süd-Bahn nach Neukölln.

Die städtische Verkehrsdeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung abermals mit dem Projekt der Verlängerung der Nord-Süd-Bahn nach Neukölln. Die Vorschläge, welche neuerdings von der Stadtgemeinde Neukölln für den Abschluß eines Vertrages gemacht worden sind, wurden eingehend erwogen. Die Deputation kam aber zur Ablehnung der hier gestellten Forderungen. Es handelt sich im wesentlichen um dieselben Forderungen wie früher. Diese sind von so weittragender Bedeutung, daß die Stadt Berlin, ohne ihre eigenen Interessen zu schädigen, darauf nicht eingehen kann.

### Terrorisierende Abonnentensammler für die „Volks-Zeitung“.

Wie unverschämte manche Abonnentensammler vorgehen, beweist folgende charakteristische Zuschrift:

„Ein Herr betritt die Zigarettengeschäft Feldstr. 9 und stellt sich als Reisender der „Berliner Volks-Zeitung“ vor. Er fragt ob die „Berliner Volks-Zeitung“ gelesen wird. Die Inhaberin verneint die Frage. Reisender: „Dann müssen Sie abonnieren und als Beweis, daß Sie die „Volks-Zeitung“ halten, bekommen Sie ein Schild, das an die Tür angebracht wird. Die Geschäftsinhaberin erklärt, daß sie bisher auch ohne das Schild gut aus-gelommen sei.“

Der Reisende greift nach einer Zeitung, die auf dem Ladentisch liegt, blättert sie auseinander und sagt: „Da, ha! Hatte ich mir doch schon gedacht; Sie lesen den „Vorwärts“!“

Der „Vorwärts“ allein genügt nicht, nebenher müssen Sie auch die „Berliner Volks-Zeitung“ halten. Es werden eine Reihe Kunden kommen, die den „Vorwärts“ nicht lesen wollen und ein anderes Blatt wünschen.“ Die Inhaberin erwidert, daß sie solchen Drang bei ihren Kunden nach der „Volks-Zeitung“ noch nicht wahrgenommen habe; denn die Kunden, die einmal lesen wollen, hätten auch den „Vorwärts“ gern genommen.

Reisender erwidert: „Na, von den Genossen allein können Sie nicht leben, bei Ihnen laufen auch Leute aus anderen Berufs-klassen, die nicht Genosse sind. Sie lehnen also ein Abonnieren ab. Nun gut, in nächster Nähe betreibt mein Bruder eine Gast-wirtschaft, dem werde ich von Ihrem Verhalten Kenntnis geben und wir werden gemeinsam dafür sorgen, daß die bürgerliche Kundenschaft Ihre Geschäft nicht mehr betritt.“

Sprachs und verließ, ohne die Antwort der Inhaberin abzu-warten, schleunigst das Geschäft.

Der Tabak, der hier im Zigarettengeschäft Feldstr. 9 von dem Herrn Reisenden angeboten wurde, ist sehr stark. Wenn die Abonnenten-Reisenden der „Berliner Volks-Zeitung“ mit solchen Drohungen auch anderweitig auftreten, werden sie sicher „gute“ Ge-schäfte machen.

Ob dies aber zum Vorteil ihrer Auftraggeberin gereicht, ist eine andere Frage.

So wenig gegen das Bestreben, Abonnenten zu gewinnen, ein-zuwenden ist, ganz gleich, um welche Zeitung es sich handelt, so grenzt doch diese Art des Sammelns an Erpressung.

### Ein Ausschnitt aus dem Schulleben.

Eine Reihe von Gemeindefschulen veranstalten in diesen Tagen Schulfeste, zu denen auch die Eltern der Kinder Zutritt haben; es ist sogar erwünscht, wenn die Mütter oder die Väter den Festern beiwohnen. Es ist nicht das eigentliche Schulleben, das wir an den Nachmittagen in den Schulaulen sehen, sondern nur ein Ausschnitt von dem, was die Schule erreicht. Man kann über die Bedeutung dieser Feste sehr streiten, insbesondere darüber, ob die vielen Mühen und die Anstrengungen der Kinder und der Lehrer vor dem öffent-lichen Auftreten — wenn man so sagen darf — gerechtfertigt ist; in den Füllen aber, in denen eine besondere Einpaarerei weniger in Frage kommt, kann man oft eine gewisse Freude empfinden. So ging es uns am Montag bei der Schul-feier, die in der Schule der Paul- und Wiesenstraße stattfand.

Wir sahen da kleine Kerlchen, die erst im Oktober in die Schule gekommen waren und hörten eine prächtige Plauderei an, die eine Lehrerin mit den Kindern durch ein Frage- und Antwortspiel führte. Die ABC-Schützen entwickelten infolge einer geschickten, dem Ver-ständnis der Kinder angepaßten Fragestellung eine Lebhaftigkeit, die vorteilhaft abfiel von der so vielfach beliebten Art sehr vieler Lehrertimen, den Kindern durch Strafen Furcht vor der Schule beizubringen. Diese letztere Lehrrmethode hat in einer ganzen Reihe von Fällen dazu geführt, den Kindern den Schulbesuch direkt zu verleiden und es sind uns im letzten Jahre verschiedene Fälle be-kannt geworden, in welchen bei Kindern der Verstoß als Folge dieser Furcht zum Ausbruch gekommen ist und Kinder zeitweilig ruiniert worden sind.

Auch andere Klassen leisteten ihren Beitrag durch Gesang und Deltamationen. Vorgeführt wurden auch Lichtbilder durch einen von der Schule selber beschafften Apparat. Turnübungen beendeten den Abend, wobei der anwesende Schulinspektor den Kindern dankte und die Eltern mahnte, die Schen vor der Schule lassen zu lassen und gelegentlich mit dem Lehrer, mit dem Rektor und wenn es sein muß, auch mit ihm Rücksprache zu halten. Eine ganz gute Ab-nehmung, wenn sie nur auch von manchen Lehrern, die sonst unnahbar sind, beherzigt würde.

### Ueber die Gültigkeit der Zuständigkeitsverordnung

verhandelt gestern der Bezirksauschuss. Als Kläger traten die Direktoren des Wintergartens G. m. b. H. und des Zirkus Busch auf. Nach längeren Begründungen durch die Kläger und Antworten des beklagten Magistrats beschloß der Bezirksauschuss, die Entscheidung schriftlich zustellen zu wollen. Diese dürfte jedenfalls erst Mitte oder Ende März erfolgen.

Todesurteilung eines Zweiwundennsjährigen. In einem Anfall von Verfolgungswahn sprang Montag Abend der 92 Jahre alte

Hospitalist Theodor Voigt, der im Siechenhaus in der Gröbelsstraße wohnte, aus einem Fenster des ersten Stods auf den Hof hinab. Er blieb mit schweren Verletzungen liegen und starb an den Folgen eines Genickbruches.

### Gaularbeit in der Tabakindustrie.

Auf Grund der Bestimmungen über Heimarbeit in der Tabak-industrie vom 17. November 1918 (Reichsgesetzblatt Nr. 85 S. 781) sind die Personen, welche das Verfügungsrecht über Räume haben, die als Werkstätte zur Herstellung von Zigarren oder zum Abripen von Tabak oder zum Sortieren von Zigarren in der Hausarbeit schon dienen oder demnächst dienen sollen, verpflichtet, über schon bestehende und über demnächst beabsichtigte Hausarbeit der genannten Art sowie über die Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten (bis 16 Jahre) schriftliche Anzeige an das zu-ständige Polizeirevier zu erstatten. Gegebenenfalls sind An-träge auf Gewährung von Ausnahmen rechtzeitig bei Abteilung IX beim Polizei-Bezirksamt Berlin-Mitte oder bei der örtlich zu-ständigen Gewerbeinspektion zu stellen, damit beim Inkrafttreten obiger Bestimmungen, d. h. am 1. Juli 1914, die erforderlichen Aus-nahmen bewilligt und die vorgeschriebenen Ausweise für die zu-gelassenen Werkstätten ausgestellt sind. Gewerbetreibende, die Hausarbeit der bezeichneten Art ausüben, dürfen solche nur für die be-zogenen Werkstätten ausgeben, für die der erwähnte Ausweis vor-gelegt werden kann. Sie sind verpflichtet, sich in angemessenen Zwischenräumen, mindestens halbjährlich persönlich oder durch Beauftragte davon zu überzeugen, daß Einrichtung und Betrieb der Werkstätten den Anforderungen der §§ 3—5 der Bestimmungen ent-sprechen.

Eine öffentliche Disputation über die Kirchenaustrittsbewegung fand am Montag Abend in Habels Brauerei in der Bergmannstraße zwischen dem Pfarrer Franke und dem Schriftsteller Hans Leuk statt. Einen praktischen Zweck haben diese Auseinandersetzungen kaum.

### Feuer in der Oranienburger Straße.

Gestern Morgen gegen 7 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Oranienburger Str. 60/63 gerufen, wo im ersten Stod des Luer-gedäudes in einem Lagerraum der Firma Schwarzburg u. Scheuermann Feuer ausgebrochen war. Der Brand muß schon die ganze Nacht geschwelt haben; als der 13. Löschariff eintraf, drangen die Rauchschwaden aus dem ersten Stod hervor. Der Löschariff mußte von außen über Stiegeleitern erfolgen, da das Treppenhaus in einen großen Lichtofen mündet. Bei einem Vorgehen über die Treppen bestand also die Gefahr, daß sich beim Einschlagen der Tür zu dem brennenden Raum der Qualm sofort in den Lichtofen und in das Treppenhaus ergoß. Die Rauchentwicklung war nämlich so stark, daß auch ein Neben der Firma Schwarzburg u. Scheuermann liegender Lombardspeicher total verqualmt war. Die sich zeigte, war das Feuer durch Selbstentzündung von Drehlohlen neben einem großen Kachelofen entstanden und hatte den Fußboden, sowie Regale mit Kartons und Wollwaren erfahrt. Der Fußboden war in einer Aus-dehnung von einem Quadratmeter vollkommen nach dem Erdgeschoh durchgebrannt und der Kachelofen drohte jeden Augenblick einzu-sinken. Nachdem das Feuer gelöscht war, wurde der Ofen von den Feuerwehrleuten abgetragen. Nach einstündiger Tätigkeit konnte die Wehr den Brandplatz wieder verlassen.

Heuten gesucht. Diejenigen Personen, die am Sonnabend, den 31. Januar, früh 7 1/2 Uhr, gesehen haben, wie ein junger Mann in der Breitswalder Straße zwischen Heinerdörfer und Emanuelstraße von einem Automobil überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Ritzsch, Elbinger Str. 71 abzugeben.

Kleine Nachrichten. Ein langjähriges unheilbares Leiden hat den 71 Jahre alten Veteranen Friedrich Stern aus der Lüdiger Straße 55 an der Schwelle des Grabes zum Selbstmord getrieben. Er erhängte sich. — Nervenkrankheit hat den 58 Jahre alten Arbeiter Josef Dietrich aus der Wilhelmshabener Straße 18 zum Selbstmord veranlaßt. — Das Opfer eines Strohhemdes ist nachträglich der 54 Jahre alte Tischler Friedrich Rejchle aus der Sonnenburger Straße 12 geworden. Rejchle, der als Witwer bei seinen er-wachsenen Kindern wohnte, wurde im November v. Js. von einem Straßenbahnwagen umgestoßen und so schwer innerlich verletzt, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort lag er un-geduldig vier Wochen. Als Nachwirkung des Unfalls stellte sich ein schweres Nervenleiden ein, das den Verunglückten arbeitsunfähig machte. Nachdem er in diesem Zustande schon wiederholt Selbstmord-gedanken geäußert hatte, führte er sie gestern aus, indem er sich am Bettposten erhängte.

Die juristische Sprechstunde fällt heute, Mittwoch, den 11. Februar, aus.

## Vorortnachrichten.

### Nieder-Schönhausen.

#### Humoristische Vorträge aus den Akten der Armenverwaltung?

In den „Nieder-Schönhauser Nachrichten“ wendet sich ein Herr Emil Franzen in einem Eingeladten in scharfer Form gegen den Dezernenten des hiesigen Armenwesens, Herrn Kaschewitz Thormann, der auf einem am 17. Januar d. J. von Mitgliedern der hiesigen Armenkommission, ihren Damen sowie einigen geladenen Gästen be-suchten gemüthlichen Beisammensein den Festabend dadurch zu ver-schönen versucht habe, daß er eine Zusammenstellung teils humo-ristisch wirkender, teils delikater Stellen aus den Akten der Armenverwaltung zum besten gegeben habe.

Zunächst diese Mitteilungen des Herrn Franzen zutreffend sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Entsprechend die Behauptungen jedoch den Tatsachen, dann wäre es die Pflicht der Gemeindeber-waltung, den Dezernenten des Armenwesens in aller Form zurecht-zuweisen. Es wäre geradezu unerhört, wenn ein Dezernent der Armenverwaltung Veranlassungen benutzte und die Kostlage der Armen an einer feucht-fröhlichen Tafelrunde in der angebotenen Weise be-spötteln würde. Hoffentlich nimmt die nächste Gemeindevertreter-versammlung Veranlassung, über diese Angelegenheit einmal nähere In-formationen einzufohlen.

### Neukölln.

Am Montag, den 16. Februar, veranstaltet der Bildungsausschuss im großen Saal der Neuen Welt eine Operettenvorstellung. Zur Auf-führung gelangt die Operette „Das Farmernädchen“ von Georg Olonowsky, Musik von Oreste Jarno. Villetts a 70 Pf. sind bei den Funktionen und an folgenden Stellen zu haben: Expeditionen Redakt. 8 und Siegfriedstr. 28; Sekretariat, Redakt. 8; Restau-rant W. Krömler, Bernmannstr. 49; Restaurant Th. Gemmeder, Kaiser-Friedrich-Str. 23/23; Restaurant Rag Richter, Prinz Hand-ler-Str. 8 und in Berg beim Genossen Sudert, Bantisch-Allee 49. Die Genossen werden gebeten, für regen Betrieb der Villetts Sorge zu tragen.

### Lichtenberg.

Zu den heute Mittwoch, nachmittags von 12—5 Uhr, statt-findenden Wahlen der Arbeitgeberbeisitzer des Lichtenberger Gewerbe-gerichts wendet sich der Wahl-ausschuss der bürgerlichen Parteien in einem Flugblatt an die Arbeitgeber Lichtenbergs, in welchem derselbe vor der Wahl sozialdemokratischer Kandidaten warnt. Die Verfasser des Flugblattes wissen zwar nichts anzuführen, daß das Recht bei sozialdemokratischen Beisitzern keine Stätte findet, sie selbst lediglich in Scharfmachermanier vom Terrorismus der Sozial-demokratie. Bei denjenigen Arbeitgebern, die die Pflichten eines

Gewerbegerichtsbeisitzers ernstlich zu würdigen wissen, dürfte das Flugblatt wenig Eindruck machen. Sie werden daher auch den von der Sozialdemokratie präsentierten Kandidaten ihre Stimme geben.

### Weißensee.

Stürmische Szenen spielten sich bei der Wahl des Gläubiger-ausschusses der Weißenseer Bank ab, die in neunständiger Verhand-lung vor dem hiesigen Amtsgericht am Sonnabend zu Ende geführt wurde. Gegenüber standen sich außer den großen Gläubigern die Genossenschaftler und die Sparere. Jede Partei wollte möglichst zahl-reich in dem Gläubigerausschuss vertreten sein. Der erste Ansturm begann, als die Gemeinde als eine der Hauptgläubigerin Anspruch auf zwei Sitze erhob. Die Angaben des Bevollmächtigten der Gemeinde wurden einfach bestritten, und zwar in der Hauptsache von Leuten, die weder Sparere noch Genossen, sondern nur Befizier von Vollmachten sind. Das Endresultat war, daß die Ge-meinde nur einen Vertreter erhielt. Auch die Sparere kamen zu kurz, denn anstatt drei erhielten diese nur zwei Vertreter. Der Vertreter der Gemeinde gab bekannt, daß die Sicherheiten keineswegs so seien, wie man anzunehmen pflege. Für nicht weniger als 1 800 000 M. Hypotheken seien bisher keine Zinsen gezahlt worden. Bei Zwangs-versteigerungen seien Werte im Betrage von 280 000 M. einfach ausge-fallen, weil es Hypotheken zu zweiter und weiterer Stellen gewesen seien. Der vom Gericht eingesetzte Konkursverwalter wurde bestätigt. Er gab bekannt, daß sich der Status der Bank wie folgt stellt: Passiven 5 077 440 M., Aktiven 311 187 M., mithin Unterbilanz 4 766 253 M. Die Kosten des Konkursverfahrens und weitere Massekosten werden insgesamt 36 000 M. ausmachen, so daß rund 275 000 M. zur Verfügung stehen. Die Konkursdividende beträgt demgemäß 4,04 Proz. Die Genossenschaftsbank wurde im Jahre 1878 als Genossenschaftsbank mit unbeschränkter Haftung gegründet. Im Jahre 1908 wurde die beschränkte Haftung eingeführt. Ende 1912 betrug die Mitgliederzahl 375 mit 1064 Anteilen zu je 500 M. bei einer Kassensumme von 1000 M. Im Mai 1913 er-folgte der Ansturm auf die Bank; die Gemeinde leistete sofort eine Hilfe von 800 000 M., vordem hatte sie bereits 640 000 M. hingegeben, wofür sie Wertpapiere im Betrage von 831 000 M. als Sicherheit empfing. Am 11. Juli wurde die Anteilssumme auf 2500 M. und die Kassensumme auf 5000 M. erhöht und darauf gab die Gemeinde weitere 200 000 M. Für die Gesamtsumme von 1 640 000 M. hatte die Gemeinde Sicherheiten im Betrage von 1 900 000 M. hinter sich. Wie die Sicherheiten zum Teil bestellt sind, zeigen die schon angeführten Ausfälle. Der Konkursverwalter gab weiter bekannt, daß am 17. Juli (son 70 Pfän-dungen erfolgt seien. Im Jahre 1912 betrug der Umsatz rund 90 Millionen Mark, während als Reingewinn 71 000 M. ausgewiesen wurden. Die Ursachen des Zusammenbruchs dürften zu suchen sein in dem von der Bank betriebenen umfangreichen Hypothekengeschäft, in der ungünstigen Lage auf dem Bauplatze und vor allem in der zu hohen Kreditgewährung; allein fünf Firmen wurde ein Kredit von 1 700 000 M. eingeräumt. Im Jahre 1908 hatte der Verbandsdirektor das Girokonto mit 500 000 M. als zu hoch bezeichnet. Der alte Vorstand und Aufsichtsrat hat es hier an der erforderlichen Sorgfalt fehlen lassen, es sind deshalb Regrehanprüche an den alten Aufsichtsrat und den Vorstand zu stellen, nicht ausgeschlossen hiervon sollen auch die neuen Herren sein. Als am 23. Mai vorigen Jahres der Sturm hereinbrach, prangten große Kasakate an den Geschäftstokalen und große Inserate in den Zeitblättern verkündeten, daß alles in bester Ordnung sei und die falschen Gerüchte nur von einer gewissen Seite ausgegangen. Die Gemeindevertreter wurden von ihren eigenen, im Aufsichtsrate sitzenden Kollegen über Ohr gehauen, so daß sie in ihrer Mehrzahl sich zu so ungeheuren Opfern herbeiließen. Die kleinen Leute haben von dieser Summe nichts oder doch nur wenig erhalten; sie wurden betrübt, während die großen und bemittelten Leute aufs Ganze gingen, was auch die 70 Pfändungen beweisen.

### Charlottenburg.

In der nächsten Zeit soll eine Versammlung aller über 18 Jahre alten jugendlichen Partei- und Gewerkschafts-genossen stattfinden. Die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre werden gebeten, die Jugendlichen auf die Veranstaltung hinzuweisen, sowie die Adressen solcher an den Genossen Schiller, Charlottenburg, Britische Str. 24/25, einzusenden.

### Schöneberg.

Die Ausschuhwahlen der Arbeitnehmer zur Allgemeinen Orts-frankenliste haben mit einem glänzenden Siege der Liste III (freie Gewerkschaften) geendet. Das Resultat ist folgendes: Für Liste I (Zentrum) wurden 457 Stimmen, für Liste II (Kirche) 157 Stimmen, für Liste III (freie Gewerkschaften) 3758 Stimmen, insgesamt 4372 Stimmen abgegeben. Davon er-hielt die Liste I sechs, die Liste II zwei und die Liste III 58 Aus-schuhmitglieder.

### Wannsee.

Die Gemeindevertreterversammlung beschloß, den Gemeindesteu-erzuschlag, wie im Vorjahre, auf 82 Proz. zu belassen. Der Vor-antrag selbst schließt in Einnahme und Ausgabe um 15 000 M. höher ab als im Vorjahre. Ein Drittel der gesamten Ausgaben der Gemeinde entfallen auf die Kreissteuer. 2000 M. wurden für die freiwillige Feuerwehre in den Etat vorgemerkt. Kritisiert wurde bei Beratung des Vorantrages auch das Nachwachsenden im Orte und die Unsicherheit im oberen Ortsteil. In letzter Zeit seien wieder sehr viel Einbrüche in Willen verübt worden. Bei der großen Ausdehnung des Ortes müßten daher mehr Wächter an-gestellt werden; hierüber soll später noch beraten werden. Abdann wurde die fernere Beibehaltung der Vorschule und der Sexta be-schlossen. Der Verein für Jugendpflege hat die weitere Bewilligung von 300 M. für die neu eingerichtete Mädchenabteilung beantragt. Kürzlich hatte man erst 300 M. für die Anabenabteilung bewilligt, trotzdem betont wurde, daß diese Abteilung sehr zurückgegangen sei und ihr nur noch Schulkinder angehören. Weiterwiderweife waren es gerade die Vertreter der 3. Klasse, die für die Bewilligung der 300 M. plädierten, was denn auch beschlossen wurde. Es wird die höchste Zeit sein, daß auch in diesem Parlament einmal ein anderer Geist einzieht.

### Neu-Zittau (Kreis Beeskow).

Das Tragen der Leichen zum Friedhof soll laut Beschluß der letzten Gemeindevertreterversammlung fortan aufhören. In der Debatte über die Kostenfestsetzung für Bestattungen verlangte Ge-nosse Schulz die kostenfreie Benutzung des kürzlich angeschafften Leichenwagens bei Beerdigungen. Die Majorität der Vertretung wollte indessen hiervon nichts wissen. Beschlossen wurde, daß der Gemeindevorstand bis zur nächsten Sitzung ein Ortsstatut über das Bestattungswesen auszuarbeiten solle. Bis zur definitiven Beschluß-fassung sind für Benutzung des Leichenfuhrwerkes 5 M., außerdem für das Aufwerfen einer Grube bei Erwaehenen 5 M. und bei Kindern 3 M. zu zahlen. Hierauf verlas der Vorsitzende ein Schreiben der Regierung, worin mitgeteilt wird, daß bei der vor-zunehmenden Spreiteregulierung auch Neu-Zittau eine Schiene er-hält. Vom Bildungsausschuss lag ein Antrag vor, worin die Ver-tretung ersucht wird, ihm zu den veranschlagten Vorträgen 25 M. zu bewilligen. Unsere Genossen befristeten die Annahme des Antrages, auch Herr Guschke trat dafür ein, vor der Abstimmung hierüber verließ er jedoch den Sitzungssaal. Der Antrag wurde abgelehnt. Dem Kriegerverein hat die Vertretung zu seiner Feier vor einigen Monaten sofort 80 M. aus Allgemeinmitteln bewilligt.



Hierauf interpellierte Genosse Schulz den Gemeindevorsteher über die zeitliche Ansetzung der Gemeindevorstandswahl. Obwohl ein großer Teil der Wähler Arbeiter seien, die in Neu-Zittau selbst nicht beschäftigt wären, habe man auf sie bisher bei der Festsetzung der Wahlzeit keinerlei Rücksicht genommen. Das habe zur Folge, daß wenn diese Arbeiterwähler ihr Wahlrecht ausüben wollten, sie einen halben Tag Arbeitsverdienst einbüßen müßten. Das sei ein unhaltbarer Zustand. Diefen Ausführungen konnten sich die übrigen Vertreter nicht entziehen. Die Wahl soll daher in der letzten Woche des Februar abends gegen 6 1/2 Uhr stattfinden.

### Spandau.

Der Hauptetat für das neue Etatsjahr schließt nach dem Entwurf in Einnahme und Ausgabe mit 15 880 140 M. (gegen 14 073 140 M. im Vorjahr) ab. Eine Erhöhung der bisherigen Einkommensteuereinzufolge von 150 Proz. hat sich bei der ungünstigen Finanzlage nur dadurch vermeiden lassen, daß ein Zuschuß aus dem Steuerzuschlagsfonds in Höhe von 98 700 M. in den Etat eingestellt worden ist. Der Ertrag der Einkommensteuer ist mit 1 358 500 M. berechnet worden, 118 900 M. mehr wie im Vorjahr. Die Grund- und Gebäudesteuer soll 988 250 M. bringen. Der Ertrag aus der Gewerbesteuer, die wieder mit 240 Proz. veranschlagt ist, ist auf 458 000 M. festgesetzt worden, 42 000 M. mehr wie im Vorjahr. Einen großen Anstoß bringt die Umsatzsteuer, die mit 100 000 M. gegen 175 000 M. im Vorjahr zurückgeblieben ist. Der Zuschuß des Reiches zu den Gemeindesteuern für die Staatsverpflichtungen beträgt 250 000 M., 30 000 M. mehr wie im Vorjahr. Eine arge Enttäuschung ist dem Stadtrat dadurch beschieden worden, daß die erwarteten Millioneneinnahmen aus dem Waldverkauf an Heine in nebelhafte Ferne gerückt sind. Ein genau so unsicheres Projekt ist der geplante Bau des Stadttheaters, das für die Stadt dadurch noch ungünstiger ausfallen wird, weil dieselbe an die Theaterbau-Gesellschaft für die Entbindung vom Vertrag eine Entschädigung von 50 000 M. zahlen soll. Endlich dürfte auch in nächster Stadtratsordnungsung die Kinderwagensteuer beseitigt werden, die einen lächerlich geringen Betrag erbringt und Spandau schon so oft lächerlich gemacht hat. Für die Linderung der großen Arbeitslosigkeit ist kein Betrag in den Etat eingestellt worden. Im Gegenteil, die städtische Polizei bringt immer noch eine große Anzahl von Arbeitern durch Führung von schwarzen Listen aus Lohn und Brot und liefert dadurch eine Anzahl von Familien dem größten Elend aus. Arbeiter, die vor Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes dem sozialdemokratischen Wahlverein beizutreten und politisch gemeldet werden mußten, aber schon seit einer Reihe von Jahren aus dem Wahlverein ausgestritten waren, werden auf Grund der alten polizeilichen Mitgliederliste von den Staatsverpflichtungen entlassen. Wenn Arbeiter sich weigern, für 35 Pf. die Stunde Schnee zu schippen, wird in der Stadtratsordnungsversammlung ein großes Entschuldigungsgericht erhoben; daß aber ehrliche Arbeiter auf Grund von falschen schwarzen Listen brotlos gemacht werden, wird stillschweigend geduldet und ganz in der Ordnung gefunden.

### Sitzungsstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Mariendorfer.** Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Kallertstraße.

**Tempelhofer.** Donnerstag, den 12. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindegemäch, Dorfstr. 42.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Gerichtszeitung.

### Die unzüchtigen Postkassen.

Das Reichsgericht hat gestern das Urteil des Landgerichts I Berlin betreffend die Einziehung und Unbrauchbarmachung von 48 Ansichtspostkarten aufgehoben und die Sache an das Landgericht II verwiesen. In der Begründung heißt es, ein Bild deshalb für unzüchtig zu erklären, weil es einen nackten Körper darstelle, sei nicht zulässig. Das Urteil sei nicht haltbar, da es die Postkassen mit Unrecht in Vausch und Bogen für unzüchtig erklärte. Das Landgericht selbst habe anerkannt, daß die Reproduktionen den Originalen durchaus gleichwertig seien. Deshalb habe auf Aufhebung des Urteils erkannt werden müssen.

### Der Amtsanwalt im gelben Talar.

Am preussischen Justizwesen erlief man immer seltsamere Dinge. Am Montag wurde in einer Verhandlung der der Berufungskammer in Erfurt festgestellt, daß der Bürgermeister des preussischen Städtchens Sommerda, der zugleich auch das Amt eines Amtsanwalts am Amtsgericht in Sommerda versieht, Ehrenmitglied eines gelben Breviervereins ist.

Drei organisierte Metallarbeiter waren eines Tages mit dem 18 Jahre alten Gründer des gelben Breviervereins, dem Arbeiter Kaufwitz, zusammengeraten, wobei R. einige unbedeutende Hälfe beitrug. Die Sache kam zur Anzeige und die drei Arbeiter wurden zu 4 und 5 Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legten die Angeklagten Berufung ein, weil es ihnen zu hart erschien, aber auch der bürgermeisterliche Amtsanwalt und Ehrenmitglied bei diesem gelben Verein, dem der Arbeiter Kaufwitz angehörte, sieht das Urteil an, weil es ihm zu milde schien. So kam die Sache vor die Erfurter Berufungskammer.

In der Berufungsschrift, wie auch in der schriftlichen Urteilsbegründung des Schöffengerichts wurde es so dargestellt, als handle es sich um die Abfertigung der Angeklagten, die als „Sozialdemokraten“ bezeichnet wurden, die „patriotischen Arbeiter“ einzuschüchtern, damit sie nicht dem „vaterländischen Verein“ beitreten sollen. Selbstverständlich waren die Differenzen nur um gewerkschaftliche Angelegenheiten mit dem 18jährigen gelben Vereinsgründer entstanden. Der Staatsanwalt in Erfurt meinte ebenfalls, daß politische Feindschaft der Anlaß des Zusammenstoßes gewesen sei und er beantragte Erhöhung der Strafen auf je 2 Monate. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Desvaines, stellte zunächst das eigentümliche Verhältnis fest, daß der Bürgermeister und Amtsanwalt zugleich auch Ehrenmitglied des gelben Vereins sei, ja gerade dieser Umstand, so sagte der Amtsanwalt selbst, lasse die Begründung seiner Berufung erklärlich erscheinen. Dann bezeichnete der Verteidiger es als eine bedauerliche Unkenntnis, wenn im Gerichtsprotokoll Gewerkschaft und sozialdemokratische Partei in einen Topf geworfen werde und wandte sich energisch dagegen, daß, wie er aus der amtsweglichen Berufungsbegründung entnehmen mußte, Angeklagte nach ihrer politischen Parteizugehörigkeit beurteilt würden. Die Angeklagten seien Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, der sich die Befreiung der sozialen Lage seiner Mitglieder zur Aufgabe mache. Nichts weiter. — Das Gericht verwarf beide Berufungen.

### Impfgegner vor dem Reichsgericht.

Der Frankfurter Bodenprozeß, der f. St. erhebliches Aufsehen erregt hatte, beschäftigte am Montag das Reichsgericht, ohne daß dieses zu einer Entscheidung gekommen wäre. Wie man sich erinnern wird, hat das Landgericht Frankfurt a. M. am 21. Juni vorigen Jahres nach zweitägiger Verhandlung die Ärzte Dr. R. Spohr und Dr. Wacker wegen Uebertretung des Reichs-Gesetzes in je zwei Fällen zu je 300 M. Geldstrafe verurteilt, aber dann der gleichzeitig erhobenen Anklage der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung freigesprochen. Beide Angeklagte stehen auf

dem Standpunkt der Naturheilmethoden; Dr. Spohr ist nicht geimpft, da er in seiner Jugend die Blattern überstanden hat. Im Frühjahr 1912 fand in Frankfurt im ganzen 13 Personen an den Blattern erkrankt; eine Frau H. aus Riga soll die Krankheit eingeschleppt haben. Dr. Spohr, der sie in Behandlung nahm, erkrankte selbst, ebenso seine Gattin, Frau Dr. med. Steinmann aus Gera, die ihn pflegte und seine vierjährige Tochter Berta. Auch eine auf der anderen Seite der Straße wohnende Gemüsehändlerin, Frau B., erkrankte an den Pocken. Diese kam ins Krankenhaus und ist dort am 18. Juli an den Pocken gestorben. Dr. Spohr will zunächst die Krankheit nicht erkannt und angemessene Behandlung des Seuchengesetzes sind beide Angeklagten für schuldig befunden worden, weil sie die Krankheit trotz des Verdachtes, daß es sich um echte Pocken handele, nicht angezeigt haben. Der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung wurden sie nicht für schuldig erklärt, weil ein Nachweis, daß die Erkrankung Anderer an den Pocken durch sie verschuldet ist, nicht vollbracht worden sei. Gegen den freigesprochenen Teil des Urteils hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Der Reichsanwalt erachtete die Revision für begründet, der Verteidiger der Angeklagten vertrat die Ansicht, daß der Mangel eines subjektiven Verschuldens bedenklich angenommen sei. Das Reichsgericht verlagte die Entscheidung der Entscheidung auf den 20. Februar.

### Die gestohlenen Haare.

An einen kleinen Schwanz a la Herrfeld erinnerte das Urteil, in welchem sich der Sachverhalt einer Anklage bewege, die gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Jodisch bestrafte. Wegen Diebstahls war der Kaufmann Solomon Tischbein aus Larnow in Galizien angeklagt. — Der Angeklagte kam vor einiger Zeit aus seiner galizischen Heimat nach Berlin, da ihm erzählt worden war, er finde hier viel leichter und auch besser bezahlte Stellen. In Berlin angekommen besuchte er erst seine ganze Verwandtschaft in der Hoffnung, bei diesen vorläufig ein Unterkommen zu finden. Da die Familie Tischbein jedoch dankend ablehnte, versuchte er es bei einer Seitenlinie der Tischbeins, der Familie Puderbeutel in der Prenzlauer Straße. Hier betrieb der Cousin des Angeklagten, der Haarhändler Puderbeutel, ein lohnendes Geschäft. Es kaufte durch Agenten in Galizien von den jüdischen Mädchen, die vor der Hochzeit wandern und sich nach einer dort bestehenden Sitte, um das Hochzeitshäubchen tragen zu können, ihren Haarzschmuck abschneiden ließen, die Haare auf, um sie dann hier nach erfolgter Reinigung und Färbung an die Preiseure zu verkaufen. Diese fertigten dann die im Volksmund als „Willems“ bezeichneten falschen Köpfe usw. daraus. Ende vorigen Jahres mußte nun wohl in Galizien das Hochzeits- und damit auch das Haargeschäft des Herrn Puderbeutel besonders gut floriert haben, denn bei Puderbeutel liefen fast täglich große Posten des als besonders schön gerühmten blau-schwarzen Haars galizischer Mädchen ein. Daher kam es auch, daß Puderbeutel gar nicht merkte, daß ihm in der Person des Herrn Tischbein aus Larnow ein recht unangenehmer „Hiller Tellhaber“ erwachsen war. Dieser machte sich die günstige Konjunktur in Haaren zunutze, indem er seinem Cousin nach und nach für 3000 M. Haare entwendete und damit selbst einen schwunghaften Handel bei den Preiseuren trieb. Als Puderbeutel schließlich erfuhr, daß sein Konkurrent, von dem ihm mitgeteilt worden war, daß er viel billiger verkaufe, sein Cousin Tischbein war, lief er wutentbrannt zur Polizei und erstattete Anzeige.

Vor Gericht beantragte der Staatsanwalt gegen den geständigen Angeklagten 2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte nur auf 14 Tage Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden. Der Angeklagte wurde mit der freundlichen Mahnung des Vorsitzenden: „Nun dampfen Sie aber schleunigst ab!“ auf freiem Fuß gesetzt. Der geschädigte Zeuge verzicht mit den Worten: „Wie krieg ich nu meine Haare wieder?“ den Saal.

## Aus aller Welt.

### Veteranenschicksal.

Der „Frankf. Jtg.“ wird folgendes Erlebnis aus Frankfurt mitgeteilt:

In einem Spätnachmittag wunderte ich durch die Straßen der nördlichen Vorstadt. Es war bitter kalt. Die eisernen Gitter, die die schmalen Vorgärten säumten, waren mit zarten Reifflöden überzogen. Vor mir humpelte, in sich zusammengefallen, ein alter Mann. Unter seinem Hut schauten weiße Haare hervor. Sie waren fast so weiß wie der Reif an den Stäben. — Plötzlich blickt sich der Alte zum Boden nieder, griff etwas mit den Händen und bog dann um die Ecke. Durch das Gartengitter hindurch sah ich, daß der Mann eine Kruste Brot aufgefressen hatte. Er ist Nierkranke, dachte ich, er wird das Brot dem nächsten Gaul zu fressen geben. Es gibt ja solch gute Menschen, die nichts unkommen lassen können. — Aber auf einmal gewahrte ich, wie der Alte den Reif von der Kruste abwuschte und sie dann zum Runde führte! — Ich blieb wie festgebunden am Fleck stehen: „Heiliger Gott! Er ist das hartgefrorene Stück Brot selber! Wie hungrig, wie arm muß er sein!“ — Dann näherte ich mich dem Alten. Ich mußte mit ihm sprechen. — Ein paar alte, traurige Augen schauten fest in die meinen.

Ob ich ihm etwas Geld anbieten dürfe, fragte ich. „Ich sehe doch, Sie haben Hunger, alter Mann.“

Er schen überlächelt und fand nicht gleich eine Antwort. Dann blickte er mir gerade ins Gesicht und sprach zu mir mit zitternder Stimme:

„Ich bin jetzt fünfundsiebzig. ... Ich war Soldat und hab' Kriege mitgemacht. ... Ich hab' alles gelitten. ... Aber gebettet hab' ich noch nie, in meinem Leben nicht. ... Auch Almosen hab' ich noch nie genommen. ... Oder denken Sie, ich könnt' nicht schlafen geh'n, wenn ich wollte? ... Aber ich tu's nicht, und ich will's nicht! ... Nein, ich will nicht! ...“

Diese Sätze hängen scharf, abgehackt, wie eine Anklage, wie ein plötzliches Erinnern an irgendein Unrecht, das dem Alten zugefügt wurde.

Dann wandte er sich zum Gehen. Ich trat aber gleich noch einmal um, als ob er etwas vergessen hätte, und sagte, indem er die Hand erhob:

„Charakter, junger Mann, Charakter! Wissen Sie, was das ist? Manchmal Glück, aber meistens Not und Hunger! Reistens!“

Dann ging er.

### Dreifacher Mord und Selbstmord.

Ein furchtbares Familiendrama hat sich am Montag in Saarlouis abgepielt. Dort wohnte bei ihrer Mutter die von ihrem Manne getrennt lebende Frau des in Saarbrücken wohnhaften Schreibers Weise. Zertrüttete Familienverhältnisse hatten die Eheleute auseinandergebracht. Am Montag suchte Weise seine Frau auf und erschoß sie, sein dreijähriges Kind, seine Schwiegermutter und nahm sich dann selbst das Leben.

### Das Hochwasser im Nemetdelta.

In den letzten Tagen ist es im Nemetdelta zu großen Ueberschwemmungen gekommen. Pionierkommandos arbeiten fortgesetzt daran, Bewohner und Vieh aus den durch das Wasser abgeschnittenen Ortschaften in Sicherheit zu bringen. Zur Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten mit Lebensmitteln und sonstigen Bedarf ist eine Hilfsaktion im Gange. Die augenblickliche Not ist groß, der Schaden an Gebäuden und der Verlust an Vieh und Gut unübersehbar. Er wird sich voraussichtlich auf viele Hunderttausende belaufen. Bis jetzt sind durch Flutwässer etwa 800 Menschen aus Lebensgefahr gerettet und etwa 150 Stck Vieh geborgen worden. Zur Zeit sind Pioniere damit beschäftigt, 1500 Menschen, die durch Neuzis vom Lande abgeschnitten sind, Lebensmittel zuzuführen.

### Ein neuer Anschlag im Cumbre-Tunnel.

Der Cumbre-Tunnel bei Quarex (Mexiko), der am vergangenen Mittwoch früh von einer Räuberbande angezündet worden war, wodurch ein hineinfahrender Zug ebenfalls in Brand geriet und viele Menschenleben untauglich, ist zum Schauplatz eines neuen Verbrechens geworden. Dieselbe, unter dem Befehl des Räuberhauptmanns Castillo stehende Räuberbande riß die Schienen im Tunnel auf, so daß ein Personenzug, der glücklicherweise nur spärlich besetzt war, entgleiste und Feuer fing. 15 Personen kamen um, eine große Anzahl wurde verletzt. Unter den Toten befindet sich eine Mutter mit fünf Kindern. Die Banditen sahen das furchtbare Schauspiel mit an. Präsident Wilson hat eine Untersuchung an Ort und Stelle angeordnet.

### Ehrentwerte Kapitalisten.

Die englische Zeitung „Daily Chronicle“ meldet aus New York vom 9. d. Mts., von der Interstate Commerce Commission seien aufsehererregende Enthüllungen über Diebstähle im großen bei der New York, New Haven and Hartford-Bahn gemacht worden. Ein früherer Vorsitzender der Kommission erklärte, daß eine Summe von 28 Millionen Dollar verschwunden sei. Senator Hitchcock erklärte, die Männer, die die Gesellschaft ruiniert und die Aktionäre bestohlen hätten, hätten sich zu gleicher Zeit als gemeinnützige Puritaner der Finanz aufgespielt.

### Kleine Notizen.

**Haudeinsturz mit schrecklichen Folgen.** In der spanischen Stadt Alcabado stürzte ein im Bau begriffenes Haus ein und begrub eine große Anzahl Arbeiter unter sich. Als man sie befreite, waren zwei bereits tot, fünf weitere starben nach kurzer Zeit und zwei befinden sich in Lebensgefahr.

**Von Windmühlensflügeln erfasst.** In Dorff (Kreis Neustadt) gerieten drei Kinder beim Spielen zwischen die Flügel einer im Gange befindlichen Windmühle. Mit schweren Verletzungen wurden die Kinder in ein Krankenhaus gebracht, wo eins bald darauf verstarb.

**Ein Einbruch in das Parteisekretariat Bochum** wurde in einer der letzten Nächte verübt. Die Diebe schienen es auf den Diebstahl von Dokumenten abgesehen zu haben, fanden aber nichts. Der Geldschrank blieb unversehrt.

Der „Bauernschreck“, ein wildes Tier, das längere Zeit die Bevölkerung in der Gegend der Morab (Steiermark) in Aufregung hielt, soll nach einer Meldung aus Graz jetzt von einem Jäger erlegt sein. Es soll sich um einen Puma (Silberlöwe) handeln.

**Adlerhof.** Donnerstag, den 12. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, Memelstr. 1.

### Jugendveranstaltungen.

**Banko-Nieder-Schönhausen.** Jugendheim. Freitag, den 12. Februar, abends 8 Uhr: Erster Abend des Vortragabendes über: „Deutsche Geschichte“. Vortragender: Herr Redakteur Georg Schmidt. Die Jugendlichen wollen für regen Besuch der Vortragabendes agitierten.

### Eingegangene Druckschriften.

**Flugschriften des Deutsch-Englischen Verbindungskomitees.** — N. A. Hobson, Die Kunst vor Deutschland. Preis 50 Pf. — Ernst Sieber, Die wirtschaftliche Rivalität zwischen Deutschland und England. Ein Vortrag. Preis 50 Pf. Verlag von H. Ebendorff, München und Berlin.

**Wohlfahrt und Wirtschaft.** 1. Jahrg. Heft 2. Monatschrift. Herausgegeben von A. Jaroslaw. Viertel. 3 M. C. Dieckhoff, Jena.

**Marktpreise von Berlin am 9. Februar 1914.** nach Ermittlungen des fgl. Viehwirtschaftsamt. Weis (mugel), gute Sorte 16,90—17,20, Danau 16,00—16,30, Raus (runder), gute Sorte 14,80—15,20, Rindfleisch 0,00, Gen 0,00—0,00.

**Marktpreise von Berlin am 9. Februar 1914.** nach Ermittlungen des fgl. Viehwirtschaftsamt. Weis (mugel), gute Sorte 16,90—17,20, Danau 16,00—16,30, Raus (runder), gute Sorte 14,80—15,20, Rindfleisch 0,00, Gen 0,00—0,00.

### Witterungsbericht vom 10. Februar 1914.

Stationen	Barometerrand	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerrand	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Entwende	765	SE	3	heiter	Sabaranda	758	SE	2	bedeckt
Hamburg	764	SE	2	wolkig	Wetterburg	759	SE	3	bedeckt
Berlin	766	SE	2	heiter	Essen	754	SE	4	halb bed.
Frankf. a. M.	767	SE	1	kl. Dunst	Übersee	753	SE	1	bedeckt
München	769	SE	2	wolkig	Paris	768	SE	2	heiter
Wien	771	SE	1	Rebel					

### Wetterprognose für Mittwoch, den 11. Februar 1914.

Trocken und vorwiegend heiter, nachts leichter Frost, am Tage wieder mild bei mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

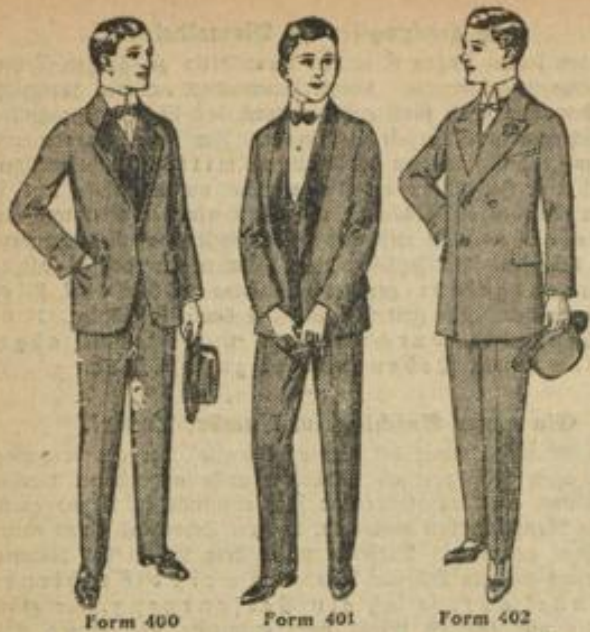
### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	9. 2.	8. 2.		9. 2.	8. 2.
	cm	cm		cm	cm
Memel, Tils	650'	-8	Saale, Großh.	119'	-15
Bregel, Jüterburg	374'	-22	Dabei, Spandau	98'	-6
Wesche, Thorn	307'	+1	Kathmon	100	+2
Oder, Rathow	143'	+1	Spree, Spremberg	90	-3
Strofen	151	-1	Beeslow	122	0
Frankfurt	244'	-2	Weser, Minden	154	+10
Saarlouis, Sörrim	170'	-10	Weser, Rinteln	230	-8
Saarlouis, Landsberg	220'	-7	Rhein, Maximiliansau	330	0
Rege, Borsdorf	67'	+11	Raub	149	-2
Elbe, Zeitz	73	-1	Köln	144	-4
Dresden	-170'	-4	Köln	80	+10
Barby	101	-5	Rhein, Ganan	277'	-7
Magdeburg	84	-6	Weser, Xanten	142	+55

+) bedeutet Hoch, —) Tief. — \*) Unterpegel. — \*) heute früh 637 cm bei fortwährendem Eisstand. — \*) Treibeis. — \*) Eisstand. — \*) Vormittags Götting. — \*) Götting.





Einsegnungs-Anzüge in Schwarz, Blau und Marango

Form:		Brustweiten:			
		72	76	80	84
403	Blauer Cheviot	11	12	13	14
403	Blauer Cheviot, gute Qualität	15	16	17	18
401	Schwarz Rippsaumgarn	18	19	20	21
403	Schwarz halbtour blauer Cheviot	18	19	20	21
403	Schwarz Kammgarn, Qualität I.	21	22	23	24
403	Blauer Melton	21	22	23	24
403 404	Schwarz und blau Kammgarn-Cheviot	24	25	26	27
403	Marango Cheviot	24	25	26	27
402 404	Schwarz und blau Kammgarn-Cheviot I.	26	27	28	29
402	Marango Melton Cheviot	26	27	28	29
402 404	Blau und schwarzer Melton-Cheviot	32	33	34	35
400	Marango-Cheviot mit Seiden-Spiegel	32	33	34	35
400	Schw. Tuchkammgarn Spiegel h. z. Kante	36	37	38	39
402	Blauer Melton-Cheviot, Qualität I.	36	37	38	39
400 401	Prima schwarz Tuchkammgarn	41	42	43	44
402	Blauer Melton-Cheviot, Ia Qualität	41	42	43	44
400	Marango Cheviot Ia, mit Seiden-Spiegel	41	42	43	44
401	Schwarz Drapè	46	47	48	49

Meine in eigenen Betriebswertstätten hergestellte Jünglings- u. Knabenkleidung ist preiswert und unübertroffen in Sitz sowie solider Verarbeitung

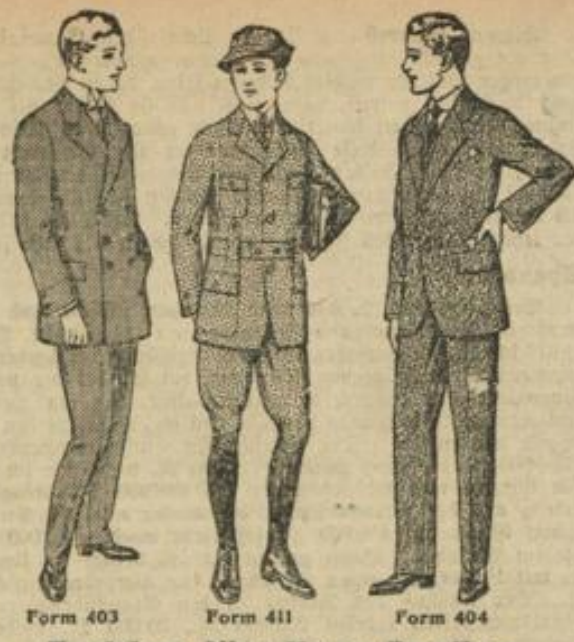
# Leineweber

Berlin C

Köllnischer Fischmarkt 4-5-6

Rohstraße 34 — Fischerstraße 1

Geschäftshaus ersten Ranges für Herren-, Jünglings- u. Knabenkleidung



Farbige Jünglings-Anzüge

Form:		Brustweiten:			
		72	76	80	84
403 404	Modern gemusterte Cheviots	13	14	15	16
403 404	Neue Melangen in Cheviots	15	16	17	18
402 404	Cheviots in modernen Streifenmusterungen	13	14	15	16
400 404	Grau und braun melierte Cheviots	21	22	23	24
403 404	Melangen in Cheviots mit feinen Streifen	25	26	27	28
402 403	Verschiedene Cheviots in hochmoderner Anmusterung	26	27	28	29
402 404	Elegant gemusterte Kammgarn u. Cheviots	32	33	34	35
400 402	Kammgarn und Cheviots in prima Qualität und neuesten Musterungen	41	42	43	44

## Schul-Anzüge

In den neuesten Musterungen und haltbaren, praktischen Stoffen in jeder Größe und Preislage am Lager.

# Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 11. Februar 1914.

**Leitung. Der Vorbereiter. Deutsches Künstler-Theater.** Peterchens Mondfahrt. Anfang 4 Uhr.

**Urania.** Mit dem „Imperator“ nach New York. Anfang 6 Uhr.

**Eines Palast am Zoo.** Varietés. Anfang 6 1/2 Uhr.

**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés. Anfang 7 Uhr.

**Deutsches. König Heinrich IV.** Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kgl. Schauspielhaus.** Hans Ronge. Anfang 7 3/4 Uhr.

**Metropol.** Die Reise um die Erde in 40 Tagen. Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Prof. Dr. Brückner: Klimschwankungen und Völkerwanderung. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Kgl. Opernhaus.** Elektra. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Königsgräber Straße.** Die Kronbraut. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Leitung. Dramatiker. Deutsches Künstler-Theater.** Der Bogen des Odysseus. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Kammermusik. Orchester. Komödienhaus.** Anfang 8 1/2 Uhr.

**Theater an der Weidendammbrücke.** Der Bogen des Odysseus. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Theater am Nollendorferplatz.** Anfang 8 1/2 Uhr.

**Kuhlehnhaus.** Die spanische Aitge. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Montis Cyrenen.** Die verbotene Stadt. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Schiller O. Moral.** Anfang 8 1/2 Uhr.

**Schiller Charlottenburg.** Die beiden Leonoren. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Theater des Westens.** Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Volkstheater.** Anfang 8 1/2 Uhr.

**Admiralpalast.** Anfang 8 1/2 Uhr.

**Berliner Giepalast.** Anfang 8 1/2 Uhr.

**Eines Hollendorfer-Theater.** Anfang 8 1/2 Uhr.

**Sternwarte.** Anfang 8 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: **Moral.** Donnerstag, abends 8 Uhr: **Meyers.** Freitag, abends 8 Uhr: **Die beiden Leonoren.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.** Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die beiden Leonoren.** Donnerstag, abends 8 Uhr: **Herodes und Mariamne.** Freitag, abends 8 Uhr: **Herodes und Mariamne.**

**Theater in der Königsgräber Straße** Abends 8 Uhr: **Die Kronbraut.**

**Komödienhaus.** 8 Uhr: **Kammermusik.** 8 Uhr: **Berliner Theater.** Abends 8 Uhr: **Wie einst im Mai.**

**Theater a. d. Weidendammbrücke** 8 Uhr: **Der Bogen des Odysseus.**

**Residenz-Theater** 8 Uhr: **Hoheit — der Franz!**

**Deutsches Künstlertheater** 8 Uhr: **Der Bogen des Odysseus.**

**Friedr.-Wilhelmstadt. Theater.** Direktion: H. Bryk. **Fräulein Trallala.** Sonntag, 15. Febr., nachm. 3 Uhr: **Zapfenstreich.**

**Germania-Prachtsäle** N., Chausseestr. 110, K. Richter. Jeden Mittwoch: **Paul Mantheys lustige Sänger.** Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem **Freitag.** — Vorzugskarten gelten. — Jeden Donnerstag: **Großes Militär-Strichkonzert** Anzähl. Familientränken.

**Metropol-Theater.** Abends präzis 7 Uhr 55: **Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.** **Luisen-Theater.** 8 1/2 Uhr: **Das erste Ehejahr.** **Walhalla-Theater.** Abends 8 1/2 Uhr: **Tangosieber.** Große Hoffe in Schauls. in 5 Akt. u. Ernst Ritterfeldt. Gef. u. Lang in 3 Akt. u. Erich Urban.

**Brauerei Friedrichshain** Täglich außer Sonnabends: **Das stimmungsvollste Bayr. Bockbier-Fest.** Mittwochs u. Donnerstags: **Elite-Tag.**

**„Clou“ :: Berliner ::** Mauerstraße 32. — Zimmerstraße 90/91. **Großes Doppel-Konzert!** Musikkorps d. Garde-Füsiliers-Regiments Dirig. Oberm. Dippel und Tegeraseer und Zillertaler Musikanten, Dirig. Hans Starp. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

**Oranien-Palast** Ecke Oranienstraße u. Oranienplatz. **Eröffnung morgen, den 12. d. Mts.** 8 Uhr abends. **Große Sehenswürdigkeit!** Die Konzerte werden geleitet von dem Kapellmeister **Alexander v. Tortilovius.** Direktion: **Oskar Barton.**

**Neue Welt.** Arnold Scholz. Hasenheide 108/114. **Heute Mittwoch, den 11. Februar:** **Elitetag! Herrenprämierung.** Prämiiert wird: **Der längste Schnurrbart** 3 bare Geldpreise 30.—, 20.—, 10.— Mark. Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse. Anfang 7 Uhr. **Voranzeige! Morgen, Donnerstag: Große Schweine-Braterei!**

**Casino-Theater** Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr. Ein neues Berliner Volkstheater: **Die olle Webern.** Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor! Einziges Theater in diesem Genre! Im Stile der alten Wallner-Bühne. Sonntag 4 Uhr: **Mutterliebe.**

**URANIA** Taubenstr. 48/49. 4 Uhr: **Mit d. „Imperator“ nach New York.** 8 Uhr: **Prof. Dr. Brückner: Klimschwankungen und Völkerwanderung.** Hörsaal 8 Uhr: **Dr. W. Berndt: Abstammung des Menschen.**

**Zirkus Alb. Schumann.** Heute Mittwoch, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Große Sport-Vorstellung** u. a.: **Original Little Freds** Akrobat. u. kunstreich. Hunde. **Leach-La Quina-Trio** 2 Damen, 1 Herr, in ihrer neuesten Sensation. **4 römische Grazien zu Pferde** **Mis Pia, Rosita, Adele und Helene** und die übrigen neuen Attrakt. Um 9 1/2 Uhr: **Das neue gr. Ausstatt. 7 Bildern „Tipp“** der Derby-Favorit 1914.

**Zirkus Busch.** Heute Mittwoch, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Große Gala-Vorstellung.** u. a.: **Ed. Walffs Fliegende Hunde** im Zirkus Busch, welche sich abendlich als Trapezkünstler produzieren. Ferner **Die Uessemes** in ihrem akrobatischen Stütz „**Artistenkinder**“ sowie **Waltres** aller gr. Kraft. **„Pompeji“** Orig. Anstaltungs-Parodie des Zirkus Busch in 5 Akten.

**Voigt-Theater** Badstraße 38. Mittwoch, den 11. Februar: **Zum Schluss für d. Stg. Paul Uding in letzter Stunde oder Schicksalswellen.** Sonntag, 15. Febr., 4 Uhr, u. 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Trianon-Theater.** Täglich abends 8 Uhr: **Anatols Hochzeit.**

**Folies Caprice.** Café Pringsheim Der Heiratsrat Meyerstein.

**Admiralpalast.** Eis-Arena. Täglich: **Die lustige Puppe.** Großes Ballet auf dem Eis. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise. **Wein- u. Bier-Abteilung.**

**Reichshallen-Theater** Stettiner Sänger Zimmer No. 13. **Urkommische Burleske.** Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: **Eine Hochzeit in der Müllerstr.**

**WINTERGARTEN** Neues Programm! **Madge Lessing und Fred Wright** **Grock u. Lole** The Perezoffs Jongleurstunde „Un souper chez Maxim“ und die von Publikum und Presse glänzend beurteilten **Februar-Attraktionen!** — Rauchen gestattet! — **Apollo-Theater.** 8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr. **Der Stolz d. 3. Kompagnie** mit **Hartstein.** Rauchen ohne Paule. Rauchen gestattet! **Passage-Panoptikum.** Die wilden **Feuerfresser** in ihren fanatischen **Martern.** **„Mister Rappo“** der Ausbrecherkönig. **Unfesselbar!** Lebend! **Ohne Extra-Entree.**

**Theater am Nollendorferplatz 5.** 8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**

**ROSE-THEATER** Große Jeanfurter Str. 132. Nachm. 3 Uhr, keine Preise: **Wilhelm Tell.** Abends 8 Uhr: **Im weißen Rößl.** Donnerstag: Berlin wie es weint u. lacht Freitag: **Sinder der Großstadt.**